

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Beendigung der Arbeiten zur Variantenstudie City-Maut

GR. **Mayr** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mayr**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem mehrheitlichen Beschluss des dringlichen Antrages der Fraktion der Grünen vom April-Gemeinderat, dieser Beschluss wurde mehrheitlich durch SPÖ, KPÖ, FPÖ und Grüne gefasst, die zuständigen Stellen des Magistrats zu beauftragen, alle Varianten einer City- oder Stadt-Maut für Graz zu prüfen, wurde dieses Thema sehr intensiv in der Öffentlichkeit diskutiert.

Die Grazer ÖVP, die als einzige Fraktion im Gemeinderat diesen Beschluss abgelehnt hatte, bemühte sich intensiv im direkten Kontakt mit den Grazerinnen und Grazern dieses Thema zu diskutieren und erfuhr dabei eine enorme Unterstützung für die Ablehnung des oben genannten Antrags. Über 16.000 Personen dokumentierten die Ablehnung einer City-Maut mit ihrer Unterschrift. Eine Umfrage, die in der letzten Zeit auch in der Kleine Zeitung zitiert wurde, belegt, dass die Einführung einer City-Maut von 74% der Grazerinnen und Grazern abgelehnt würde. Darüber hinaus äußerten sich auch zahlreiche maßgebliche Funktionäre anderer Parteien in der Steiermark negativ zur City-Maut, zuletzt Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Voves.

Vorgestern war über eine APA-Meldung Folgendes zu lesen:

SPÖ-Nationalrat und SPÖ Graz-Umgebung-Vorsitzender Günther Kräuter begrüßt die heute von Landeshauptmann-Stellvertreter Franz Voves erfolgte "Klarstellung hinsichtlich des Unfuges Citymaut". Kräuter im Originalzitat: "Die SPÖ Graz-Umgebung hat vor wenigen Wochen im Interesse der Bevölkerung des Großraumes Graz eine einstimmige Resolution gegen die Einführung einer City-Maut in Graz verabschiedet. Mit der Absage von Voves ist die Sache für uns erledigt, ich freue mich darüber für die Pendlerinnen und Pendler und bedanke mich bei Franz Voves."

Die Grazer ÖVP ist von Beginn der Diskussion an und zwar nach Überprüfung vieler internationaler City-Maut-Modelle und zahlreicher Studien, die es ja bereits zu diesem Thema gibt, zu dem Schluss gekommen, dass die Einführung einer City-Maut im Saldo einen großen, auch wirtschaftlichen, Schaden für die Stadt Graz und ihre BewohnerInnen bringen würde. In der derzeitigen Situation ist eben die Einführung einer City-Maut nicht das geeignete Mittel für Graz.

Nachdem die City-Maut von großen Teilen der Bevölkerung und mittlerweile offensichtlich neben der ÖVP auch von der SPÖ und Teilen anderer Fraktionen, also einer Mehrheit möglicherweise im Grazer Gemeinderat, abgelehnt wird, ich möchte auch daran erinnern, dass die KPÖ eher sich in Richtung Nahverkehrsabgabe ja nicht mehr Richtung City-Maut deklariert hat, sehen wir im Sinne der Sparsamkeit, und das ist ganz der entscheidende Punkt, keinen Anlass mehr, die zuständigen Stellen des Grazer Magistrats weiterhin mit der Ausarbeitung einer Variantenstudie zur City-Maut zu beauftragen, die aus unserer Sicht keine Chance auf Verwirklichung hat.

Ich stelle daher im Namen der ÖVP-Fraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

die Beauftragung der zuständigen Stellen des Magistrats Graz, die durch Punkt 1. des dringlichen Antrags "City-Maut" der Fraktion der Grünen vom 14.4. dieses Jahres erfolgte, aufzuheben (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Peter Mayr! Ich habe mich heute in der Früh noch mit dem Landeshauptmannstellvertreter und steirischen SPÖ-Obmann Franz Voves unterhalten, was er wirklich vorgestern im Landtag auf die Frage eures Klubobmannes geantwortet hat. Ich zitiere, damit ihr nicht irgendwelche Geschichten herbeizerrt, die überhaupt gar keine Stichhaltigkeit haben: Die Grazer SPÖ hat sich dafür entschieden, die City-Maut als ein mögliches Instrument zur Lösung der

Verkehrsproblematik und damit der Feinstaubproblematik in Graz zu prüfen. Ich wiederhole, zu prüfen. Nach Vorliegen der Gutachten und sehr wahrscheinlich ausführlichen Diskussionen im Grazer Gemeinderat wird man sehen, woran man wirklich ist. Für meinen Teil habe ich jedenfalls gemeinsam mit den Grazer Parteifreunden, und er meinte Walter Ferk und Wolfgang Riedler, am vergangenen Freitag das Mobil-Modell Graz vorgestellt, eine Steirische Verkehrsgesellschaft als Vorschlag, ein Modell, das sowohl zur Lösung der Verkehrs- und Feinstaubproblematik dient, das auch dazu beiträgt, die angespannte Finanzsituation der Stadt Graz zu verbessern. Schlussfolgerung daraus, wir lassen die Fakten prüfen...

Zwischenruf GR. Eichberger: So ist es, bravo!

GR. **Herper:** ...wir wollen alle Fakten auf den Tisch, alle Stellungnahmen, dann werden wir hier in diesem Hause beurteilen, was passiert mit dem Ergebnis, welche Schlussfolgerungen ziehen wir in diesem Hause aus den Vorschlägen und Anregungen und das war der Auftrag des Gemeinderates. Wir machen nicht hopplahopp, wie es euch passt, und wir sind auch nicht die Geisterfahrer dieses Gemeinderates, einmal so, einmal so. Deswegen werden wir der Dringlichkeit und dem Inhalt die Ablehnung erteilen. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder:** Der Kollege Mayr war bei einer Diskussionsveranstaltung auf der Technischen Universität, da waren Referenten eingeladen, die zum Teil recht kritische, aber nicht ablehnende Worte gefunden haben, zum Beispiel auch der uns allen sehr wohl bekannte Dr. Fallast und der Herr Kollege Mayr hat sich damals zu Wort gemeldet und hat gemeint, es wäre total wichtig, eine sachliche Diskussion zu führen, eine sachliche Diskussion und ich habe mich sehr gefreut über diese Wortmeldung des Kollegen Mayr, weil ich sehr viel gehalten habe davon. Muss aber

feststellen, dass die ÖVP in den letzten Wochen oder in eineinhalb Monaten, seit dieser Beschluss mehrheitlich hier gefasst wurde, sich außerordentlich schwer tut, sie hysterisiert und sie manipuliert und das kann sie enorm gut. Sie bringt keine Sachargumente, die gegen diese City-Maut sprechen würden, und Herr Kollege Mayr, du hast wahrscheinlich schon im Internet dich kundig gemacht, leider sehr selektiv bringst du deine Informationen hier wieder, denn, glaube mir, auch wir holen unsere Informationen und ich konnte mich davon überzeugen und bitte das auch in der Presse nachzulesen, in den Zeitungen, immer mehr Wissenschaftler sprechen sich eigentlich für eine City-Maut aus, weil wir gewisse Probleme in dieser Stadt anders ja überhaupt nicht mehr in den Griff bekommen können und es stimmt schlicht nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, es stimmt nicht, dass in anderen Städten, wo es die City-Maut seit einigen Jahren gibt, ob das Singapur ist mit der ältesten City-Maut, ob das Oslo, Bergen, Trondheim ist, ob das London ist, wobei die ÖVP sich dann immer gleich bemüht zu sagen, ja London kann man nicht vergleichen mit Graz, all diese Städte haben beste Erfahrungen,...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das ist unsachlich.

GRin. **Binder:** ...in London ist es sogar so, dass jener Teil von London, der momentan nicht im Cordon drinnen ist, die Erweiterung der City-Maut für sich auch in Anspruch nimmt, also ich würde schon bitten bei der Wahrheit hier zu bleiben, hier umfassender auch die eigene Fraktion zu informieren, Herr Kollege Mayr, ich finde das extrem unseriös, ich habe mit sehr vielen Menschen auch gesprochen in dieser Stadt und ich schau mir diese Grazerinnen und Grazer an, diese 17.000 oder 16.000, ich bin mir ganz sicher, dass es sich hier um viele Menschen handelt, die nicht in Graz ansässig sind, denn ich habe ganz andere Erfahrungen. Es kommt eben darauf an, ob ich zu den Grazerinnen gehe und sage, he, die wollen euch nur abcashen und das ist alles ein Nepp und das stimmt ja alles nicht, was die da sagen oder ob man zu den Grazerinnen und Grazern auf der Straße geht und sagt, passt auf, wir haben die und die Probleme. Die sagen uns ja, das wissen wir, diese Probleme haben wir

und ich habe ganz, ganz wenig, ich sage es, ganz, ganz wenig negative Rückmeldung bekommen. Sehr viel Zuspruch, wenn man mit den Menschen ernsthaft rechnet. Die Grüne Fraktion lehnt die Dringlichkeit und den Inhalt eines so definierten Antrages ab (*Applaus SPÖ*).

GR. **Lozinsek**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Stadtsenat, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte es weniger dramatisch ausdrücken, wie es die Frau Kollegin Binder gemacht hat. Wir sind im Wahlkampf, eigentlich im Vorwahlkampf zur Landtagswahl, und es ist durchaus legitim, wenn eine Partei Unterschriftenaktionen macht, wenn sie Werbeaktionen macht, wenn sie so genannte Umfragen macht, die, wie wir wissen, allerdings auch nicht besonders sachlich und besonders fundiert durchgeführt werden...

Zwischenruf GR. Schönegger: Das sagt ihr.

GR. **Lozinsek**: Nein, das ist so, das ist ja durchaus legitim, sage ich, macht jede Partei zu den unterschiedlichsten Anlässen und natürlich mit einer Fragestellung, wo man natürlich im Vorhinein schon das Ergebnis weiß und das richtige Ergebnis soll auch herauskommen. Wenn ich mir also anschauen, wie ihr geworben habt, zum einen vor den Gefahren der City-Maut gewarnt, allein schon dieser Titel, sie vernichtet Arbeitsplätze die City-Maut, 70 Euro pro Monat und Ökoschmäh, ich weiß nicht, wo die 70 Euro herkommen, wer das also, ist das schon beschlossen, ich habe keine Ahnung, es wird auch behauptet, bereits ab 2006 soll eine Fahrt nach Graz 3,20 Euro kosten, das ist mir alles neu, ihr wisst also offensichtlich wirklich mehr als der restliche Gemeinderat und natürlich, wenn ich mit solchen Mitteln wie Nepp-Idee und teure Studie hier versuche, Unterschriften zu sammeln, ist es kein Wunder, dass es auch eine entsprechende Anzahl von BürgerInnen das unterstützt in dieser Form. Das stört mich nicht, was mich stört ist, dass die Wirtschaftskammer sich da hier vor

den Parteikarren spannen lässt, ist auch nichts Neues, mich stört es nur ganz besonders deshalb, weil ich Zwangsmitglied bin und die ganze Geschichte da mittragen muss und ich würde mir von der Wirtschaftskammer erwarten, dass sie vor allem mit meinem Beitrag hier etwas sachlicher an diese Thematik herangeht und sich nicht diesen Geschichten hier, vor allem der Partei, der ÖVP, so anschließt. Was offensichtlich die Wirtschaftskammer bei der ganzen Thematik vergessen hat und bei dieser gesamten Propaganda der ÖVP, sind die Staukosten, die entstehen und die ja bekanntlich ja österreichweit in einem Milliardenbereich liegen, Euro, und wo auch die Wirtschaftskammer immer jammert und sagt, da muss endlich was passieren, das ist ein unheimlicher volkswirtschaftlicher, betriebswirtschaftlicher und unternehmerischer Schaden, der hier entsteht und, wenn also jetzt hier eine Variante geprüft werden soll und ich rede noch einmal, geprüft werden soll, dann schreit die Wirtschaftskammer gleich vor einem möglichen Ende dieser Prüfung auf und spricht ebenso von einer Nepp-Idee. Was also die Argumentation des Herrn Abgeordneten Kräuter betrifft, also der Herr Abgeordnete Kräuter hat schon sehr oft versucht sich in die Grazer Kommunalpolitik einzumengen, es war nie besonders intelligent und fruchtend, also ich würde bei sämtlichen zukünftigen Anfragen und Anträgen den Namen eher heraushalten, ist eher kontraproduktiv. Mir geht es, und da möchte ich bei der Wortmeldung des Kollegen Herper anschließen, darum, endlich einmal Fakten am Tisch zu haben, die haben wir nicht und daher haben wir diese Prüfung in Auftrag gegeben. Es wäre wichtig, einmal zu wissen, welche Auswirkungen aus fachlicher Sicht eine City-Maut hätte. Es wäre wichtig zu wissen, unter welchen Rahmenbedingungen so etwas stattfinden könnte, es wäre wichtig die ökonomischen, die ökologischen Auswirkungen, es wäre wichtig zu wissen, welche technischen Möglichkeiten gibt es, in welchen räumlichen Rahmen sie zu führen wären. Und ich glaube, es macht einfach eine schiefe Optik, ich weiß auch nicht, was dieser Antrag zu diesem Zeitpunkt soll, welche Optik soll da entstehen, wenn man hergeht und sagt, wir unterbrechen eine laufende Prüfung, haben wir Angst vor dem Ergebnis oder hat die ÖVP Angst vor dem Ergebnis? Offensichtlich, aus dieser Sicht werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt die Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Sie wissen ja alle, dass unsere grundsätzliche Haltung die Nahverkehrsabgabe präferiert und wir wie der Großteil der Fraktionen im Haus einer Prüfung der City-Maut ohne Vorgriff auf das Ergebnis zugestimmt haben. Meine Frage jetzt an die ÖVP, hat sie Informationen, dass zu ihrem Leidwesen diese Prüfung positiv ausgehen könnte? Mir scheint es so, weil diese Hektik, die sie hier entwickeln, in ein laufendes Prüfverfahren, wo ich höre, dass die Beamten bereits fleißig und kostspielig gearbeitet haben und mittendrin...

Zwischenruf GR. Schönegger: Kostspieliger.

GR. **Schmalhardt:** Ja, und uns soll das wert sein, dass wir diese Kosten, die bisher aufgelaufen sind, nicht umsonst gemacht haben, sondern ein brauchbares Ergebnis hier vorliegen haben dann und emotionsfrei, ganz wurscht, wie das Ergebnis aussieht, wir werden uns dem anschließen selbstverständlich, immer unter der Bedachtnahme, was will eigentlich der Bürger. Aber wir reden um etwas herum, wo jeder Einzelne, glaube ich, wirklich nicht weiß, was am Ende herauskommt. Drum bitte ich zu verstehen, dass wir der Dringlichkeit und dem Antrag nicht zustimmen werden können (*Applaus KPÖ*).

GR. **Mayr:** Ja, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es geht genau um die Versachlichung. Wenn Sie einmal sich die Zeit nehmen würden, vielleicht drei, vier Stunden im Internet zu recherchieren, was es alles an Studien und Evaluierungen zum Thema City-Maut von London über Skandinavien bis zum italienischen Raum gibt, dann wären Sie so wie ich und wie die Kolleginnen und Kollegen meiner Fraktion zu dem Schluss kommen, dass diese Modelle und wie Franz Voves und Günter Kräuter werden Sie zum Schluss kommen, dass diese Modelle in der derzeitigen Situation für die Stadt Graz auf absehbarer Zeit keine geeigneten Mittel

sind, um das zu erreichen, was wir uns in der Verkehrsplanung vorstellen würden, nämlich eine Änderung im Modal Split, eine Verbesserung der Luftsituation etc, etc. Alle auf dem Tisch liegenden Modelle zum Thema City-Maut würden diese Probleme in nicht geeigneter Form angehen. Allein aus diesem Grund ist es für uns keine Überlegung. Darüber hinaus, wenn Sie die Fachleute, vor allem die Grazer Fachleute Fallast, ich möchte auch Gouvier nennen zitieren, also ich habe das auf der TU etwas anders von Fallast gehört und ich habe unlängst auch auf der Uni Graz von Gouvier, wir können das vielleicht am nächsten Montag bei einer Veranstaltung nachholen, also eine ähnlich grundsätzlich äußerst skeptische Haltung zu diesem Thema gehört. Insgesamt, wenn die Wirtschaft für ein für sie besonders wichtiges und zentrales Thema hier Farbe bekennt und sich für eine oder gegen eine Lösung ausspricht, dann ist das, glaube ich, ihr gutes Recht und ganz im Gegenteil sogar ihre Aufgabe in der Vertretung ihrer Mitglieder. Also ich glaube, es ginge einfach darum, nachdem es hier so klar ist, dass die City-Maut in absehbarer Zeit für Graz keine Lösung darstellen wird, die Beamtinnen und Beamten der Verkehrsplanung, die sehr viel mit den Ausbauten im ÖV beschäftigt sind, mit dem Bereich der Erweiterung in der Parkraumbewirtschaftung, also mit den unmittelbaren vitalen Themen in der Verkehrsplanung, nicht weiter damit zu belasten, beim Thema City-Maut noch weitere Studien anzustellen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

2) Lohnkostenzuschuss für gestützte Arbeit im Gemeindedienst.

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! „Die Wichtigkeit der Integration behinderter Menschen in den Arbeitsmarkt und damit in Zusammenhang der Verbesserung der sozialen Situation der Menschen, die es ohnehin schwerer haben“, betonte kürzlich Soziallandesrat Dr. Kurt Flecker bei einem Begrüßungsstatement.

Extrem verwundert und enttäuscht nahmen die Sozialhilfeverbände der Steiermark zur Kenntnis, dass sich der Soziallandesrat mit dem neuen Behindertenhilfegesetz aus der finanziellen Verantwortung stiehlt, in dem er die Kosten der gestützten Arbeit im öffentlichen Dienst zu 100% den Gemeinden überlässt.

Besonders hart trifft es die im Wettbewerb mit privaten Anbietern stehenden Eigenbetriebe der Stadt Graz, die sich wie die Stadt besonders für die Integration einsetzen.

Wie so oft wird von sozialdemokratischen Politikern ein großer Erfolg im Sozialbereich nach außen verkauft, für den man selbst nicht aufgeht, eine Runde für alle bestellt, diese aber nicht bezahlen möchte.

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Das macht Frau Minister Gehrler.

GR. **Hohensinner**: Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs stelle ich daher folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g ,

der Gemeinderat möge beschließen:

Die zuständigen Stadtsenatsmitglieder werden beauftragt, unverzüglich neue Verhandlungen mit den zuständigen Stellen des Landes aufzunehmen, um jedenfalls

den Zuzahlungsstopp für gestützte Arbeit im öffentlichen Dienst in den Eigenbetrieben der Stadt Graz rückgängig zu machen.

Weiters soll auf dem Verhandlungsweg mit dem Sozialressort des Landes nach Möglichkeiten gesucht werden, um den finanziellen Schaden für die Stadt Graz zu minimieren (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Jahn** zur Dringlichkeit: Zur Dringlichkeit und gleichzeitig auch zum Inhalt. Danke für diesen Antrag, wir haben das ja auch im letzten Ausschuss bei den Geriatrischen Gesundheitszentren besprochen, weil auch dort, wie auch bei den Wirtschaftsbetrieben die Stadt Graz, Gott sei Dank mehr Menschen mit Behinderung eingestellt hat als zu dem sie gesetzlich verpflichtet wäre. Und jetzt stehen wir vor der schwierigen Situation, dass sich für die Stadt Graz daraus ein Nachteil ergibt und vermehrte Schwierigkeiten einfach im Weiterbestand dieser Dienstverhältnisse für diese Menschen, die es besonders bedürfen, gegeben ist. Es gibt zusätzlich zu dem Punkt noch ein paar andere Punkte oder sehr viele Punkte, die in der momentanen Gesetzeslage im BHG adaptiert und verbessert gehörten und ich denke, wir sollten da auch bei anderen Bereichen mit weiteren Petitionen an das Land versuchen zu Verbesserungen zu kommen. Ich möchte nur zu bedenken geben, dass wir den Antrag auf alle Fälle unterstützen und ich hoffe, dass der auch durchgeht, wir müssten das aber trotzdem im Herbst noch einmal wiederholen, weil ja diese Anträge, nachdem sich der Landtag heute aufgelöst hat, nicht mehr zur Bearbeitung kommen und etwaige nochmalige Beschlussfassung von unserer Seite notwendig ist (*Applaus ÖVP und Grüne*).

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! Die sozialdemokratische Fraktion lehnt diesen Antrag grundsätzlich ab, weil er sachlich und letztendlich auch fachlich unrichtig dargestellt wurde. Letztendlich der Motivenbericht und letztendlich geht es ja auch darum, wenn man hier die Sachlichkeit beachtet, hat ja auch die Frau Finanzreferentin des Landes 18 % bei

den Sozialausgaben gespart und logischerweise auch hier dementsprechende Maßnahmen notwendig gemacht. Ein weiterer wichtiger Punkt ist auch, dass es eine Stellungnahme des Sozialamtes zu dieser Causa gibt, die hier nicht aufgenommen wurde. Letzter Punkt unserer Begründung, es gibt einen weiteren dringlichen Antrag, der von der Frau Gemeinderätin Felbinger eingebracht wird, der die gleiche Thematik letztendlich behandelt und diesem werden wir, weil er sachlich und fachlich richtig ist, dann die Zustimmung erteilen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Felbinger**: Meine Damen und Herren! Meine Fraktion wird diesem Antrag in der Dringlichkeit und vom Inhalt her zustimmen. Wie schon vorher erwähnt worden ist, ich werde zu dieser Thematik einen ähnlichen Antrag einbringen, wir finden es aber auch durchaus notwendig, dass Anliegen, wie es Kurt Hohensinner hier formuliert hat, auch einer Zustimmung zuzuführen (*Applaus ÖVP und KPÖ*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Wir stimmen auch zu.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR. **Hohensinner**: Ich möchte mich jetzt schon für die breite Zustimmung bedanken. Ich möchte aber auch noch das, was die Frau Gemeinderätin Jahn angesprochen hat, noch ein bisschen vertiefen. Es war vergangene Woche eine Informationsveranstaltung zum Thema BHG und hier sind einige wichtige Fragen und Anliegen aufgezeigt worden und es ist eine große Verunsicherung da und ich habe hier für die Frau Stadträtin, das ist mein Anliegen, dass sie über den Sommer hin mit dem noch zuständigen Landesrat Kontakt aufnehmen und dass sie uns vielleicht da einige Fragen beantwortet und zwar vier Fragen sind das im Konkreten, die betreffen genau auch die Stadt Graz, und zwar die erste Frage: Bis wann kann mit einer

vollständigen Arbeitsaufnahme der IHB-Teams gerechnet werden? Frage zwei: Wie lange dauert eine Entscheidung seitens der Bezirksverwaltungsbehörde ab Antragstellung? Frage drei: Wie weit sind die Leistungen nach dem Steiermärkischen Behindertenhilfegesetz mit den Leistungserbringern bereits vertraglich geregelt und...

Zwischenruf GR. Herper: Hast du jetzt eine Fragestunde?

GR. **Hohensinner**: ...die Frage vier: Warum werden Leistungen, die behinderten Menschen bis jetzt zuerkannt wurden und somit auch medizinisch notwendig sind, nicht mehr bewilligt? Danke Frau Stadträtin (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Petition an die EU zu einer Änderung der Strategie bei den Verhandlungen mit der Türkei

GR. **Rajakovics** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Rajakovics**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Neben der Tatsache, dass die Türkei eine große Kultur und Geschichte hat, dass auch die Menschen individuell größten Respekt unsererseits verdienen und natürlich in den Touristengebieten auf den ersten Blick neben der wunderschönen Küste auch Hotellerie und Gastronomie auf westlichem Stand sind (das alles gilt auch für Ägypten, Marokko) gehört zum Thema Türkei und EU sehr kritisch angemerkt:

Die Türkei ist geografisch größtenteils nicht Europa.

In der Türkei wird auf Polizeistationen und in Gefängnissen regelmäßig gefoltert und das „Verschwindenlassen“ Andersdenkender wird von amnesty international immer wieder angeprangert.

In der Türkei werden die Rechte der Frauen massiv beschnitten - Stichwort Zwangsheirat.

Der Mord an Frauen, die angeblich die Ehre der Familie beschmutzt haben, weil sie ein westliches Leben führen, beziehungsweise sich scheiden lassen wollen, passiert nicht nur in der Türkei, sondern auch in der Migration, wie im März dieses Jahres in Berlin. Die Türkei hat ohne diplomatische Rücksprachen für den Fall eines Wahlsieges der Kurden im Irak mit einem Einmarsch in denselben gedroht und bis heute hat das Land, das Beitrittsverhandlungen mit der EU führen will, das EU-Mitglied Zypern nicht anerkannt.

Für uns ist Europa eine Wertegemeinschaft auf der Grundlage von Demokratie, Freiheit und Gleichheit.

Weder die laizistische Verfassung, gestützt auf das Militär im Hintergrund, noch die derzeitige Regierung der Türkei und erst recht nicht die starken religiös-fundamentalistischen Kräfte lassen die Vermutung zu, dass sich die Türkei rasch an diese Werte annähern wird.

Ich zitiere:

Edmund Stoiber: „Der Beitritt der Türkei zur EU wäre das Ende des politischen Europa.“

Valerie Giscard d'Estaing: „Der Beitritt der Türkei zu EU wäre das Ende Europas schlechthin.“

Der deutsche Bundespräsident Horst Köhler: „Wir müssen Verhandlungen mit der Türkei ergebnisoffen führen! Wir sollten die EU nicht so weit dehnen, dass es reißt.“

Die Türkei mit ihren 75 Millionen Einwohnern liegt mit ihrer Wirtschaftskraft bei 22% des EU Durchschnitts. Darüber hinaus würde sie auf Grund der Größe die meisten Abgeordneten im Europaparlament stellen. Damit wären die Nettozahler in der EU in der demokratischen Minderheit.

Mit dem Beitritt der Türkei zur EU würde Europa sich sowohl politisch als auch ökonomisch und wahrscheinlich auch kulturell eindeutig übernehmen.

Daher stelle ich Namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge in Anschluss an den Motivenbericht folgenden Text als Petition an den Kommissionspräsidenten Barroso beschließen:

„Vor allem auf Grund der Menschenrechtssituation, aber auch auf Grund der wirtschaftlichen Lage der Türkei ersucht Sie der Gemeinderat der Menschenrechtsstadt Graz, Österreich, dringend, zur Zeit keine Verhandlungen mit der Türkei über eine Vollmitgliedschaft in der EU zu führen, sondern ausschließlich über Kooperationen, die unserem Nachbarn die Möglichkeit geben, seine Standards denen der EU anzupassen“ (*Applaus ÖVP*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Sache nicht so ernst wäre, hätte ich ja vermeint, ein vordergründiges Manöver der Grazer ÖVP aus taktischen, wahltaktischen, parteitaktischen Gründen sehen zu wollen. Denn vorgestern im Landtag sehe ich einen Antrag der FPÖ der Dringlichkeitsstunde am Nachmittag, Dienstag, der da lautet, gegen die EU-Mitglied der Türkei sich auszusprechen und wer stimmt dagegen und wer stimmt für diesen Dringlichkeitsantrag, die steirische ÖVP auf jeden Fall nicht und das finde ich als eine Perversion, nämlich auch eine solche Vorgangsweise. Denn es ist unerhört, dass ihr nämlich etwas benutzt als eine Form von Ausweichmanöver und eine ganz vordergründige wahltaktische Linie fährt. Lieber Siegfried Nagl, du tätest dir viel leichter, die Maxie Frick schilt mich immer seit Jahren, dass ich als möglicher Global- oder Europa- oder Weltpolitiker herumgeistere hier, das was ihr heute aufführt, da seid ihr im freien Fall in die Weltpolitik, denn ihr fordert nämlich den Kommissionspräsidenten Barroso auf, der ist sowieso unzuständig, der kann das im Papierkasten oder irgendwo in den Papierkorb werfen. Am besten ihr schreibt das an den künftigen EU-Ratspräsidenten, der dafür zuständig ist, das ist der kürzeste Weg vom Grazer ÖVP-Obmann zum Bundesparteiohmann, das ist nämlich der kürzeste Weg nach Wien. Besagter Bundesparteiohmann, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel,

sagt: Es gibt keine Alternative zum Beitritt, indem er sagt im Zitat der Kleinen Zeitung: „Der Verhandlungsbeginn ist sinnvoll im beiderseitigen Interesse, das Ende ist offen.“ Dasselbe bestätigt die Außenministerin Plassnig am Sonntag in der Pressestunde, ich habe die Frau Stenzl vor mir, ich kann auch zitieren, weil wir da gar nicht viel Unterschiede haben in der Sache, den Bundesparteivorsitzenden der SPÖ, ja zur Türkeiverhandlungen mit offenem Ausgang, Alfred Gusenbauer, ich kann zitieren durchwegs fast alle EU-Abgeordneten. Wir sind ja in der Sache einig, dass es notwendige und berechtigte Skepsis in der Bevölkerung gibt, nicht nur nach den beiden Referenden auch in Österreich und anderswo. Wir wissen, um was es geht, nämlich um die Frage der Nichteinhaltung, wie gesagt, der Frauen- und Menschenrechte, die Frage der nicht zum Teil vorhandenen demokratischen Strukturen, die Minderheitenfrage, nicht nur der kurdischen Minderheit, sondern auch der religiösen Minderheiten. Keine unabhängige Gerichtsbarkeit, den Einfluss, den natürlich auch das Militär hat und die Nichtverkraftbarkeit der derzeitigen EU mit einem Türkeibeitritt. Aber das auf sich zu nehmen, indem man einfach von Graz aus erklärt von diesem Gemeinderat, nämlich der EU zu erklären, wir stoppen den Prozess, da kann ich nämlich nur den Bundeskanzler noch einmal zitieren, nämlich entweder gestern im National zur Europaerklärung, weder ist eine Stoptaste noch eine Fallbrücke das notwendige Exempel, um Ängste und Sorgen bereinigen oder ausgleichen zu können. Zitat gestern im Nationalrat von deinem Bundesparteiobmann. Deswegen halte ich mich lieber an den Bundespräsidenten, der da sagt, der Beitritt der Türkei zur EU ist eine Frage, die für Österreich und für die gesamte EU von Bedeutung ist, daher wäre es sinnvoll, wenn sich die österreichische Bevölkerung an einer gesamteuropäischen Volksabstimmung beteiligen könne. In diesem Sinne lehnen wir die Vorgangsweise aus vordergründigen, wahltaktischen Gründen ab. Wir stimmen in der Sache überein, keinen raschen Beitritt zur EU, aber kein Stopp der Verhandlungen und ich halte es für überhoben, ich halte das von Graz aus für überhoben eure Vorgangsweise. Wir lehnen die Dringlichkeit und damit auch die Zustimmung zur eurem dringlichen Antrag ab (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Uray-Frick:** Ja, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, lieber Karl-Heinz! Im Moment werde ich dich nicht schelten, ich werde ja dann noch Gelegenheit dazu haben, aber ich gebe dir sehr wohl Recht, dass es sich bei diesem dringlichen Antrag, wiewohl wir, wie du ja schon gesagt hast, dafür sind, dass die Türkei zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht in Verhandlungen oder dass nicht Verhandlungen aufgenommen werden, die ja dann doch im Endeffekt einen Beitritt nach sich ziehen sollen. Wiewohl, dass es so ist, glauben wir auch, dass es sich bei diesem Antrag um ein, wie du gesagt hast, vordergründiges wahltaktisches Manöver handelt. Denn, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, ein bisschen lächerlich ist das schon, wenn wir hier in Graz uns sozusagen auf einmal ganz, ganz wichtig fühlen in diesem Kreis der Staaten, wir wissen ganz genau, welchen Stellenwert die Gemeinden grundsätzlich haben, wenn das jetzt in allen EU-Ländern jede Stadt macht, dann ist das viel Papier, das da irgendwo wegzuwerfen sein wird und das wird mit diesem Papier genauso passieren. Aber wir haben schon viele lächerliche Beschlüsse hier gefasst, also wir werden diesem zustimmen, weil es von der Sache her richtig ist, aber vom Weg nicht.

GRin. **Binder:** Die Grüne Fraktion im Gemeinderat stimmt weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt zu, das wird wenig überraschen. Über so einen Antrag ist man natürlich in gewisser Weise auch entsetzt, allein wenn es um den Motivenbericht geht, um die Formulierung im Motivenbericht. Ich möchte mich da gar nicht jetzt weiter verbreitern, wir haben ja heute noch einmal die Möglichkeit, dazu Stellung zu beziehen. Ich sage nur so viel, selbstverständlich begrüßen wir die Beitrittsgespräche, das muss möglich sein, dass die Türkei im Sinne der Menschenrechte, der Minderheitenrechte, der Frauenrechte, auch der Ökologie natürlich vieles nachzuholen hat, ist klar. Der Beitritt in die EU bietet dafür aber auch eine Perspektive, damit dort wirklich etwas weitergeht und ob sie nun aufgenommen wird oder nicht, steht momentan ja überhaupt noch nicht zur Debatte, wir lehnen also Dringlichkeit und Inhalt ab.

GR. **Fuchs:** Sehr geehrte Damen und Herren! Die Angst so vieler Menschen in den derzeitigen EU-Mitgliedsstaaten vor einem Beitritt der Türkei hat viele Gründe, die mit der Türkei im Grunde nichts zu tun haben. Ich sehe in dem Antrag der ÖVP ein Ablenkungsmanöver, mit dem jene Partei, die sich in der Vergangenheit als schärfste Europaeinpeitscherin hervorgetan hat, sich nun aus ihrer politischen Mitverantwortung für die Entwicklungen in der EU stehlen will, die von immer weniger Menschen in Europa mitgetragen werden, die beiden Referenten haben es ja deutlich gezeigt. Die Bürgerinnen und Bürger in den Mitgliedsstaaten sind mit einer Politik konfrontiert, die einer totalitären Marktwirtschaft alles unterzuordnen bereit ist und einige Folgen davon sind zum Beispiel eine immer schärfere Konkurrenz am Arbeitsmarkt, immer weniger Arbeitsplätze, von denen man auch leben kann, immer stärkere Zurückdrängung der öffentlichen Sozialsysteme und Infrastruktur zu Gunsten profitorientierter Privatunternehmen. Immer monströser werdende Rüstungsbudgets, Militarisierung, Preissteigerungen durch verfehlte Werbungsolitik usw. und die mangelnde Demokratie und Transparenz in den Gremien der EU sollte auch nicht unerwähnt bleiben. Eine Petition, die eine Beseitigung dieser Missstände zum Ziel hat, wäre auch für die KPÖ diskussionswürdig. Der vorliegende Antrag ist für uns aber nichts als ein Täuschungsmanöver. Vielen Dank, deshalb keine Zustimmung (*Applaus KPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Es ist nicht wahr, dass es oberflächlich ist und ihr könnt mir glauben, viele wissen es ja, dass meine Schwägerin auch aus der Türkei kommt. Ich habe nichts gegen den EU-Beitritt, falls du das gehört hast, du müsstest dann nachlesen, aber du wirst heute noch einiges zitieren, was so nicht stimmt, ich habe auch in meinem ganzen Antrag nicht Stopp von irgendwelchen Verhandlungen gesprochen, sondern ich habe davon gesprochen, dass man die Strategie ändern soll und ausschließlich über Kooperationen mit unserem Nachbarn sehen und über einen Beitritt kann man, wenn diese Standards entsprechend sind, reden. Warum wir uns zu Wort melden, wieso haben wir uns überhaupt an den Titel als Einzige stolz auf den Hut gesteckt, die Menschenrechtsstadt Europas zu sein, dann ist es ja sowieso vermessen, wenn wir als einzige Menschenrechtsstadt in Europa uns zu dem Thema zu Wort melden, sehe ich noch keinen Frevel oder Überheblichkeit,

fürchterlich dass wir das sagen, dann hätten wir uns auch sparen können den Titel, weil wenn es um Menschenrecht geht, dann wollen wir uns eh nicht zu Wort melden (*Applaus ÖVP*). Aber beim differenzierten Zuhören sind ja manche, die einfach nur darauf aus, andere in ein gewisses Eck zu stellen, nicht besonders gut, daher tut es mir Leid, wenn der Antrag in der Minderheit bleibt, von einem Stopp und von einem ausschließlichen Nein ist in dem Antrag nichts zu lesen, sondern von einer Strategieänderung und ich glaube, auf Grund dessen, was heute schon der Bürgermeister gesagt hat und auch dessen, was sehr viele und sehr viele TürkInnen auch in Graz zu diesem Beitritt zum momentanen Zeitpunkt sagen würden, nehme ich zur Kenntnis. Danke (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Äußerungen des Grazer Bürgermeisters

GR. **Herper** stellt namens der SPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Herper**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir erst die Überlegung durch den Kopf gehen lassen, nach dem Terroranschlag in London, ob ich etwas zurückzunehmen habe. Aber nach der Erklärung des Bürgermeisters von vorhin, denke ich mir, die Dinge sollen ausgesprochen sein. Auch in diesem Hause und es sollten auch die Dinge untereinander auf einem gewissen Niveau zu klären sein, ohne Häme oder Tiraden oder sonst irgendetwas. Ich bin der Ansicht, dass der Bürgermeister dieser Landeshauptstadt Graz eigentlich schon viel, viel weiter war, ja er war eigentlich schon viel, viel weiter, weil ich habe nämlich sein

Geleitwort einer sehr guten Ausstellung, die im Stadtmuseum stattfand, gefunden, wo er sagt, dass wir traditionell der Ort des Dialoges sind, das war sozusagen eine konsequente Fortsetzung der Ära Alfred Stingl und da meinte er auch, auf Grund der geokulturellen Lage, es sei bei ihm auch Brücke zwischen Ost und West gewesen und er nannte zwei hervorragende Grazer. Nämlich Josef von Hammer-Purgstall und Anton Graf Prokesch von Osten, dessen Grabkapelle ja in St. Leonhardfriedhof vom Architekten Theophil Hansen errichtet wurde, der das Parlament gebaut hat. Aber das war einmal.

Der Bürgermeister vertritt die Stadt und das besagt der § 56 Abs. 1 des Statuts der Landeshauptstadt Graz.

Dieses Vertretungsrecht beinhaltet im Umkehrschluss auch eine Pflicht: Nämlich in Stil, in der Wortwahl, in Aussagen und Inhalten die zweitgrößte Stadt Österreichs so zu vertreten, dass es den Wertvorstellungen unserer Stadt entspricht und dem Ansehen der 1. Europäischen Menschenrechtsstadt förderlich ist und ich füge hinzu, auch der Kulturhauptstadt Europas.

Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl hat dieser Pflicht im Zusammenhang mit der Diskussion um einen möglichen EU-Beitritt der Türkei durch eine bestimmte Wahl von Worten in keiner Weise entsprochen.

Aussagen vom Bürgermeister, wonach Graz, und er hat es heute wiederum zitiert, ich zitiere deswegen nicht aus dem Zusammenhang, sondern wiederhole ihn nur, was er vorhin vorgetragen hat, „immer das letzte Bollwerk eines westlichen Europas gegenüber den türkischen Übergriffen“ gewesen zu sei, und dass Graz „eine lange Geschichte des Abwehrkampfes gegen die Türkei“ habe und „dieser Abwehrkampf“ heute „in anderer Form“ fortgeführt werden müsse, sind aus unserer, aus meiner Sicht heraus schlichtweg ein Skandal, weil sie repräsentieren kein historisches Bewusstsein, ich kann darauf noch zurückkommen, weil ich habe mich erkundigt und es gibt genügend historisches Material dazu und ich meine auch, sie beinhalten so in der Form, wie sie gesagt worden sind im Originalton im Radio, nachdem der Kollege Neger vom ORF das Mikro hingehalten hat, auch einen rassistischen Unterton. Ein derartiges wahltaktisches und offensichtlich auch von der ÖVP akzeptiertes - Spiel mit Vorurteilen und Emotionen, und Landeshauptmannstellvertreter, der auf Kosten

der ÖVP in der Landesregierung sitzt, Leopold Schögggl, hat es heute in der kleinen Zeitung bestätigt, er hat gemeint, Nagl war bisher sozusagen ein Politsofti, aber nun sei er als Soldat ausgeschickt worden, ich zitiere Leopold Schögggl heute in der Kleinen Zeitung, also es kommt ja nicht von ungefähr. Mir ist es wurscht, wer sich distanziert von welchem falschen Beifall, ich zitiere nur korrekt heute aus der Kleinen Zeitung die notwendigen Äußerungen. Und dieses Spiel mit Vorurteilen und Emotionen geht auf Kosten des Rufs der Menschenrechtsstadt Graz und ist eigentlich auch auf dem Rücken der Grazerinnen und Grazer und unserer türkischen Mitbürger und Mitbürgerinnen ausgetragen und dies ist auf das Schärfste zurückzuweisen.

Albert Rohan, ehemaliger Generalsekretär im Außenministerium hat in den letzten Jahren immer wieder gefordert bei diesen und ähnlichen Debatten: „Die politischen Führer Österreichs haben die Verantwortung, die Wahrheit zu sagen“, gebe ich dir zu, Siegfried Nagl, „aufklärend zu wirken und nicht Ängste zu verstärken“, du hast hier Ängste einen noch draufgesetzt, auf einem groben Keil noch einen groben Klotz draufgesetzt und das ist noch das Schlimmere.

Mit solchen politischen Aussagen, mit einer hetzerischen Wortwahl, die an Rassismus grenzt, ist die Menschenrechtsstadt Graz nicht nur eine Blamage, sondern auch in der Berichterstattung internationaler Medien ist sie ins Abseits gerückt worden – und dies zwei Jahre nach 2003.

Zwischenruf GRin. Potzinger: Das ist eine Unterstellung.

GR. **Herper:** Ich kann einige dieser durchaus korrekt, hoffe ich, wiedergegebenen Zitate wiedergeben: Barbara Frischmuth, eine der angesehensten internationalen Schriftstellerinnen aus der Steiermark, zitiert: „Diese Aussagen sind unnötig, kontraproduktiv und empörend.“ Wolfgang Pucher, den wir alle kennen: „Das ist einer Partei, die sich christliche Grundsätze auf ihre Fahnen heftet, nicht würdig“, ich zitiere

alles aus der Kleinen Zeitung. Und der Vorsitzende von „Pax Christi“, Hans-Anton Ederer, schreibt in einem offenen Brief, man kann darüber urteilen wie man will: „So viel an politischer Dummheit und populistischer Niedertracht im Kleide sprachlicher Klarheit habe ich von ihnen nicht erwartet.“

Selbst dein oberster Parteichef, Bundeskanzler Wolfgang Schüssel, hat in Bad Aussee dieser Tage formuliert: „Wir dürfen uns nichts vormachen: Die Steiermark und wir Österreicher können überhaupt nur dann unseren Standard halten, wenn wir bereit sind, über den Tellerrand hinauszuschauen, offen zu bleiben und nicht einen Abwehrkampf gegen irgendwen zu führen“, Originalzitat Wolfgang Schüssel. Und Ursula Plassnik merkte in der „TV-Pressestunde“ am vergangenen Sonntag an, wer sie mitverfolgt hat, in ihrer berühmten Kühlheit zu deinem „Abwehrkampf“: Zu Beginn der Urlaubssaison, meinte sie, habe sie eher den Eindruck, dass die Österreicher und Österreicherinnen und damit auch die Grazerinnen und Grazer und die Europäer die Türkei und die türkischen Strände eher belagern würden, als umgekehrt...

Das Medienecho war durchwegs, ich muss es leider feststellen, bei aller Wertschätzung, wenn du auch in der Sache was richtig begonnen hast, zumindest in deiner Presseaussendung war durchgehend vernichtend, lieber Bürgermeister. Martin Behr schreibt in der Salzburger Nachrichten, er hätte sich „mehr Toleranz, Weltoffenheit und Gespür“ erwartet. Bernd Hecke in der „Kleinen Zeitung“ vermerkte, dass es ja nicht der erste Ausrutscher deinerseits gewesen sei, ich habe das selber auch gelesen, den er zitierte aus der „Süddeutschen Zeitung“, dass du damals dem Jubel der Grazer bei Hitlers Einzug noch etwas Positives abgewonnen hättest; immerhin zeuge dies, so meinstest du, von der Begeisterungsfähigkeit der Murstädter. Und Christian Weniger, der für seine lose Zunge ja bekannt ist, meinte in der „Kleinen“, dass du „politisch ja kaum wahrnehmbar“ gewesen seist bisher, aber anderswo auffällig, denn er meint, das Nächste, was du vorschlagen würdest, vielleicht den Ausschluss der Franzosen aus der EU, nachdem Napoleon einst das so genannte „Bollwerk Graz“ besetzt habe. Es heißt, Walter Müller im Standard setzt fort, „die Grazer ÖVP“ und das tut mir Leid, auch in einer Partnerschaft, „die Grazer ÖVP habe am Stammtisch Platz genommen und sich als Jörg Haider verkleidet“. Ich meine, damit verbunden ist natürlich das Interesse daran, nachdem ihr das liberal-urbane Wählerpublikum ja sowieso abgeschrieben habt, dass hier am und rechten

Rand entsprechende wichtige Prozentpunkte einsacken wolltet oder wollt und deswegen diese Aktivität und diese Aktion, die eigentlich einer christlichen Partei nicht würdig sind. Es ist ja kein Wunder, dass du den Beifall von der wirklich falschesten Seite bekommen hast, nämlich Heinz-Christian Strache hat dir nämlich nicht nur Asyl angeboten, sollte es dir zu eng werden in deiner eigenen ÖVP, du hast auch sozusagen den Spott und den Hohn bekommen, dass dir auch noch Leopold Schöggel empfohlen hat, das Volksbegehren der FPÖ zu unterschreiben.

Nachträgliche Versuche sind ja gerechtfertigt und sind ja auch richtig so, dafür hast du einen Pressereferenten, der natürlich auch Sozialsprecher ist, der dann versucht hat, das Ganze sozusagen darzustellen, nachträglich richtig zu stellen, ich gebe das zu, das gehört zu seinem Geschäft, dafür ist er dein Pressesprecher. Aber dass du in der Presse erklärst, das Ganze sei eine Erfindung der Medien, was du heute auch vor zwei Stunden getan hättest, das Ganze sei nur als Zitat in der Presse eine Wortklauberei und gehe dir wirklich auf die Nerven, heißt, dass du schon getroffen bist, aber dann hättest du auch den Umgang anders pflegen müssen mit solchen Worten. In der Sache richtig, aber im Ausdruck falsch.

Angesicht dieser Haltungen ist es umso dringlicher, dass der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz nach innen und außen, im Sinne des inneren und äußeren Friedens in dieser Stadt, einen klaren Schlussstrich unter diese Wortaffäre zieht, um den Ruf der Stadt Graz nicht weiter Schaden leiden zu lassen.

Deshalb stelle ich namens der Gemeinderatsfraktionen der SPÖ, der Grünen den

dringlichen Antrag,

1. Wenn nicht du, so wir, der Gemeinderat der Stadt Graz möge sich in einer offiziellen Erklärung von den oben zitierten Aussagen des Grazer Bürgermeisters in aller Form distanzieren. Nicht nur wir, sondern auch die 4.000 in Graz lebenden Türken und Türkinnen und damit alle MitbürgerInnen ausländischer Herkunft haben mindestens ebenso großen Anspruch auf eine Entschuldigung von dir. Denn für den Bürgermeister einer Menschenrechtsstadt sind die Äußerungen nicht nur entbehrlich, sondern

auch höchst peinlich. In diesem Sinne wird der Bürgermeister aufgefordert eine entsprechende öffentliche Erklärung abzugeben und diese Wortwahl mit Bedauern zurückzunehmen.

2. Die Magistratsdirektion wird beauftragt, einen etwaigen Beitritt der 1. Europäischen Menschenrechtsstadt Graz zur „Europäischen Charta für den Schutz der Menschenrechte in der Stadt“ zu überprüfen. Diese Charta baut auf die „Erklärung der Menschenrechte“ (1948) und die „Europäische Menschenrechtskonvention“ (1950) sowie den Empfehlungen des Barcelona-Abkommens (1998) auf, das darauf abzielt, das städtische Gemeinwesen für alle Bürgerinnen und Bürger ohne jeglichen Unterschied weltweit zu verbessern. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GRin. Mag. **Fluch** zur Dringlichkeit: Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ja, lieber Karl-Heinz, es ist ein bisschen verflixt, weil dringliche Anträge natürlich auch früher eingebracht werden müssen, du hast auch davon gesprochen, dass es ja auch überlegenswert war, diesen dringlichen Antrag zurückzunehmen, weil wir heute sozusagen auch Originalaussagen des Bürgermeisters und seine eigenen Antworten auf das, was er zu der Debatte der letzten paar Tage sagen wollte, aus seinem Mund gehört haben. Auf das möchte ich aber später noch einmal zurückkommen und das hat für mich einfach nichts damit zu tun, dass es ein nachträglicher Versuch wäre, irgendwie Aussagen anders zu gestalten, aber auch auf das komme bitte auch noch. Die inhaltliche Frage, welche Form einer Inkludierung der Türkei in eine Europäische Union, das war heute auch schon Gesprächsthema, nämlich im dringlichen Antrag von Thomas Rajakovics, das heißt, ich beziehe mich wirklich hauptsächlich auf die Aussagen, die der Herr Bürgermeister getätigt hat. Und wer genau zugehört hat, auch heute zugesagt hat und auch im ORF zugehört hat, ich habe mir das nämlich dann auch nachträglich im Internet noch einmal angehört, da gibt es einen Unterschied zwischen dem tatsächlichen Wortlaut und sozusagen den Kommentaren, der Berichterstattung, den Interpretationen. Das ist auch natürlich in der politischen Arbeit. Du hast dich selbst, Karl-Heinz, heute bemüßigt gefühlt zu erklären, was der Herr Landeshauptmannstellvertreter

tatsächlich gesagt hat zur City-Maut, weil ein Gemeinderat von uns das zitiert hat, was in der Kleinen Zeitung stand. Das ist politisches Geschäft und ich denke, es ist wichtig, einfach selbst hinzuhören, selbst auch noch einmal nachzuschauen, selbst auch wirklich die Worte auf die Waagschale zu legen und in diesem Fall geht die Waagschale dann auch zugunsten des Herrn Bürgermeister und auch dessen, was er gemeint und gesagt hat. Lasse es mich einfach auch sagen, ich finde es auch recht erstaunlich, dass in einem dringlichen Antrag direkt in Nachfolge einer Originalaussage des Bürgermeisters, bei der man auch Stichworte hätte mitschreiben können, dann stattdessen ein Patchwork von diversen Kommentaren, Interpretationen, teilweise auch wörtlichen Zitaten aus Zeitungen wiedergegeben wird, also worüber reden wir, reden wir über das, was der Bürgermeister gesagt hat oder reden wir über das, was die Medien durchaus auch dann tagelang darüber berichtet haben. Ich denke, das ist ein Unterschied (*Applaus ÖVP*). Ich habe eine kurze öffentliche Aussage getroffen, zu der ich auch stehe, weil ich gesagt habe, es gibt zwei Punkte, das eine, ich teile die Sorge des Bürgermeisters, dass es einfach passieren kann, dass auf EU-Ebene Verhandlungen geführt werden und man dabei nicht mehr wirklich auf die Bürger hört und vielleicht auch nicht auf das hört, was ein Bürgermeister der zweitgrößten Stadt sagt, dass nämlich es durchaus Sorge gibt, dass man die EU überfordert, wenn die Türkei jetzt Vollmitglied werden soll. Das habe ich öffentlich gesagt. Hier hat der Bürgermeister eine klare Haltung eingenommen, die er auch nicht zurücknimmt. Und ich denke, dass ist auch richtig so und Maxie Uray-Frick, ich finde das nicht lächerlich, wenn man das hier im Gemeinderat auch noch einmal betont, vor allem, wenn man mitverfolgt, dass das wirklich momentan Gesprächsthema war auch in Graz und sich die Menschen inhaltlich vom Herrn Bürgermeister sehr gut verstanden gefühlt haben, ich glaube, dass wissen die anderen Fraktionen auch sehr gut (*Applaus ÖVP*). Ich habe auch öffentlich gesagt und dazu stehe ich, dass ich mich nicht damit identifiziere, wie in dieser Frage kommuniziert wurde. Nämlich diese Kommunikation war hochemotionalisiert, es war aber dann innerhalb kürzester Zeit eine bunte Mischung aus Originalzitaten oder Kommentaren, die ordentlich und auf tiefste Weise auch zu verbalen Keulenschlägen genutzt wurden. Jetzt sage ich ganz ehrlich, das kriegerische Vokabular ist nicht unbedingt Teil meines Wortschatzes, vielleicht hat das auch etwas mit weiblicher und männlicher Sprache zu tun, aber ich habe heute auch gehört, vom Ausweichmanöver redet ein Karl-Heinz Herper und redet ein

Gemeinderat Fuchs, sowie auch der Einpeitscher, auch ein durchaus recht heftiges Wort, das von einem männlichen Kollegen kommt, das ist eine Sprache, die durchaus, wie gesagt in der Politik vorkommt. Für mich wesentlich sind die Klarstellungen, die heute vom Herrn Bürgermeister hier in der Fragestunde getroffen wurden und es ist irgendwie für mich eine ganz eigenartige Geschichte, dass wir heute die Originalzitate haben, wo man genau zuhören musste und dass wir auf der anderen Seite über Kolportiertes, Wiedergegebenes...

Zwischenruf GR. Herper: Ich habe die Originalzitate wiedergegeben.

Mag. **Fluch:** ...ja, aber auch in kurzen Schlagworten und nicht im Gesamtzusammenhang. Ich lege einfach Wert auf das, was der Bürgermeister heute auch gesagt hat. Noch eines dazu, solche Anlässe sind oft geeignet, Reaktionen hervorzurufen, die mich wieder erschrecken. Jetzt sage ich, Bilder in Zeitungen, wenn der Herr Bürgermeister mit einem grünen Fensterl und wo er herauslugt, dargestellt wird oder auch mit Drei-Tages-Bart, das sind Dinge, mit denen wir leben müssen, sie verletzen vielleicht trotzdem und sind nicht immer ganz lustig. Für die Sprache, die wir untereinander verwenden, sind wir schon verantwortlich. Und da zitiere ich das, was die Frau Landeshauptmann auch im Landtag gesagt hat, wo sie nämlich gemeint hat, dass es ganz allgemein in der Politik der Sprache eine sensible überlegte Wortwahl braucht. Das erste Mal ist mir das aufgefallen, als ich im Internet auf der ORF-Seite nachgelesen habe, ich glaube, es war ORF oder es war die Kleine Zeitung, Frau Klubobfrau Binder, ganz nett ist das auch nicht, wenn dort steht, dass Sie meinen, der Herr Bürgermeister möge sich in ein Wohnzimmer verziehen, weil dann muss er mit niemandem mehr reden, das ist nicht unbedingt eine respektvolle Sprache. Auf der anderen Seite sagt man, der Bürgermeister hat sich nicht respektvoll ausgedrückt oder in einem ersten Entwurf dieses dringlichen Antrages war davon noch die Rede, dann ist er glücklicherweise verschwunden, im Internet habe ich zu Beginn dieser Gemeinderatssitzung ein Zitat von Herrn Vizebürgermeister gefunden, wo er Aussagen des Herrn Bürgermeister als dummlich

bezeichnet. Bitte welche Art von politischer Sprache ist das? Ich sage noch einmal, es geht auch um einen wertschätzenden respektvollen Umgang miteinander und ich bin vielleicht...

Zwischenrufe unverständlich.

Mag. **Fluch**: ...noch einmal, die Aufregung ist groß, ich bin ganz froh, dass ich hier heraußen noch nicht verstehe, was manchmal dann zwischen den Reihen auch geschrieben wird, ich sage nur, wir haben heute die Originalaussagen des Bürgermeisters zu dem gehört, was er ausdrücken wollte und was er sagen wollte. Ich frage mich, hat diese Erklärung des Herrn Bürgermeister etwas offengelassen, ist es notwendig, für diese Originalaussagen eine Entschuldigung zu finden, so wie es in diesem dringlichen Antrag verlangt wird, ich sage nein. Ich frage mich, ist der sensible Umgang mit der Sprache etwas, das nur für eine Partei und vielleicht nur für die Grazer Volkspartei gelten würde, oder ist das angesichts dieser Debatte etwas, was uns alle betrifft (Applaus ÖVP)? Aus diesem Grund, denke ich, dass dieser Antrag keine Dringlichkeit verdient und werden wir damit auch nicht mitgehen, ich habe eine Bitte an die anderen Fraktionen: Bitte überlegt euch auch genau, ob ihr in diesem Fall und nach den heutigen Aussagen mit diesem Antrag mitgeht, weil es eine Hetz ist, oder denkt bitte nach, ob es wirklich gerechtfertigt ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag. **Uray-Frick**: Entgegen eurer Erwartungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werde ich den Herrn Bürgermeister jetzt nicht loben, damit er nicht Angst haben muss, Lob aus dem falschen Eck zu bekommen. Ich möchte aber schon, lieber Karl-Heinz, jetzt ist es soweit, dich schelten. Wir sollten uns doch alle einmal überlegen, warum die Situation so ist, dass immer weniger Menschen zur Wahl gehen und dass die Politiker immer mehr an Ansehen verlieren. Und es ist genau

deshalb, weil die meisten von den Politikern, und uns eingeschlossen, eine Sprache sprechen, die kein Mensch mehr versteht und da komme ich jetzt zum Bürgermeister, der Bürgermeister hat etwas gesagt, was zwei Drittel, sage ich jetzt einmal so, aber jedenfalls ein großer Teil der Bevölkerung denkt (*Applaus ÖVP*) und was daran rassistisch sein soll, wenn man sagt, dass die Türkei als Land auf Grund der Art, wie man mit Menschen dort umgeht, also auf Grund der Menschenrechte, die dort eben nicht gewahrt sind und anderer Dinge, nicht reif ist, dass man mit ihr in Verhandlungen zu einem Beitritt eintreten kann, was ist denn daran rassistisch, erklären Sie mir das einmal? Und wenn man jetzt schon also davon redet, einen Stil zu pflegen, lieber Karl-Heinz, mit dümmlich, populistischen Aussagen und hetzerischer Wortwahl, wie das in diesem Antrag heißt, das ist auch nicht gerade unbedingt eine sehr sanfte oder feine Wortwahl. Ich halte das wirklich für pharisäerhaft, was sich hier herinnen immer wieder abspielt, das ist ja nicht das erste Mal und Karl-Heinz, es tut mir Leid, ich mag dich persönlich sehr gern, aber du stehst für dieses Pharisäertum in diesem Haus (*Applaus ÖVP*). Und jetzt auch zu den Journalisten, da drehen wir es doch auch, wie wir das wollen, manchmal zitieren wir sie und manchmal sozusagen verdammen wir sie, wie es uns gerade passt und es wird von Journalisten so viel Unsinn geschrieben, sodass ich da jetzt überhaupt nicht verstehe, warum alle, die irgendwo etwas darüber geschrieben haben, warum das so wesentlich ist. Vielleicht noch etwas, der Bürgermeister kann sich vielleicht entschuldigen, weil er geschichtlich nicht ganz informiert ist, soviel ich gelernt haben, haben die Türken Wien belagert, aber nie Graz belagert, also das möge sozusagen einer Entschuldigung wert sein, dass er die Grazer falsch informiert hat, dass er geschichtlich nicht ganz firm ist, sonst hat er aber nichts zu entschuldigen. Aus diesem Grund werden wir weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt des Antrages zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

Zwischenruf GRin. Gesek: Dass Sie sich nicht schämen, die hinauszuschicken.

GRin. Dr. **Richter-Kanik** zum Antrag: Ich glaube, es ist Zeit...

Bgm. Mag. **Nagl**: Bitte zur Geschäftsordnung hat sich zu Wort gemeldet Frau Gemeinderätin Edlinger.

GRin. **Edlinger**: *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)* ..eine Äußerung, die eine Frechheit sondergleichen ist, ich verlange, dass Sie sich entschuldigen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich darf bitten, dass wir die Ruhe bewahren *(Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke)*

GRin. **Gesek**: *(Begibt sich nicht zum Rednerpult)*: Ich entschuldige mich, aber es war meine Meinung.

Dr. **Richter-Kanik**: Darf ich auch etwas sagen, niemand hat mich rausgeschickt, ich bin Türkin, ich stehe dafür und ich wollte selbst reden, Frau Gesek, ich habe gleiche Rechte wie Sie, dass ich hier auch reden kann *(Applaus SPÖ)*. Frau Gesek, ich wollte etwas sagen respektvoll, wollen Sie Krieg weiterführen oder draußen so ein Bild geben vom Gemeinderat, dass MigrantInnen Marionetten von den Österreichern sind? *(Applaus SPÖ)*. Aber das glaube ich nicht und ich lasse nicht zu, dass Sie so reden. Ich bin auch wie Sie eine gewählte Mandatarin und ich sitze auch hier und ich habe gleiche Rechte wie die anderen und so können Sie mir so etwas nicht sagen und ich erlaube es Ihnen auch nicht. Das heißt, Sie wissen, dass ich auch aus der Türkei komme und bis jetzt hat keine Person aus der Türkei sich zu Wort gemeldet,

weil sie sich nicht frei fühlen, weil sie Angst haben, irgend etwas darüber zu sagen und ich habe das Recht etwas zu sagen, weil ich vor niemandem Angst habe (*Applaus SPÖ*). Ich wollte wirklich ganz höflich mit Ihnen etwas darüber reden, aber Ihre Fraktion provoziert, mit welchem Niveau, das weiß ich nicht, wir sind ein sehr respektvolles Volk und wir mögen keinen Streit oder keinen Konflikt. Sie sind zuständig für den Frieden eigentlich in dieser Stadt als Bürgermeister und Sie müssen das in der Stadt und auch in Ihrer Fraktion führen oder finden (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Gemeinderätin, ich möchte Sie nur fragen, ich habe sofort die Frau Gemeinderätin ersucht, noch einmal, ich habe es nicht gehört, ich habe...

Dr. **Richter-Kanik**: Ich habe es auch nicht gehört, aber später habe ich gehört und das ist sehr...

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, Frau Gemeinderätin, was kann ich tun, als die Frau Gemeinderätin auffordern, sich zu entschuldigen?

Zwischenruf: Die Frau Gemeinderätin ist am Wort, Herr Bürgermeister.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich verstehe die Betroffenheit, ich frage die Frau Gemeinderätin, weil sie mir gerade gesagt hat, ich würde das nicht tun.

Dr. **Richter-Kanik**: Frau Gemeinderätin Gesek, wenn Sie nicht wissen, ich habe studiert, ich habe eine Dissertation gemacht und ich bin fähig, selbständig zu reden. Ich brauche von niemandem einen Befehl zu nehmen, dass ich mich zu Wort melden soll oder nicht. Ich kann selbst reden und ich kann auch ein bisschen Deutsch, dass ich mich selbst artikulieren kann (*Applaus SPÖ*). Und ich habe immer Respekt gehabt in diesem Haus, dass jeder gegenüber dem anderen respektvoll reden kann, aber ich habe heute bemerkt, dass man die anderen angreifen kann und das erlaube ich nicht, das können Sie mit mir nicht machen und ich lasse es niemand, dass er es wieder probiert, weil ich selbst Migrantin bin. Ich bin die einzige Türkin wahrscheinlich, die in diesem Gemeinderat sitzt, einzige Migrantin und ich fühle mich angegriffen, was Sie gesagt haben hier. Ich finde es nicht in Ordnung, dass man über eine Volksgruppe redet, dass Sie überhaupt Informationen haben, ich bin wirklich sehr aufgeregt, deswegen kann ich nicht mehr auf Deutsch reden, ich wünsche mir, dass sie türkisch verstehen und ich hätte besser reden können.

Herr Bürgermeister, Sie haben etwas gesagt, bei der türkischen Bevölkerung sehr negativ oder sie sind sehr verletzt. Sie haben vorher gesprochen, Sie haben gesagt, die türkische Bevölkerung hat es nicht so aufgenommen, ich bin draußen gegangen, ich habe nichts gehört, aber es ist nicht so, viele fühlen sich betroffen, aber leider melden sie sich nicht zu Wort, weil sie abhängig sind in verschiedene Richtungen zum Beispiel, sie haben Angst, dass sie ihre Aufenthaltsbewilligung nicht verlängert bekommen, weil sie nicht Arbeit finden können, deswegen melden sie sich nicht. Bitte, ich sage die Wahrheit, ich arbeite mit Menschen, sie sind zu mir gekommen und sie haben gesagt und ich bin Sprachrohr für diese Menschen, deswegen will ich das weitergeben. Wenn Sie nicht hören möchten, bitte gehen Sie raus (*Applaus SPÖ*). Ich lebe seit elf Jahren in Österreich und ich kämpfe seit elf Jahren mit Vorurteilen gegenüber den Personen, die aus der Türkei kommen und ich gehe in die Schulen, ich gebe Referate und ich spreche überall, dass ich diese Vorurteile abbauen kann. Und Sie haben mit dieser Aussage so, was wir geleistet haben, alles vernichtet im Grund genommen.

Zwischenruf GR. Rajakovics unverständlich.

Dr. **Kanik-Richter**: Ja, Thomas du weißt das ja auch, du hast ja in diesem Bereich gearbeitet, viele Organisationen führen antirassistische Arbeit und wenn es zu solchen Aussagen kommt, was passiert? Hast du gelesen, steht im ORF und Kleine Zeitung, in Leserbriefen, ich habe schon gelesen und ich fühle mich nicht wohl dabei. Jemand der von diesem Bereich kommt, du musst wissen, mit welchen Leuten wir arbeiten, wer hat Vorteile, wer nicht. Untere Schicht hat große Vorteile und du kannst mit dieser Haltung mit solchen Aussagen Vorurteile nicht abbauen und ich bin öfter in den Schulen, ich merke, welche Vorteile haben die Kinder und Jugendlichen. Mit sehr intensiver Arbeit versuchen wir, diese Vorteile abzubauen und wenn solche Aussagen besonders von so einer wichtige Person von einer Stadt kommen natürlich, die nehmen das wichtig, wir sind nicht so wichtig für die anderen (*Applaus SPÖ*). Ich bin persönlich gebürtige Türkin und Neuösterreicherin, ob Sie es akzeptieren wollen oder nicht, ich lebe hier und Graz ist auch mein Wohnzimmer, das müssen Sie akzeptieren und Graz ist Wohnzimmer von 4000 Personen, sie leben hier, sie zahlen Steuern, sie arbeiten und sie putzen Graz. Deswegen kann man nicht sagen, wir wollen sie nicht in unserem Wohnzimmer, wir sind auch so ein stolzes Volk, wenn wir nicht eingeladen sind, gehen wir nirgendwo hin (*Applaus SPÖ*). Sie haben etwas gesagt, dass mit Wahrheit nichts zu tun hat, die heutige Türkei hat mit dem osmanischen Reich so viel zu tun wie Österreich mit dem heiligen römischen Reich, versuchen Sie nicht, mit historischen Vergleichen Stimmung zu machen, Herr Bürgermeister. Graz als Vorposten der Türkenabwehr zu bezeichnen, ist eine infame Beleidigung der hier lebenden Türken; sind diese Menschen Besatzer oder Eindringliche? Ich glaube nicht, wir halten Regeln ein und wir sind in einem bestimmten Rahmen hierher gekommen. Ich glaube, wenn ich hier mit dem Kopftuch stehen würde, dann hätten Sie gleich gesagt, ja, sie ist typisch Türkin, aber ich bin auch typische Türkin mit diesen Kleidern und mit dieser Haltung und ich habe auch in der Türkei gelebt und ich lebe weiter hier und ich sage manchmal, ich bin vom Pferd zum Esel gestiegen, weil ich hätte dort einen anderen Status gehabt als hier (*Applaus SPÖ*), aber ich bin wegen anderer Gründe nach Österreich gekommen und ich habe mich manchmal unwohl gefühlt, dass ich mit solchen Vorurteile konfrontiert bin, ob ich so angekleidet bin oder so, aber es gibt diese Vorurteile in dieser Stadt und das ist Ihre Aufgabe, diese Vorurteile abzubauen, eigentlich nicht meine, aber ich bemühe mich. Sie unterliegen dem typisch europäischen Irrtum, Türkei ist gleich Islam, dies entspricht genauso nicht der Wirklichkeit wie Österreich ist gleich

katholisch. Bitte reden Sie nicht immer nur über Pluralität, leben Sie sie. Nach Ihren Aussagen der letzten Zeit haben Sie offensichtlich etwas gegen Homosexuelle, Punks und Türken. Ihre Feindbilder sind scheinbar sehr stark ausgeprägt, Sie lehnen alles ab, was nicht in Ihr Weltbild passt, wo bleiben die christlichen Tugenden wie Toleranz und Nächstenliebe? Und zum Schluss sage ich, Herr Bürgermeister, Graz ist die Stadt der Menschenrechte und Sie als Bürgermeister sind auch Integrationsreferent. Ihre Aussagen verletzen die Menschenwürde und entsprechen sicherlich nicht dem Integrationsgedanken. Wenn Sie diese Aufgabe nicht erfüllen wollen, geben Sie das Integrationsreferat ab und das sagt auch das Integrationsreferat, es hat immer Verzögerungen gegeben, deswegen kann man so Integrationsarbeit nicht leisten. Und glauben Sie nicht, dass die Türken nicht informiert sind, diese Aussagen sind in den türkischen Zeitungen gestanden und ich bekomme auch aus Deutschland Mails und Telefonate, die Menschen sind wirklich extrem betroffen, weil hier reden sie unter sich, aber bis jetzt haben sie sich nicht gemeldet, denken Sie nicht, dass sie es vergessen haben oder weil sie sich nicht trauen, sie sind respektvoll und wie ich vorhin gesagt habe, bitte tun Sie Ihre Arbeit und das ist Ihre Aufgabe, schaffen Sie Frieden in dieser Stadt (*Applaus SPÖ*).

GR. **Schmalhardt:** Lieber Herr Bürgermeister! Entschuldigen Sie meine Erregung, aber ich kann mich über deine Aussage, liebe Gerda nicht beruhigen und die lapidare Entschuldigung ist mir zu wenig und ich möchte mich bei dir, liebe Kollegin, im Namen unserer Fraktion wirklich entschuldigen (*Applaus KPÖ*). Ich hätte zumindest eine Sitzungsunterbrechung von dir, Herr Bürgermeister, erwartet, dass über diese arge Entgleisung die Klubvorsitzenden sprechen hätten können. Noch einmal ich muss mich bei dir entschuldigen (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Binder:** Ja, Respekt Nuray, wirklich meine Achtung, in so einem Klima dann auch noch die Sachlichkeit hineinzubringen in die Diskussion, das erfordert wirklich Respekt (*Applaus SPÖ*) und auch in Wertschätzung dessen, was du gesagt hast, werde ich mich kurz halten. Es ist kein Geheimnis, dass die grüne Fraktion im

Gemeinderat einen Misstrauensantrag gegen den Bürgermeister einbringen wollte, wir glauben nach wie vor, und Frau Gesek hat das auch bestätigt, mit ihrem sehr spontanen, von Herzen kommenden Zwischenruf, dass in dieser Fraktion einiges einfach faul ist und dass ein Bürgermeister, der solche Entgleisungen sich leistet, für diese Stadt eigentlich nicht mehr tragbar ist. Ich bin irgendwie auch fast fasziniert, wie es die Kollegin Fluch schaffen wollte, nämlich von der sachlichen Ebene auf eine Meta-Ebene zu gehen, nur mehr über Sprache zu reden, den Inhalt einfach wegzugeben, wegzublenden und wir würden uns jetzt, wenn es gelungen wäre, großartig unterhalten über die Worte Karl-Heinz usw., nein, das tun wir nicht, Frau Kollegin Fluch. In diesem Fall tun wir es nicht, diese Diskussion hatten wir nämlich schon, als es um die Homosexuellen gegangen ist, die ganz selbe Diskussion und es gibt Politiker und Politikerinnen, die nichts lernen. Und das Zweite war, wie die Kollegin Fluch versucht hat, das Opfer-Täter-Verhältnis einfach umzudrehen, es ist unglaublich. Ich ende mit einem Zitat von Anton Pelinka...

Zwischenruf: Na, Servas!

GRin. **Binder:** Na, Servas hat jemand in der ÖVP gesagt, ende mit einem Zitat: „Ethnisches Denken, das ist nichts anderes, in Verbindung mit einem alltäglichen Rassismus provoziert eine zunehmend antisolidarische Politik“ (*Applaus SPÖ und Grüne*).

GRin. **Potzinger:** Hoher Gemeinderat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Gerade heute, wo in einer europäischen Metropole auf Grund von Hass und blinder Gewalt gestorben wird, sollen wir in der Menschenrechtsstadt Graz über Solidarität und Mitfühlen sprechen. Mitfühlen mit den Sorgen und Ängsten der Menschen und nichts anderes tun viele in dieser Stadt. Mit dem Bürgermeister an der Spitze, aber auch andere mutige Frauen und Männer setzen sich ein für die Wahrung der

Menschenrechte und interkulturelle Begegnungen. Montag Nachmittag wurde ein Preis für interkulturelle Pädagogik in Graz verliehen und unsere geschätzte Gemeinderatskollegin Frau Dr. Nuray Richter-Kanik hat mit berührenden Worten ausgedrückt, worum es geht und hat auch begründet, warum der interkulturelle Kindergarten in der Schützgasse ausgezeichnet wurde und ausgewählt wurde für diesen Preis. Die langjährige Leiterin dieses Kindergartens, Frau Friedrich, ist heute zu bewundern in der Kleinen Zeitung als Steirerin des Tages. Vor drei Jahren war Frau Friedrich beim damaligen Finanzstadtrat Mag. Siegfried Nagl, verzweifelt, flehend bittend doch zu helfen, die ressortzuständige Stadträtin konnte die notwendigen Mittel nicht bereitstellen, den Kindergarten am Leben zu erhalten. Buchstäblich in letzter Minute hat Siegfried Nagl die Mittel aufgebracht, um diesen Kindergarten zu retten. Vergangenen Montag wurde das von den Betroffenen auch nochmals gewürdigt. Es geht um Haltung, es geht um Taten und Dafürstehen, viele Verantwortungsträger, mit unserem Bürgermeister an der Spitze (*Applaus ÖVP*). Eine kurze Ergänzung noch, verantwortungsvolle Politikerinnen und Politiker des Europäischen Parlaments haben sich vor wenigen Tagen im Frauenausschuss mit Gleichstellungsfragen in der Türkei auseinandergesetzt. Dazu ein wörtliches Zitat: „Nach vielen Gesprächen und Lokalaugenscheinen in der Türkei musste seitens des Frauenausschusses festgestellt werden, dass Frauen in der Türkei sowohl in der Gesellschaft, als auch in der Politik massiv benachteiligt sind, häusliche Gewalt ist ein massives Problem, es gibt noch immer Zwangsehen sogar Ehrenmorde.“ Das Zitat stammt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, von der SPÖ-Europaabgeordneten Christa Pretz, nachzulesen vorgestern in der OTS-Meldung im Pressedienst der SPÖ. Auch die Kirche wurde zitiert, der steirische Diözesanbischof, Seine Exzellenz Dr. Egon Kapellari, ist innerhalb der österreichischen Bischofskonferenz verantwortlich für die Europaagenden, war lange Leiter der Afro-Asiatischen-Institutes in Graz und ist wahrlich ein Mann der Tat, wenn es um Integration und interkulturelle Haltung geht, er ist sehr wohl für Verhandlungen, was eine privilegierte Partnerschaft betrifft, warnt aber mit seiner ganzen Autorität als Europabischof vor einem Vollbeitritt der Türkei. Last not least, wer die Geographie kennt weiß, dass neun Zehntel der Türkei nicht in Europa sind, dann wird man wohl fragen dürfen, ob die Türkei Mitglied der Europäischen Union werden soll, wo sind die Grenzen und ganz zum Schluss, der Herr Bürgermeister hat da einen dicken Ordner, wissen Sie, was da drin ist, hunderte Briefe und E-Mails von Grazerinnen

und Grazern, die ihm zu seinem Mut gratulieren, die Sorgen und Ängste der Menschen ernst zu nehmen. Viele Leserbriefe, die veröffentlicht wurden, geben das auch wider, man muss ja nicht nur Grazer Medien lesen, lesen Sie zum Beispiel die Presse, ich bin sicher, dass so manchen Medien auch für den Bürgermeister wohlwollende Leserbriefe...

Zwischenruf GRin. Binder: *Wir haben auch einige Briefe bekommen, mit dem Gegenteil.*

GRin. **Potzinger:** ...zurückgehalten haben, ich bin deshalb sicher, weil ich einige dieser Leserbriefe kenne. Lassen Sie mich schließen, lieber Karl-Heinz Herper, mit dem Satz, wenn es um die Menschenrechte geht, geht es um Taten, nicht um Worte. Deine Worte waren mehr als unangebracht. Aber heute hast du dich entblößt (*Applaus ÖVP*).

StR. **Eisel-Eiselsberg:** Ja, meine Damen und Herren, vor allem aber Frau Gemeinderätin Dr. Richter-Kanik. Ich bin jetzt über die letzten Wortmeldungen schon sehr betroffen und ich wollte mich da eigentlich nicht in diese Diskussion einbringen. Ich bin deswegen betroffen, weil die Diskussion jetzt auf Grund dieser, auch aus meiner Sicht, sehr unüberlegten Äußerung in eine andere Richtung abgeleitet. Ich gehe sicher davon aus, dass diese Äußerung nicht so gemeint war, wie sie verstanden werden kann. Ich möchte Ihnen, Frau Gemeinderätin, nur sagen, dass ich mich freue, dass Sie Mitglied dieses Gemeinderates sind, ich freue mich auch sehr und danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit vor allem im Schulbereich, vor allem, wenn es um Fragen der Integration geht und ich danke Ihnen auch, dass Sie sich zu Wort gemeldet haben, weil ich natürlich grundsätzlich die Sorgen, die Sie artikulieren, auch verstehe. Ich kann aber auch in dieser Situation nicht Ihre

Schlussfolgerungen verstehen in diesem Umfang, wie Sie es darstellen, weil ich glaube, weil die auf einer Basis aufbauen, die so nicht existiert und ich glaube auch, dass unser Bürgermeister das heute klargestellt hat. Ich danke Ihnen für die gute Zusammenarbeit, freue mich, dass Sie da sind und wir werden auch weiterhin gut in diesem Bereich arbeiten (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Kahr:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren! In der Welt von heute darf es keine Menschen zweiter Klasse geben, Diskriminierungen wegen Hautfarbe, Nationalität, religiöser, politischer oder sexueller Orientierung werden von der Menschenrechtsstadt Graz abgelehnt. Das haben wir in diesem Haus schon mehrmals bekräftigt und das ist auch gut so. Von Zeit zu Zeit machen aber es aber Wortmeldungen unseres Bürgermeisters notwendig, ganz entscheidend daran zu erinnern. Wir von der KPÖ sind von der humanistischen und internationalistischen Haltung der ArbeiterInnenbewegung entscheidend geprägt worden, deshalb kommt es für uns nicht in Frage, mit Sprüchen, die sich gegen Fremde oder nicht Angepassten richten, Wahlkämpfe beeinflussen zu wollen. Wer sich so verhält, wie Herr Bürgermeister Nagl in der aktuellen Türkeidebatte, muss damit rechnen, kritisiert zu werden und es ist auch sinnvoll, wenn sich der Gemeinderat von diesen Aussagen distanziert. Deshalb werden wir den beiden Punkten im Antrag unsere Zustimmung geben. Bürgermeister Nagl ist gegen den EU-Beitritt der Türkei genauso wie das auch SPÖ-Parteivorsitzender Gusenbauer und sein Klubobmann Cap kundgetan haben. Diese Haltungsänderung hat unsere Meinung nach vor allem damit zu tun, mit dem guten Ausgang bei den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden und mit dem tiefen Unbehagen der österreichischen Bevölkerung an der Entwicklung der Europäischen Union. Deshalb lehnen wir es ab, damit aber politisches Kleingeld zu wechseln. Wer dies nämlich auf diese Art und Weise, wie das der Herr Bürgermeister getan hat, der provoziert geradezu eine scharfe und prinzipielle Kritik. Sie haben unserer Meinung nach unverantwortlich gehandelt, als Sie in diesem Zusammenhang Begriff wie Bollwerk oder Türkenbelagerung in den Mund genommen haben. Man sollte sich nämlich darüber kundig machen, wie man im vergangenen Jahrhundert die längst vergangenen Kriege zwischen den Imperien der Habsburger und der osmanischen

Sultane für extrem reaktionäre und rassistische Zwecke instrumentalisiert hat. Mit einer ähnlichen Berechtigung könnte man nämlich auch sagen, dass Graz ein Bollwerk gegen die Franzosen oder gegen die Kuruzzen oder gegen die Ungarn war. Mehr Geschichtsbewusstsein ist einfach, wenn man mit diesen Begriffen wirklich auch in die Öffentlichkeit tritt, ist man hier gut beraten, wenn man sich auch wirklich mit diesen Begriffen auseinandersetzt und was sie in der Geschichte auch bedeutet haben. Herr Bürgermeister, ich möchte Sie auch daran erinnern, was Sie vor dem ORF, wenn Sie vor dem ORF-Mikrofon etwas sagen, was Sie zum Beispiel aus unserer Sicht durchaus sehr positiv in einem Vorwort des Kataloges „Ausstellungen des Stadtmuseums 2001 und eine Nacht, Teppiche und Textilien aus Privatsammlungen im Jahr 2001“ geschrieben haben, dort haben Sie damals gesagt: „Auch wenn sich die Stadt oft als Bollwerk fühlte, war sie auf Grund ihrer geokulturellen Lage doch auch immer wieder Brücke zwischen Ost und West.“ Statt von einem Abwehrkampf gegen die Türkei zu reden, hätten Sie besser darüber nachgedacht, wie unsere Stadt ihre Brückenfunktion zwischen Ost und West besser wahrnehmen kann. Und wenn es Ihnen, Herr Bürgermeister, wirklich um eine Grundsatzdebatte über die Europäische Union und über Probleme ihrer Erweiterung gegangen wäre, hätten Sie die Gelegenheit gehabt, im April dieses Jahres dem Antrag der KPÖ für eine österreichische Volksabstimmung über die EU-Verfassung hier im Gemeinderat zu einer Mehrheit zu verhelfen. Das haben Sie nicht getan,...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Kahr:** Das ist kein anderes Thema. Wir könnten ihn ja wieder zum gegebenen Zeitpunkt stellen. Die KPÖ Graz lehnt die in der Steiermark von Bürgermeister Nagl losgetretene Debatte, insbesondere auch wegen ihrer chauvinistischen Untertöne strikt ab. Die EU ist ein Eliteprojekt zur Wahrung der Interessen von transnationalen Konzernen. Dieses Projekt entspricht weder den Interessen der Mehrheit der Menschen in der Türkei noch den Interessen und Haltungen der Menschen in Österreich, unabhängig davon, ob sie oder ihre Vorfahren aus der Türkei, aus

Österreich oder sonst einem Land in Europa kommen. Vorrang hat für uns ein Engagement für ein souveränes, neutrales, solidarisches und weltoffenes Österreich. Wir sind solidarisch mit allen Menschen in der Türkei, die sich für die Durchsetzung von demokratischen und sozialen Rechten einsetzen und deshalb freut uns ganz besonders, dass vor wenigen Tagen eine Nachricht von fortschrittlichen und engagierten Menschen aus der Türkei zu uns eingelangt ist, wo unter anderem drin steht: „Es ist wirklich sehr schön zu sehen, dass es Leute in Österreich gibt, die nicht nur wegen den rassistischen Gründen, sondern vor allem wegen den sozialen Gründen gegen den Türkei-EU-Beitritt sind“, und weiters steht darin auch, dass sie am 3. Oktober dieses Jahres, dem Tag des Verhandlungsbeginns mit der Europäischen Union, von einer Plattform, wo viele Organisationen daran beteiligt sind und die kritisch zur EU stehen, eine große Demonstration in Istanbul planen. Die KPÖ unterstützt diese Veranstaltung und diese Demonstration, weil es notwendig ist, gemeinsam und europaweit Alternativen zu einer anderen europäischen Union zu entwickeln, für uns ist es selbstverständlich, dass wir die jüngsten verbalen Austritt unseres Bürgermeisters kritisieren, wir bewahren aber gleichzeitig auch einen kühlen Kopf. Die EU wird nämlich um keinen Deut besser, wenn ein Bürgermeister gegen den Beitritt der Türkei agitiert und für Graz gilt, dass es unserer Stadt und ihren BewohnerInnen nicht hilft, wenn man aus einem sehr komplexen Problem Vorteile im anlaufenden Landtagswahlkampf ziehen will. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Edlinger**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg! Sie haben gesagt, Sie sind der Überzeugung, dass eine Gemeinderatskollegin Ihrer Fraktion die getätigte Äußerung in diesem Saal nicht so gemeint habe. Wir haben gehört, dass die erwähnte Kollegin, dazu aufgefordert sich zu entschuldigen, gesagt hat, und ich habe es mir wortwörtlich mitgeschrieben, ich entschuldige mich, aber es ist meine Meinung. Ich kann mich daher leider nicht Ihrer Überzeugung anschließen, dass es nicht so genauso gemeint gewesen wäre, wie es gesagt worden war und das tut weh. Aber jetzt sind wir gerade bei einem Grundproblem, wie es verstanden werden kann. Und Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg, bei der Budgetsitzung vor zwei Jahren, Sie werden sich erinnern, Sie sind an diesem Pult gestanden und haben über Ihr Sportbudget referiert und haben hier einen Absatz Ihres Berichtes eröffnet

mit dem bekannten Zitat: „Nur im einem gesunden Körper lebt ein gesunder Geist“, und es hat dann Zwischenrufe gegeben unter anderem auch von mir, die Sie darauf aufmerksam gemacht haben, dass sich dadurch Menschen mit Behinderung beleidigt und betroffen fühlen. Und Sie haben sich sofort hier an dieser Stelle entschuldigt, haben den Ausspruch zurückgenommen und sind auch nachher noch, wie wir alle immer gemeinsam nach der Budgetsitzung anstoßen, noch einmal zu mir gekommen und haben gesagt, es tut Ihnen wirklich Leid, Sie haben das einfach nicht bedacht gehabt, dass das so verstanden werden kann. Und ich habe das höchst anständig von Ihnen empfunden und seitdem haben Sie wirklich meine Hochachtung, dass Sie sich bei mir als einer Angehörigen einer anderen Fraktion, erstens hier sich gleich entschuldigt haben und auch noch im Anschluss noch einmal hergekommen sind und das noch einmal unterstrichen haben. Und es geht bei Worten immer darum, wie kommen sie an und wer fühlt sich betroffen, wer fühlt sich beleidigt oder auch verletzt und insofern kann ich es einfach nicht verstehen, Herr Bürgermeister, sogar wenn sie es gar nicht so gemeint haben, wie Sie es gesagt haben, was ist so schwer, warum haben Sie nicht den Mut, warum haben Sie nicht den Anstand, einfach zu sagen, es tut mir Leid, ich wollte die türkische Bevölkerung und die türkischen Mitbürger/Mitbürgerinnen nicht verletzen, ich entschuldige mich (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Candussi**: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Aussprüche des Bürgermeisters der letzten Woche sind für mich auch Anlass gewesen, so etwas wie eine Zwischenbilanz zu ziehen über die Amtszeit Siegfried Nagls. Was ist bis dato geblieben, wenn man mit Leuten spricht. Ich habe das auch in der letzten Zeit getan, geblieben ist die Erinnerung an das Kommod-Haus, geblieben ist eine unsägliche Debatte über Homosexualität und die Hoffnung, dass man, wie Sie es formuliert haben, auf dem richtigen Wege des Glaubens davon wegkommen kann, sprich Homosexualität wäre ein Übel, das wegbetbar wäre, in Erinnerung geblieben ist eine nicht weniger unsägliche Auseinandersetzung mit Menschen mit anderen Kleidungsvorstellungen am Hauptplatz, in Erinnerung geblieben ist eine Diskussion über ein Haus in der Griesgasse. Heute erleben wir offensichtlich das zweite Mal eine mehrheitliche Distanzierung des Gemeinderates von Aussagen des Bürgermeisters, nicht wirklich eine großartige Bilanz, würde ich

sagen, über die ersten zweieinhalb Jahre Amtszeit Siegfried Nagl. Und jetzt kann man natürlich fragen, was war es, was Sigi Nagl dazu gebracht hat, den ORF einzuladen zu einer Stellungnahme zum Thema EU-Beitritt, das ja wirklich nicht in erster Linie das nächste Thema ist, das diese Stadt betrifft und interessiert,...

Zwischenruf Bgm. Mag. Nagl: Menschenrechte.

Mag. **Candussi**: ...da gibt es ja, denke ich, schon ganz andere Dinge, reden wir einmal vom Budget, reden wir vom Feinstaub, reden wir von Schulschließungen, was immer. Ich habe mit wenigen Leuten geredet in der letzten Zeit und die haben gesagt, wollte da jemand klare, wie er selbst gesagt hat, klare Worte finden, klare Worte formulieren und hat genau mit diesen Worten klar danebengegriffen? Eva-Maria, diesem Antrag heute zuzustimmen, ist keine Hetz, wie du es formuliert hast, wahrlich nicht, ich würde diesen Antrag nicht einmal gerne hier behandeln, aber es wäre mir lieber, wir hätten ihn heute nicht, wir hätten keinen Anlass für diesen Antrag, das wäre mir wirklich das Liebere. Ich hoffe, du hast auch gehört, ich habe gesagt, war ein Ablenkungsversuch und nicht war ein Ablenkungsmanöver,...

Zwischenruf GRin. Mag. Fluch: Bei mir wars Manöver.

Mag. **Candussi**: vielleicht war es das, ich werde aber nicht länger auf dieser Meta-Ebene bleiben. Auch ich habe festgestellt, dass du die Täter-Opfer-Rolle sehr interessant vermischt hast. Aus einer Sicht ist der Bürgermeister vielleicht durchaus Opfer geworden, aber ein Opfer seiner eigenen Worte und die Weinerlichkeit von dir, die da jetzt drinnen war und der Vorwurf an alle anderen scharfen Formulierungen, die war für mich wirklich schwer nachvollziehbar. Soweit zu dem, was mich stört.

Jetzt möchte ich einfach sagen, was ich mir wünsche, was ich mir wünsche vom Amt des Bürgermeisters, was ich mir wünsche von einem Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs. Ich wünsche mir als aller Erstes, dass ein Bürgermeister für alle Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt ist. Ich wünsche mir weiters, dass er das Amt des Bürgermeisters wieder mit dem nötigen Respekt ausgestattet wird, mit dem Respekt, den dein Vorgänger Sigi Nagl, dein Vorgänger auch bei mir hatte. Ich bin da durchaus konservativ, ich wünsche mir den Respekt vor diesem Amt und sage, irgendwie wäre es für mich fast verlockend, Alfred Stingl zu fragen, ob er nicht Lust hätte, noch ein paar Jahre dranzuhängen. Ich wünsche mir, dass die Menschenrechtsstadt ihren Titel auch im Bürgermeisteramt wirklich verdient und dementsprechend handelt, und weil es vorher diese Debatte gegeben hat, es ist tatsächlich so, wir haben diesen Titel erworben und wir müssen, glaube ich, schön langsam Angst haben, dass er uns aberkannt werden könnte. Ich wünsche mir, dass der Gemeinderat sich wieder mehr dem Wohlergehen der Stadt widmen kann und den Themen, die uns eigentlich wirklich direkt betreffen, ohne dass wir uns deshalb mit den Sagern des Bürgermeisters beschäftigen müssen. So ist es so, dass wir uns um das Wohlergehen aller BürgerInnen dieser Stadt mit den Sagern beschäftigen müssen und das halte ich nicht für wirklich fruchtbar. Ich wünsche mir, liebe Eva-Maria, dass du nicht schon wieder, wie es schon in der Homosexuellendebatte war, die Frauenrolle in deiner Partei übernehmen musst und zur Verteidigung ausrücken. Ich wünsche mir, dass der Bürgermeister der zweitgrößten Stadt Österreichs ein Geschichtsbild hat, das nicht kopiert von der Südfassade des Grazer Doms ist, sondern dass er einen aktuelleren und weiteren Horizont hat und ich wünsche mir nach deinen Äußerungen, Sigi Nagl, zu den Themen homosexuelle Lebensgemeinschaften, Punks im Grazer Stadtleben und zum Thema Bollwerk und Abwehrkampf, dass dieses Stück, das seit etwa zwei Jahren in Graz aufgeführt wird, und zwar nicht wegen des großen Erfolgs immer wiederholt wird, dass dieses Stück endlich ein Ende hat und dieses Stück heißt meines Erachtens: „Des Kaisers neue Kleider“ und wir merken, dass unser Bürgermeister historisch und gesellschaftspolitisch äußerst dünn bekleidet ist.

GRin. Mag. **Fluch**: Lieber Hermann Candussi, auch ich bin nicht ausgeschickt worden von irgendjemandem, sondern wenn ich mich zu Wort melde, dann melde ich mich zu Wort, um das zu sagen, was ich auch sagen möchte. Möchte ich nur hinzufügen, es sind manchmal die Formulierungen ein bisschen anders, aber die Unterstellungen dahinter mögen dann sehr ähnliche sein und wie gesagt, ich habe mich nicht ausschicken lassen zur Verteidigung, das vorneweg. Ja, vielleicht bin ich manchmal zu sachlich, weil ich versuche, Dinge auch ein bisschen zu trennen und wir haben heute wirklich von ein paar verschiedenen Sachen gesprochen. Wir haben einerseits von der Sprache gesprochen, meine Aussage war nur die, es ging um die Aussagen des Bürgermeisters und das, was ich hier gesagt habe, war nur, dass man aufpassen sollte, dass man nicht auf einem Auge blind ist, weil wenn der Herr Bürgermeister etwas sagt, dann schlägt das Wellen der Empörung, wenn jemand anderer etwas ganz Ähnliches sagt im Sprachduktus, dann ist das irgendwie ganz normal, das war meine erste Aussage. Das Zweite, es gibt persönliche Betroffenheiten, es gibt Verletzungen, die ich sehr ernst nehme und wenn jemand hier herausgeht und sagt, ich fühle mich von dem betroffen, ich fühle mich verletzt, ich habe mich einerseits durch das, was die Kollegin Kanik-Richter gelesen hat in den Zeitungen über die Aussagen des Bürgermeisters, dann ist das sehr ernst zu nehmen und wie gesagt, wenn hier Entgleisungen passieren, sind wir die Ersten, die auch innerhalb der Fraktion sagen, da gehört eine Entschuldigung her und diese Entschuldigung ist erfolgt mit einem Zusatz, über den man gerne auch noch einmal reden können, aber wie gesagt, da sind wir die Ersten, die auch sagen, bitteschön und jetzt Schluss und jetzt Ruhe und Emotionen runter und da gehört eine Entschuldigung her und da lassen wir uns halt dann nicht gerne als Fraktion unterstellen, bei uns sei etwas faul. Weil ich denke, wir nehmen demokratische Spielregeln und den Respekt untereinander auch sehr ernst und sagen sehr schnell und jetzt bitte eine Entschuldigung, darauf lege ich schon Wert (*Applaus ÖVP*). Das wir heute einen Herrn Bürgermeister Siegfried Nagl haben und nicht einen Bürgermeister Stingl, das hat bitte auch etwas mit Wahlentscheidungen zu tun, das wäre irgendwie lustig, wenn wir hier im Gemeinderat sagen könnten und wir wünschen uns jetzt jemanden Bestimmten; dem ist eine Wahlentscheidung vorausgegangen und es ist in der politischen Debatte absolut legitim, jetzt aus deiner Sicht Dinge aufzuzählen, die nicht in deinem Sinne gelaufen sind, nämlich zum Beispiel das Kommod-Haus, weil vielleicht mag die Debatte im vorigen Jahr und

diese hier ein paar Ähnlichkeiten in den Reaktionen aufgewiesen haben. In beiden Fällen hat der Herr Bürgermeister sich sehr bemüht, im Nachhinein sehr klar zu sagen, was er gemeint hat und was er tatsächlich gesagt hat, es würde mich nämlich sehr wohl interessieren, leider hört jetzt die Kollegin Kanik-Richter gerade nicht zu, wenn sie nämlich heute den Ausführungen des Herrn Bürgermeister zugehört hat, nämlich in der Fragestunde, wir müssen auch nicht jetzt drüber reden, ich darf sie vielleicht nachher auch noch einmal darauf anreden, ob das Äußerungen waren, von denen sie sich persönlich verletzt gefühlt hat, das würde mich nämlich wirklich interessieren, ob das heute auch noch der Fall war. Aber jedenfalls von den Bilanzen her, es ist legitim, dass eine andere Partei auch Dinge aufzählt, die ihr nicht gefallen haben in den Jahren der Tätigkeit des Bürgermeisters, wir sehen halt die Bilanz des Herrn Bürgermeister anhand einer ganzen Reihe von großen Projekten, wo einfach sehr viel weitergegangen ist. Der Herr Bürgermeister war Finanzreferent in der Zeit, als Graz Kulturhauptstadt war, es sind Schulsanierungen eingeleitet worden unter ihm als Finanzreferent, wir haben Projekte im öffentlichen Verkehr, die jetzt weitergehen, wir haben die Messe, wir haben jetzt auch den Sturm-Platz, das sind Dinge, da geht was weiter und das ist bitte bei einer vollständigen Bilanz des Herrn Bürgermeister ebenfalls aufzuzählen. Und weil es bei mir geheißen hat, ich bringe die Dinge nur auf eine Meta-Ebene, vielleicht darf ich inhaltlich auch zur Türkei noch etwas dazusagen. Auch ich denke, dass die Türkei ein ganz wesentliches Land ist, wenn wir darüber nachdenken, was ist die Zukunft der Europäischen Union. Ein großer Europäer wie Erhard Busek, der sicher nicht verdächtig ist, die EU zu klein zu denken oder Europa zu klein zu denken, hat darauf hingewiesen, dass bei einem Beitritt der Türkei zur EU wir uns dessen bewusst sein müssen, dass wir zum Beispiel Staaten wie den Iran oder Irak dann als Nachbarn hätten, Erhard Busek ist derjenige, der sagt, wenn wir über Erweiterungen der EU nachdenken, wird es notwendig sein, irgendwann einmal zu sagen und hier endet die EU. Jetzt sage ich persönlich, das ist meine persönliche Haltung, die Türkei ist ein Land, das eine besondere Sensibilität hat, gerade weil die Türkei zwar einen kleinen, aber doch einen europäischen Anteil hat. Jetzt gibt es momentan viele Sorgen der Menschen und ich glaube, die hat der Herr Bürgermeister angesprochen, vielleicht war manchmal dann sozusagen die Rückmeldung in einem Tonfall, der auch uns nicht unbedingt genehm ist, aber angesprochen wurde, dass sehr viele Menschen denken, die besagte Türkei als Vollmitglied in der EU, das passt nicht. Andererseits zu sagen,

man macht die Tür der EU vor der Türkei zu, hat durchaus auch eine gewisse Gefährlichkeit und eigenartigerweise schön langsam treffen sich immer mehr Menschen, die sagen, das was der Herr Bundeskanzler mit einem, wie ich denke, genialen Betriff versucht hat auszudrücken, nämlich eine privilegierte Partnerschaft für jene Länder anzudenken, die sozusagen sich einer EU annähern, aber wo es vielleicht auch noch Probleme gibt, sie als tatsächliche Vollmitglieder zu sehen, das wäre ein Weg und wie gesagt, Verhandlungen mit der Türkei in diese Richtung ist das, wo ich denke, das ist der weitaus bessere Weg als nur eine EU-Vollmitgliedschaft anzustreben, oder auch zu sagen, keinerlei Verhandlung und wir wollen die Türkei nicht in der EU haben, das auch zu einer inhaltlichen Position dazu. Aber ich würde wirklich sehr bitten, dass wir bei solchen Fragen auch wieder zurückkommen, vielleicht wirft man mir weiter vor, dass ich einfach zu sachlich bin, aber ich versuche noch einmal zu sagen, wir haben heute Originalaussagen des Bürgermeisters gehört, ich bitte genau noch einmal nachzudenken, was er gesagt hat und vielleicht darf ich Sie dann einfach nachher auch noch einmal persönlich anreden, das wäre mir nämlich schon ein Anliegen. Danke (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Es ist ja so, dass wir in der Stadtregierung doch sehr eng zusammenarbeiten, von unterschiedlichen politischen Ausgangspunkten ausgehend, besser als es manche meinen und diese Zusammenarbeit auch über Fraktionsgrenzen hinweg auch über Arbeitsübereinkommensgrenzen hinweg macht Vertrauen erforderlich. Weil meine Vorrednerin, Eva-Maria Fluch, vorhin gesagt hat, schließlich gab es ein Wahlergebnis, das ist ja völlig richtig, es gab auch ein Wahlergebnis hier herinnen, und zwar ein Wahlergebnis mit dem der Bürgermeister gewählt wurde und es war kein selbstverständliches Wahlergebnis, es hat also vorher eine Reihe von Verhandlungen gegeben und der Versuch sich abzugleichen. Ich wollt auf etwas anderes hinaus, nicht auf Alfred Stingl, der in Menschenrechtsfragen ja tatsächlich hier den Stil vorgegeben hat und sich überregionale Anerkennung und Bedeutung erworben hat. Aber als es darum gegangen ist, Vertrauen auszusprechen, hat eine deutliche Mehrheit dieses Hauses allen Stadtsenatsmitgliedern, auch mir und auch dem Bürgermeister dieses Vertrauen ausgesprochen. Und es ist daher auch völlig gerechtfertigt, dass

diejenigen, die dieses Vertrauen aussprechen, daran gewisse Erwartungen knüpfen, die ja von vorneherein auch ausdrückt waren. Ich konnte nicht mitwählen, weil ich zu diesem Zeitpunkt nicht Mitglied des Gemeinderates war, aber ich weiß, dass es in meiner Fraktion sehr intensive und grundlegende Überlegungen, auch über die Person des Bürgermeisters, gegeben hat und damit verbundene Hoffnungen. Ich würde das schon ernst nehmen, ich meine es nämlich sehr, sehr ernst, ich möchte auch auf einen ganz bestimmten Punkt hinauskommen. Die Erwartung ist die, dass wir die Politik der Zukunft in Graz erkennbar als die einer Menschenrechtsstadt gestalten und dass wir mit Worten sehr vorsichtig umgehen, Worte haben in dieser Stadt schon Fürchterliches angerichtet und wir haben nicht nur die Zeit erlebt, in der wir oder wir haben sie gar nicht erlebt, aber diese Stadt hat nicht nur die Zeit erlebt, in der wir als Festung und Grenzfeste ausgebaut waren, auch wenn die Türken nie bis hierher gekommen sind, wir haben, glaube ich, nie einen echten Abwehrkampf erlebt außer jenen der Gegenreformation gegen die Evangelischen und Protestanten aber jedenfalls nicht gegen Muslime. Diese Worte sind unpassend gewesen und sie haben einen Reflex ausgelöst, der in diese Stadt nicht passt, den wir nicht wollen. Und wenn ich mir die Diskussionen auf den Chat-Seiten im ORF oder in der Kleinen Zeitung anschau, dann muss ich sagen, da kommen Wortmeldungen, die können dem Bürgermeister Siegfried Nagl nicht angenehm sein, mir sind sie geradezu widerwärtig, weil sie den braunen Sud zum Teil wieder nach oben geschwabt haben, etwas was wir nicht brauchen, was wir nicht wollen, was wir auch nicht provozieren sollen. Und ich glaube daher, dass es gerechtfertigt ist, wenn ich eine Bitte hier ausspreche, bitte, Herr Bürgermeister, verwende diese Begriffe nicht mehr, bitte, Herr Bürgermeister, denke darüber nach, wenn du öffentliche Interviews gibst, dass solche Reaktionen nicht mehr möglich sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

StRin. **Kaltenbeck-Michl:** Ich mache es kurz, weil ja das Wesentliche ohnehin schon von so vielen gesagt wurde, nur eine Fragestellung beschäftigt mich, weil der Begriff ja immer wieder genannt wurde vor allem von den VertreterInnen der ÖVP, nämlich die Fragestellung, was definieren wir denn als politischen Mut? Eine Frage, die uns ja nicht nur heute beschäftigt und beschäftigen sollte, sondern die ja wesentlicher Teil der Qualitätskriterien meiner Meinung nach für Politik ist. Es ist gesagt worden, die

Gemeinderätin Potzinger hat gesagt, mutige Frauen und Männer treten für Menschenrechte ein. Ja, Sissi Potzinger, das ist richtig. Du hast dann weiter gesagt oder du hast damit sozusagen das Bild herausgearbeitet oder versucht herauszuarbeiten, der Herr Bürgermeister gehört zu diesen mutigen Männern, weil er sich für Menschenrechte einsetzt. Aber du hast dann weiter gesagt, und das haben viele andere gesagt, eigentlich ist der Herr Bürgermeister deshalb so mutig, weil er nichts anderes getan hat als auszusprechen, was zwei Drittel der Menschen in Österreich denken. Zunächst würde ich einmal meinen, dass das nicht so ist. Mag sein, dass zwei Drittel der Menschen in Österreich und auch in Graz sehr skeptisch sind, was einen EU-Beitritt anbelangt und ich gebe zu, dass ich auch nicht frei von jeglicher Skepsis bin. Mag sein, dass es viele Menschen gibt, die, auch in meiner eigenen politischen Gemeinschaft, die derzeit ganz strikte, aus verschiedenen Gründen, gegen einen EU-Beitritt ist. Ich glaube aber nicht, dass zwei Drittel der Menschen in Österreich und dass zwei Drittel der Menschen in dieser Stadt sich identifizieren mit der Wortwahl, die der Herr Bürgermeister getroffen hat und zwar, was mich besonders unangenehm berührt hat, war sein Begriff Abwehrkampf. Denn was hat er denn damit gemacht, gegen wen führt man Abwehrkämpfe, gegen Feinde, er hat damit das Bild der alten Feindschaft wieder aufleben lassen und er hat damit sozusagen uns allen oder vielen jedenfalls zu vermitteln versucht, dort wo das gut hineingeht und das wissen wir, dass das bei vielen leider viel zu gut hineingeht, ein Feindbild, ein Südenbockbild präsentiert, dass einer Menschenrechtsstadt nicht würdig ist und jetzt komme ich zur entscheidenden Frage, für mich jedenfalls. Wie viel politischer Mut gehört denn dazu, um zu sagen, was die Mehrheit der Bevölkerung denkt? Hat den politischer Mut nicht immer bedeutet, genau das Gegenteil zu tun, wenn ich davon überzeugt bin, dass Mehrheiten sich irren und geirrt haben, das hat es in der Geschichte immer wieder gegeben, dann ist doch politischer Mut viel mehr, gegen diesen Zeitgeist aufzustehen und die Stimme dagegen zu erheben (*Applaus SPÖ*) und zu warnen und aufzuklären und entgegenzutreten gefährlichen Entwicklungen. Politischer Mut heute bedeutet, all jenen zu widerstehen, die rassistisch sind, politischer Mut heute bedeutet, sich gegen jene zu widersetzen, die Menschen gegen Menschen aufhetzen, politischer Mut heute bedeutet, sich auf die Seite von Randgruppen zu stellen, auch wenn zwei Drittel in einer Stadt sagen, die gehören nicht da herein und die gefallen uns nicht und die wollen wir nicht sehen. Politischer Mut braucht vieles, politischer Mut

bedeutet meiner Meinung nach auch, sich für die Menschenrechte überall einzusetzen, dort wo sie verletzt werden, nicht nur, wenn es um ein bestimmtes Volk geht, nicht nur, wenn es um eine bestimmte Gruppe geht, die Menschenrechte verletzt, sondern sehr genau hinzuschauen, was denn in dieser Gesellschaft, in diesem weltweit, in diesem internationalen Geflecht von Kriminalität, verwoben mit Wirtschaft und Profitmaximierung an Menschenrechtsverletzungen passiert, ich erwarte mir von jemandem, der für sich in Anspruch nimmt, mutig für Menschenrechte einzutreten, dass er jeden Tag als Bürgermeister einer Stadt die Stimme erhebt gegen das, was in dieser Gesellschaft und auch in dieser Stadt mit Frauen passiert an Frauenhandel, von Männern, von Organisationen, von Initiativen, die daran verdienen, dass Frauen verschleppt werden und verkauft werden. Ich erwarte mir eine mutige Stimme gegen den Kinderpornohandel zum Beispiel, ich erwarte mir eine mutige Stimme gegen alles, was an Menschenrechtsverletzungen passiert von Seiten Amerikas auf der ganzen Welt und ich möchte eine ganz deutliche Sache heute ansprechen, weil wir alle sehr betroffen waren über das, was heute wieder passiert ist an terroristischer Aktion in London, aber eigentlich müssten wir in jeder Gemeinderatssitzung hier drüber nachdenken, ob wir uns diese Streitereien, weil das ja Thema der Besprechung vor der Gemeinderatssitzung war, ob wir uns diese Auseinandersetzungen leisten wollen, weil ja jeden Tag auf der Welt in Afrika Kinder verhungern und andere dann daran verdienen, weil ja jeden Tag Menschen durch Bomben verletzt werden zum Beispiel im Irak, weil ja jeden Tag ununterbrochen in jeder Sekunde Menschenrechte verletzt werden. Also ich denke, dass diese Situation, in der wir uns jetzt hier befinden und die für uns in Graz keine einfache Situation ist, weil sie ein Bild aus dieser Stadt hinausstrahlt, nicht nur an die Türkei sondern in die ganze Welt, das unserem Geist ja letztendlich nicht gerecht wird und das macht mich besonders besorgt, aber wenn diese Situation etwas Gutes hat, dann möglicherweise die Chance, dass wir, und ich sage jetzt nicht, ich will mich jetzt nicht auf der Meta-Ebene aufhängen und sagen, möglicherweise die Chance, dass wir sensibler mit unseren Worten umgehen, aber möglicherweise die Chance, dass wir intensiver über unsere unterschiedlichen Bewusstseinshaltungen diskutieren, wenn es in konkreten Fällen um Verletzung von Menschenrechten geht. Menschenrechte, das habe nicht ich erfunden, aber ich halte das für den klügsten Satz oder einen der klügsten Sätze, die ich je gehört habe, sind schlicht und unteilbar, man kann nicht auf der einen Seite gegen Menschenrechtsverletzungen

eintreten und auf der anderen Seite zu Menschenrechtsverletzungen schweigen, damit ist man schlicht und einfach nicht glaubwürdig, und zum politischen Mut möchte ich noch etwas sagen, politischer Mut heißt natürlich auch, schöner kann man es überhaupt nicht sagen als es die Elke Edlinger gesagt hat, sich zu entschuldigen, wenn einem etwas nicht so gut gelungen ist, wenn man das Gefühl hat, ich habe da etwas gesagt, das ich so nicht sagen wollte und das Menschen verletzt hat. Das gilt für den Herrn Bürgermeister meiner Meinung nach genauso wie für die Gemeinderätin Gesek, es gilt aber auch, weil das viele hier nicht so deutlich erlebt habe, wie ich, für den Herrn Gemeinderat Schönegger, weil im dem Moment, wo die Frau Gemeinderätin Kanik-Richter aufgestanden ist und herausgegangen ist, hat eine Sekunde früher noch als die Frau Gemeinderätin Gesek der Herr Gemeinderat Schönegger sehr zynisch gesagt, das hätte ich mir ja denken können, dass die hinausgeht. Das hätte ich mir denken können, dass die hinausgeht, genauso habe ich es gehört und genauso hat die Körperhaltung dazu gestimmt und ich kann daran nur sagen, natürlich kann sich das jeder hier im Saal denken, dass eine Frau, die in ihrer Würde verletzt ist, wenn sie mutig ist, hier herausgeht und sagt, ihr habt mich verletzt. Ich lege Wert darauf, dass ihr meine Würde wahrt (*Applaus SPÖ*). Herr Gemeinderat Schönegger bitte eine Entschuldigung.

GR. **Schönegger**: Zur tatsächlichen Berichtigung, ich habe gesagt, das habe ich mir gedacht und ich glaube, das kann man ruhig sagen, weil das durchaus logisch ist, dass wenn jemand betroffen ist, selbst dann hinausgeht (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Das ist ja unglaublich.

GRin. **Fürntrath**: Wenn wir schon bei der Wahrheit sind und wenn wir schon bei Entschuldigungen sind, dann bitte ich auch, wirklich also ich bin jetzt auch sehr betroffen und ich ärgere mich maßlos, Herr Gemeinderat Kolar, weil du hast nämlich

gesagt, wie der Herr Stadtrat Eisel-Eiselsberg sich zu Wort gemeldet hat, hast du gesagt, dass ist der Einzige von dieser Abteilung, der ein Hirn hat, und da fühle ich mich...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Fürntrath:** Das hast du gesagt und da fühle ich mich auch sehr betroffen, wenn wir schon dabei sind und das finde ich auch unerhört und sage nicht, das ist nicht richtig.

Zwischenruf GR. Herper: Stil.

GR. **Khull-Kholwald:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich, so wie ich denke, die Ehre und das Glück habe, mehr oder weniger als Letzter hier sprechen zu dürfen, so gestatten Sie mir eine kurze Anmerkung zur Psychodynamik dieser Sitzung. Wir haben uns über weite Strecken hindurch wirklich so verhalten, wie ich es mir von so einem Haus erwarte. Wir waren ruhig und haben einander zugehört und immer wieder dazwischen kam es halt zu Aufregungen. Ich möchte einen Beitrag liefern, der nicht zu Aufregungen führt. Ich werde mich bemühen, sachlich zu argumentieren, ich werde teilweise auch, denke ich, deswegen auf eine gewisse Abstraktionsebene mich zurückziehen, ich entschuldige mich auch gleich, hin und wieder redundant zu argumentieren, aber ich bin mehr oder weniger der Letzte in dieser Debatte und was ich nicht machen werde, Herr Bürgermeister, ist eine Auslegung Ihrer Äußerungen, die mehr oder weniger die Ursachen dieses Problems sind, das wir hier haben. Was ich mir aber schon gestatten möchte, ist eine kurze Wertung vorzunehmen und ich denke, Sie werden

dabei sehen, dass man auch werten kann, vor allem, wenn das Werturteil klar ist, ohne den anderen dabei abzuwerten. Ich möchte deswegen vielleicht mit einem Punkt beginnen, wo Sie, Herr Bürgermeister, und ich, denke ich, einig sind, ich gebe das unverhohlen zu, ich bin auch kein Freund eines EU-Beitrittes der Türkei. Sie haben ein Argument, die Menschenrechte, vorgebracht, ein anderes Argument ist manchmal hier schon angeschnitten worden heute, aber vielleicht nicht so klar herausgekommen. Meine Damen und Herren, je größer ein System wird, und das ist eine Tatsache, desto instabiler wird es. Wenn es sich jetzt um ein politisches und ökonomisches System wie eben die Europäische Union handelt, so kann man aus diesem Satz ableiten, je größer dieses System wird, desto politischer und ökonomisch instabiler wird es. Das ist ein wesentlicher Grund gegen diesen Beitritt, denke ich. Als Beispiel in der Geschichte kann man zum Beispiel Zentraleuropa um 1900, also unsere Habsburger Monarchie, heranziehen oder zumindest für die ökonomische Instabilität auch die Wiedervereinigung der BRD mit der ehemaligen DDR. Zweite Bemerkung: Es ist durchaus legitim und wichtig, von der Gegenwart aus Fragen an die Geschichte zu stellen, sonst hätte die ganze Geschichtswissenschaft relativ wenig Sinn, möchte ich bemerken, es ist dabei aber, sehr geehrter Herr Bürgermeister notwendig, und damit beginne ich jetzt vorsichtig diese Wertung vorzunehmen, notwendig in der Geschichte selbst den Kontext nicht zu verlieren. Dritte Bemerkung: Die in der österreichischen Erinnerungskultur am besten verankerten Kriege der Habsburger Monarchie gegen das osmanische Reich, bitte sehr, sind jene Kriege, die im 17. Jahrhundert stattfinden. Es ist auch so, dass jener Begriff Graz als Bollwerk, soweit ich das richtig recherchiert habe, mich bitte zu korrigieren, falls es falsch ist, aus den 1660er Jahren stammt. Daher denke ich, Herr Bürgermeister, sollten wir uns mit ein paar Sätzen diesem 17. Jahrhundert zuwenden und die Frage analysieren, in welche Kriege war in diesem Jahrhundert die Habsburger Monarchie denn so alles verwickelt. Nun, ich zähle nur einige auf, Frau Stadträtin, nun 1619 bis 1648 der 30jährige Krieg, der hatte unter anderem für Graz die Implikation zweier Hungersnöte und das Vorhandensein einer recht mächtigen kaiserlichen Truppe bis 1650, es wurden nämlich erst 1650 jene Rezesse unterzeichnet, die dann zur Abrüstung der Truppen führten. Ich würde jetzt Folgendes sagen, Herr Bürgermeister, dieser Krieg war auf Grund seiner europäischen Dimension für Europa zumindest gleichbedeutend und das ist vorsichtig formuliert, wenn nicht bedeutender als eben unser „Krieg gegen des

osmanische Reich“, des Weiteren möchte ich anmerken, dass in der europäischen, nicht in der österreichischen Erinnerungskultur, in der europäischen Erinnerungskultur dieser Krieg einen zentralen Platz einnimmt. Es ist im katholischen Österreich nicht bekannt zum Beispiel, oder nur wenig bekannt, dass die protestantische Gemeinde der gemischt konfessionellen Reichsstadt Augsburg von 1648 bis 1790 jährlich mit einem öffentlichen Fest dieses Kriegs gedacht hat und da lassen sich in den Niederlanden, in Norddeutschland noch andere Städte finden, die ich Ihnen jetzt nicht aufzähle. Was 1663 in Graz passiert ist, Herr Bürgermeister, denke ich, das wissen Sie, es wurde auf Grund des Beginns dieses Türkenkriegs gelobt, eine Mariensäule aufzustellen, diese ist Teil unserer Grazer, spezifisch Grazer Erinnerungskultur. Der Krieg war aber für Graz relativ geschwind vorbei, sozusagen am 1. August 1664 besiegt Montecuccoli bei Mogersdorf und das liegt bitte sehr bei St. Gotthard in Ungarn, die osmanischen Truppen, weil wir schon bei Ungarn sind, in jener Zeit, Frau Stadträtin, gab es in Ungarn eine Magnatenverschwörung, in die Österreich auch mit Grazbezug verwickelt war. Ein weiteres Stichwort sozusagen zum Abhaken, 1673 vertreibt der österreichische Feldherr Montecuccoli seinen Intimfeind Touren, den Franzosen, vom rechten Rheinufer im Devolutionskrieg, auch da war Österreich engagiert. 1683 kam es eben zu diesem Türkenjahr in Wien, der Gegenstoß führt über Ungarn, bis man 1688 Belgrad eroberte und jetzt komme ich schon zum letzten Datum, weil sonst stehe ich, glaube ich, bald hier alleine da, 1699 kam es dann zum Frieden von Karlowitz. Und jetzt komme ich zu meiner Wertung: Ich glaube, Herr Bürgermeister, Sie können mir zustimmen und das ist, glaube ich wirklich, auch eine Wertung, ohne eine Abwertung vorzunehmen, dass es im Nachhinein betrachtet nicht wirklich geschickt war, diese Äußerungen von Bollwerk und Abwehrkampf in den Mund zu nehmen. Und ich kann Ihnen sagen, ich hätte das nicht gemacht. Es ist damit nämlich auch eine gewisse Gefahr verbunden und zwar eine Gefahr, die daher rührt, als dieses Geschichtsbild, meine Damen und Herren, das eben den Abwehrkampf als kulturellen Gedächtnisort hat, in Österreich noch nicht ausgestorben zu sein scheint, das ist die Gefahr dabei. Und auch das ist, glaube ich, eine Wertung, die ohne Abwertung passiert ist. Zum Abschluss, meine Damen und Herren, möchte ich Ihnen ein anderes Bild der österreichischen Kultur vorstellen, das, denke ich, neben mir ein relativ großer Teil des Hauses mittragen kann. Neben mir wurde dieses Geschichtsbild unter anderem auch oder dieses Kulturbild unter anderem auch von Johann Strauß Sohn

mitgetragen und ich schicke vielleicht nur noch voraus, dass man Esskultur auch als einen Teil der Kultur begreifen kann und im Sinne eines atrophäischen Lachens, also eines befreienden Lachens, meine Damen und Herren, möchte ich damit abschließend bei dieser Debatte, so ernst sie war, vielleicht auch ein wenig zum Schmunzeln anregen. Es ist ein Zitat aus „Österreich intim“, Erinnerung von 1892-1942 von Bertha Zuckerkandl. Es spricht hier zuerst jener Johann Strauß: „Mein Vater, der ist aus Spanien eingewandert, von dem habe ich mein edles Hidalgoantlitz. Er hat eine Wirttochter in der Leopoldstadt geheiratet. Das Wirtshaus ist am Donauufer gelegen. Da sind die Schiffer herauf- und heruntergefahren und haben ihre Weisen dazu gesungen. Mein Vater war damals ein Bub, dem ist das spanische Blut und das österreichische Gemengsel zum Wiener Musizieren geworden. Jetzt illustriere ich Österreich auf eine andere Weise. Ihr werdet staunen, wie das meine Frau gemacht hat. Die launige Menükarte überreichte er mir kniend. Menü: Risotto-Suppe nach Triestiner Art, Fischpörkölt – Ungarisch, Braunbraten mit Zwiebeln – Polnisch, Frau Stadträtin, Serviettenknödel – Böhmisches, Backhendeln mit Gurkensalat – Oberösterreichisch, Apfelstrudel – Wiener Idealgericht, Weine: Tokayer, Donauperle; Sliwowitz. Dieses kulinarische Symbol des Österreichertums wurde mit Andacht verzehrt.“ Und meine Damen und Herren aus der heutigen Sicht betrachtet, kann ich mich dem nur anschließen und sagen, zu diesem kulinarischen Symbol des Österreichertums passt auch gut Eireann und Kebab.

GR. **Herper:** Herr Bürgermeister, Kolleginnen und Kollegen! Also ich bin stolz, Mitglied dieses Gemeinderates zu sein, wo die Kollegin Nuray Mitglied dieses Hauses ist (*Applaus SPÖ*). Ich bin stolz, Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion zu sein, wo du unser Mitglied bist und ich würde mir wünschen, wenn es in Zukunft bei nächsten Wahlen mehr Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Vertreter der Interessens- und Kulturvielfalt von Graz geben sollte, müsste, dürfte, die auch in diesem Hause nicht österreichischer Herkunft sind, das würde mich auch freuen, weil es ein Spiegelbild unseres kulturellen Lebens, eigentlich der europäischen Kulturhauptstadt 2003 ist (*Applaus SPÖ*). Natürlich, Martin, wir können uns unterhalten von der Esskultur, ich würde mich mit dem Bürgermeister Siegfried Nagl gerne über den Bürger als Edelmann oder über die Rossini-Oper unterhalten, wo

Orient und Okzident in einem regen Austausch sind und auch zusammenfallen und auch zusammen Vielfalt repräsentieren. Aber auf diesem kulturell bürgerlichen Niveau geht es ja hier gar nicht. Hier geht es ganz klar, und das hat das ja bestätigt, trotz aller Quasi-Entschuldigungen, Fastentschuldigungen oder Hinweisen, es wäre nicht so, aber vielmehr doch und wir bewegen uns dann auf irgendwelchen Ebenen dahin, es ging ganz konkret, weil die Frage sich stellt, wie passiert das einem Bürgermeister, wenn ihm das Mikro so hingehalten wird, Worte wie Bollwerk und Abendland zu sagen und Abwehrkampf, wie passiert ihm so etwas, wie passiert der Kollegin Gesek zu sagen, ich entschuldige mich, aber eigentlich habe ich eh Recht, wie passiert so etwas? Ist dahinter Absicht oder ist dahinter nur tolldreiste Unvernunft oder was steckt wirklich dahinter oder ist es das Kitzeln von Vorurteilen? Da geht es nicht um Esskultur, da geht es nicht, in welches Opernhaus wir gehen, welche Opern wir sehen, hier geht es um das Kitzeln von Vorurteilen und die Reaktionen im Internet und die Leserbriefe bestätigen euch das, da könnt ihr kiloweise vorweisen, wie die Reaktionen sind und kein Beifall, lieber Thomas, Pressereferent, Sozialsprecher und dass du von der Caritas kommst, den wollten wir ja gar nicht. Das tut uns Leid, wenn der Strache und alle anderen daherkommen und was da für braune Rülpsler noch daherschwimmen auf dem Fettauge von solchen Aussendungen. Ihr wolltet es nicht, aber ihr bekommt sie, ihr habt es gesucht, das ist die pure Absicht hinter euren Vorstellungen. Herr Bürgermeister, lieber Siegfried Nagl, ich hätte dir gerne empfohlen, wenn du Zeit hast, diese Zeitschrift zu lesen der Karl-Franzens-Universität, Uni-Zeit 2/05, Orient/Okzident – Wissen auf Reisen, und da schreibt der Professor Dr. Alois Kernbauer, um was es eigentlich geht. Vermute ich, wir gehören der gleichen Religionsgemeinschaft an, wir hatten schon, und führen schon jahrelang einen Disput der gleichen katholischen Kirche, wir haben da andere Zugänglichkeiten, lieber Siegfried Nagl, und wir haben auch andere Auslegungen, wie das Evangelium auszulegen ist, aber wenn der Kernbauer, Professor Kernbauer, feststellt, was eigentlich die Ursache des geschilderten Feindbildes ist, das hier existiert und weitergetragen und weitergeführt wird, dann ist es einfach die schlichte Ausgabe, ich zitiere auch etwas von deinen fundamentalen christlichen Ansichten, der Türk als Gegenbild des eigenen Selbst, sonst würde es ja nicht solche Begriffe wählen wie mit dem Wohnzimmer. Und das ist ja die wahre Geschichte dahinter, das geht ja auch um diese psychoanalytische Ebene und auch um diese fundamentale christliche Ebene. Du sagst einfach, wir sind anders und du tradierst einfach

Feindbilder, die über die Jahrhunderte geprägt wurden, mit solchen Begrifflichkeiten fort und die stimmen einfach gar nicht. Die ÖVP, ich kann mich noch erinnern, Josef Krainer, das waren Supervorstellungen, Bücher und Darstellungen der steirische Prinz, na wer war denn der Erste in Istanbul von den Habsburgern, Erzherzog Johann. Wer hat denn das Militärwesen, wer hat den das Militärmedizinwesen in dem osmanischen Reich reformiert, Grazer Mediziner, die hier dann ihre Ehrentitel bekommen haben in Graz. Wer hat denn diese Ausprägung, diesen Austausch, diesen Dialog geführt und du prägst ein Feindbild, das unmöglich ist. Wenn du das Vorwort schreibst für das Stadtmuseum, für die Ausstellung Orient und Teppiche, hättest du doch wenigstens die Inhalte gelesen, dass es, der Jontes, der jetzt führt das Kunsthaus in Leoben, weist doch bitte nach, dass mit dem Palais Saurau, das mit dem Türkenbild überhaupt nicht gestimmt hat, das wissen wir seit zehn Jahren dezidiert, das heißt, es war eine Ehre und es gehörte zum Exotischen des Orients, ein so genanntes türkisches Haus zu bezeichnen, nicht die Angst und die Furcht, die hat mitgespielt, die ist tradiert worden, damit die Leute ausgeblutet sind, damit man ihnen die Steuern herausgezogen hat, ist das Türkenbild geprägt worden, das war die Wirklichkeit in der Habsburger Monarchie, da hat man sich ausgezeichnet, dass man einen Türken hinaufgehftet hat, weil es eine Art von Exotik war, wie heute nach Bali zu fahren. Und wenn du dich nicht beschäftigt hast mit diesen Fragen, dann bitte lies wenigstens die einschlägigen Schriften auch, also der Nachweis sozusagen der historischen Befindlichkeit den muss ich dir leider absprechen (*Applaus SPÖ*). Und ich gehe gar nicht auf die Eva-Maria ein, das ist doch alles, wenn ich was Falsches gesagt habe, wenn ich wen beleidigt habe, wenn ich wen verletzt habe, ich tu mich entschuldigen. Ich will gar nicht eure Homepage lesen und alles Mögliche, es ist viel und zuviel gesagt worden, ich zitiere nur noch ein Wort, das ich dir vielleicht auf dem Weg geben kann, weil du ja immer in den letzten Ansprachen, lieber Sigi Nagl, das Gedankenjahr in den Mund geführt hast. Ich habe eine Rezension gelesen vorgestern, die mich tief beeindruckt hat, weil sie von einem renommierten und wirklich anerkannten christlich geprägten deutschen Politiker stammt, von Wolfgang Schäuble. Er schreibt in einer Buchrezension, vor drei Tagen erschienen: „Ohne Maß und Mäßigung zerstört sich jedes vom Menschen geschaffene System, aus der Vielfalt religiösen Suchens und kultureller und geschichtlicher Erfahrungen wachsen Einsichten über Normen und Grenzen, Werte, ohne die weder Europa noch der Westen noch eine globale Ordnung im 21. Jahrhundert auskommen kann.“ Das gebe

ich dir gerne für das Gedankenjahr mit auf dem Weg, bitte denke auch darüber nach, wenn du demnächst öffentliche Äußerungen machst, du repräsentierst die Stadt, du repräsentierst die Bevölkerung von Graz, wir würden wünschen, dass du auch in der Wortwahl dieses Maß und diese Mäßigung einnimmst. Danke (*Applaus SPÖ*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

5) Graz der Standort für Arbeit und Wirtschaft/Maßnahmenpaket nach UVS-Entscheid

GRin. Mag **Bauer** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Stadtregierungsmitglieder, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Der letzte Antrag und mein Antrag haben etwas gemeinsam und das Gemeinsame daran ist, dass es darum geht, dass Grenzen überschritten werden, Grenzen zu überschreiten mit Worten auf der einen Seite, wo es hier eines langen Diskurses gebraucht hat, damit man auch klarstellen kann (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), wann Überschreitung beginnt. In meinem Antrag geht es um eine Überschreitung, die auf einer Entscheidung beruht. Im Rahmen einer Entscheidung des Unabhängigen Verwaltungssenates wurden uns sehr klar Grenzen aufgezeigt, nämlich die Grenzen des Verschmutzens, wann dürfen wir unsere Luft noch weiter verschmutzen. Ich habe diesen Antrag vorbereitet und bringe ihn hier ein, weil es hier um unseren Standort geht, um Graz als Standort für Arbeit und Wirtschaft. Wir wissen sehr gut, dass dieser Standort auch mit unseren kommunalen Möglichkeiten zusammenhängt, wenn es keine Arbeitsplätze mehr gibt, sinken die Einnahmen aus der Kommunalabgabe und das bringt uns in weitere finanzielle Nöte. Ich möchte Ihnen, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, das Problem, das Graz derzeit hat aus dieser Entscheidung, ich möchte es erklären, wie wir diese Entscheidung sehen können, ich möchte auch Lösungsvorschläge vorstellen und ganz zum Schluss den

Antragstext, wie es die Formvorschrift vorsieht, verlesen. Ich bitte auch jetzt schon vorab die Beamten um ihren Einsatz, der mit diesem Antrag auch verbunden ist. Zur Problemlage: Wir haben uns in Graz schon oftmals um den Feinstaub gekümmert, wir haben einen eigenen Ausschuss eingerichtet, den Gemeindeumweltausschuss, wo wir intensiv uns beraten haben, einstimmige Gemeinderatsbeschlüsse gefasst haben mit einer Liste von Maßnahmen. Wir wurden auch oder Graz wurde auch im Rahmen des Maßnahmenplanes oder im Rahmen der Luftsanierungsgebiete seitens des Landeshauptmannes ausgewiesen. Es wurde auch ein Maßnahmenpaket seitens des Landes geschnürt, damit es hier zu einer Verbesserung der Situation kommt. Die erste Problemlage daraus ergibt sich aus dieser Entscheidung, dass uns Grenzen aufgezeigt wurden, dass der Standort Graz nicht gleich behandelt wird wie der Rest der Steiermark, der kein Luftsanierungsgebiet darstellt. Das heißt, dass wir daraus einen intensiven Standortnachteil erleben. Das zweite Problemfeld aus dieser Entscheidung zeigt sich in einer Ansiedelung eines Betriebes, aus dieser Entscheidung wird abgeleitet, dass keine zusätzliche Feinstaubemission mehr zulässig ist. Was heißt das? Sucht ein Unternehmen um eine Bewilligung an in Graz und kommt es zur Behörde, dann muss ihm die Behörde sagen im Magistrat, es tut uns Leid, Sie erzeugen Feinstaub, die Belastung ist bei uns schon so hoch, das wir keinen weiteren Verursacher vertragen, abgelehnt. Ja, abzulehnen ist alles, was Verbrennungsprozesse beinhaltet, das heißt, wir könnten Betriebsansiedelungen schon noch durchführen, aber im Endeffekt müssten es solche Betriebe sein, die keine Heizungsanlage haben. Neuansiedelungen sind so gut wie nicht mehr möglich. Das dritte Problemfeld sind Betriebserweiterungen, auch passiert vor kurzem, ein Unternehmer sucht an um eine Betriebserweiterung und in dem Sinne, er sagt, gut, ich weiß um die Feinstaubproblematik Bescheid, ich nehme den Bestand meiner alten Anlage, senke dort die Grenzwerte, baue die neue Anlage dazu und in Summe habe dieselben Emissionen, das heißt dieselbe Menge an Luftschadstoffen, die hinausgepustet wird, kommt zur Behörde, die Behörde muss sagen, tut uns Leid, Antrag abgelehnt, Erweiterung nicht möglich, weil es hier rechtliche Grenzen gibt, wo es zwar gewerberechtlich anerkannt ist, aber baurechtlich nicht möglich ist. Diese Folgerung daraus ist, dass wir dementsprechend mit einem wirtschaftlichen Stillstand konfrontiert sind und ich denke, dass alle Fraktionen hier im Gemeinderat Arbeit und Wirtschaft in unserer Stadt als wesentliche Priorität anerkennen. Wie schaut es aus mit Lösungen? Ein Lösungsansatz kann sein, und das hat der Herr Landesrat

Seitinger vor zwei Tagen im Landtag gesagt auf Grund einer Anfrage, er hat die Methode „Kopf-in-den-Sand“ gewählt. Er hat geantwortet auf diese Entscheidung, er weiß von nichts, ihm ist das Problem nicht bekannt. Andere mögen gerne vielleicht Unterschriften sammeln oder am Stadtrand Autofahrern zusehen, aber ich glaube nicht, dass das ein Lösungsansatz ist. Sehr geehrte Damen und Herren, ich möchte Ihnen diesen Lösungsansatz meines dringlichen Antrages, der für unseren Standort, wo Arbeit und Wirtschaft weiterhin möglich sein soll, präsentieren. Zur ersten Problemlage: das Sanierungsgebiet. Wir in Graz gehören dem Sanierungsgebiet Großraum Graz an, das heißt, auch die Umlandgemeinden haben dementsprechende Standortnachteile gegenüber dem Rest der Steiermark, die nicht als Sanierungsgebiet ausgewiesen sind, zu erleiden. Wir wissen sehr gut, dass es weitere Gebiete gibt und Regionen in der Steiermark, die Grenzwertüberschreitungen haben, aber noch nicht als Sanierungsgebiet ausgewiesen sind, also dementsprechend gilt mein erster Lösungsansatz, diesen Standortnachteil für Graz zu beseitigen dahin, dass wir uns um eine vollständige Ausweisung der Sanierungsgebiete bemühen müssen. Das Nächste ist, es gibt Maßnahmenkataloge, einen Maßnahmenkatalog Verkehr beispielsweise des Landes Steiermark, es gibt einen Maßnahmenkatalog, den wir erlassen haben, also hier geht es um eine vordringliche Umsetzung dieser Maßnahmen, um die Immission zu senken und Grenzwerte wieder einhalten zu können. Es gibt auch noch die Möglichkeit, ein Maßnahmenpaket Gewerbe zu erlassen, auch das hat das Land noch nicht gemacht. Also hier diese Möglichkeiten der Instrumente, die schon geschaffen wurden, sind intensiv zu nutzen, um hier den Standortnachteil aus der Problemlage Sanierungsgebiet zu beseitigen. Der zweite Lösungsansatz bei der Problemlage Betriebserweiterung. Ich habe hier vorgeschlagen in diesem dringlichen Antrag, dass die rechtlichen Schranken des Baurechtes hier bei einer Betriebserweiterung dem Gewerberecht anzupassen sind, damit einer innerbetriebliche Kompensation angerechnet werden kann und das dritte Problem ist das Ansiedelungsproblem. Ein Unternehmer, der bei uns noch keinen Standort hat und kommen will, wie können wir hier Luft und Raum verschaffen, damit auch er hier wirtschaften kann? Sehr geehrte Damen und Herren, ich glaube, dass wir hier intensiv unsere öffentlichen Mittel in die öffentlichen Maßnahmen oder Instrumente in die Hand nehmen müssen, um hier zusätzlich Reduktionspotentiale auszuschöpfen. Ich habe in meinem Motivenbericht hier angeführt beispielsweise die Ausweitung der Fernwärmeanschlussbereiche, der

Ausbau der Fernwärme, der Solarenergie, des öffentlichen Verkehrs, weiters die Umstellungsmaßnahmen auf emissionsarme Heizungsanlagen oder auch dafür geschaffene spezielle Förderungsprogramme. Und diese öffentliche Kompensation ist ja nicht so einfach zu generieren, die öffentliche Kompensation, und hier spreche ich vor allem die Spitzenbeamten des Magistrates Graz an. Hier steht die Idee dahinter, dass ein Unternehmer, der sich in Graz ansiedeln will, in einer Steuerungsgruppe empfangen wird, bevor irgendwelche Pläne, Anlagenpläne oder Sonstiges geschaffen oder gezeichnet oder geplant wird und vorab der Rahmen abgesteckt werden kann, was braucht es, welche Voraussetzungen sind notwendig, damit sich dieser Unternehmer hier ansiedeln kann und eine Bewilligung für seinen Betrieb erhält. Aber es soll natürlich nicht die Gefahr sein, na gut, wir unterlaufen das Programm vom Gemeindeumweltausschuss, deswegen, sehr geehrte Damen und Herren, ist es eine gesonderte Einrichtung für diese Neuansiedelung, damit wir hier unsere Immissionswerte wieder einhalten können. Sehr geehrte Damen und Herren, ich darf jetzt nun zum Antragstext kommen.

Wenn die Stadt Graz als Standort nach der UVS-Entscheidung attraktiv bleiben soll und nicht Gefahr laufen will, dass ansiedlungsinteressierte Unternehmen oder Unternehmen, die ihre Betriebsstätten erweitern möchten, in andere Regionen ausweichen, wodurch unserer Stadt in Bezug auf Steuereinnahmen Millionenverluste drohen, ist es jedenfalls dringend geboten, auf diese UVS-Entscheidung raschest zu reagieren.

In diesem Sinne stelle ich daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

1. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, gemäß Motivenbericht, hier Punkt 1, das ist die innerbetriebliche Kompensationsmaßnahme, bis 12. September 2005 einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung des Baurechts auszuarbeiten, der als Grundlage für die Einreichung einer Petition an den Landesgesetzgeber dient, damit innerbetriebliche Kompensationsmaßnahmen angerechnet werden können.

2. Die zuständigen Magistratsabteilungen werden beauftragt, gemäß Motivenbericht, Punkt 2, hier geht es um die Neuansiedelungen, bis 12. September 2005 einen Vorschlag für eine entsprechende Änderung des Gewerberechtes und des Immissionschutzgesetzes Luft, die als Grundlage für die Einreichung einer Petition an den Bundesgesetzgeber dient, damit öffentliche Kompensationsmaßnahmen dem Betriebsanlageverfahren angerechnet werden können. Weiters wird die Magistratsdirektion beauftragt, bis 12. September 2005 gemäß Motivenbericht/Punkt 2, eine Steuerungsgruppe der Spitzenbeamten zu installieren, die die erwähnten öffentlichen Kompensationsmaßnahmen immissionsmäßig rechnerisch darstellt sowie Umsetzungsvorschläge erarbeitet und gleichzeitig, hier habe ich nach dem deutschen Vorbild für eine umfassende Beratung beziehungsweise Information aller Unternehmen, die sich in Graz ansiedeln beziehungsweise die Betriebsstätten in Graz erweitern wollen, zuständig ist und diesen Vorschlag dem Wirtschaftsausschuss vorzulegen.

3. Die Stadtregierung wird beauftragt, an die Landesregierung heranzutreten und eine forcierte Umsetzung aller Maßnahmen zur Reduktion der Feinstaubbelastung einzufordern; des Weiteren wird die Stadtregierung beauftragt, an den Landeshauptmann heranzutreten, um die vollständige Ausweisung der Sanierungsgebiete zu erwirken. Ich ersuche um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR. Dipl.-Ing. **Topf** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kollegin Mag. Bauer! Die ÖVP wird sich nach Einbringen einiger Textpassagen, die sie freundlicherweise mitberücksichtigt haben, auf jeden Fall dem dringlichen Antrag und auch dem Inhalt zustimmen. Ich möchte nur zwei, drei Gesichtspunkte noch einmal kurz zur Diskussion stellen. Es ist natürlich schwierig, jetzt über das Baurecht quasi ein Unternehmen zu zwingen, jetzt unter Anführungszeichen im Rahmen einer Betriebserweiterung sozusagen emissionsneutral hier nach außen aufzutreten, in dem quasi dazu entsprechende Maßnahmen zur Emissionsbegrenzung innerhalb der bestehenden Betriebe kommen. Ich darf daran erinnern, dass sehr viele Betriebe gerade in der Stadt Graz dem Ökoprofitprojekt ja schon einige Jahre zugetan sind

und bereits seit vielen Jahren sehr vehement hier Auflagen auf sich nehmen, freiwillig auf sich nehmen, Emissionen in alle Richtungen, ich denke jetzt an Luft, Lärm, aber auch an Wasser zu minimieren. Also ich befürchte, wenn ich das so sagen darf, dass es durchaus bei manchen Betriebsanlagenerweiterungen keine Möglichkeiten oder kaum mehr Möglichkeiten geben könnte, hier im Zuge einer Betriebserweiterung noch weiter Gesamtemissionen zu reduzieren, das ist ein Punkt, den ich doch hier ansprechen möchte. Vielleicht noch ein zweiter Punkt hinsichtlich der Geschichte mit den finanziellen Anreizen hier bei Heizungsumstellung, das deckt sich durchaus mit den Maßnahmen, die wir im Zuge der Reduktion der Feinstaubbelastung im Hinblick auf das Emissionsschutzgesetz Luft auch im Feinstaubausschuss diskutiert haben. Ein dritter Punkt, der mir sehr wesentlich scheint, und das ist von Ihnen angesprochen worden, ich möchte das nur noch einmal ein wenig auch im Sinne der Standortsicherung für den Bereich Graz etwas tiefer und schärfer formulieren. Es wird sicherlich notwendig sein, dass wir in Zukunft den Investoren, ob es jetzt ein neuer Investor ist oder einer, der unter Umständen hier Betriebsanlagen erweitern möchte, ganz klar sagen müssen anhand einer Information, aber auch anhand einer Immissions-/Emissionskarte, wenn man so das vielleicht als Schlagwort nehmen kann, wo gibt es überhaupt noch Möglichkeiten mit dem strengen Korsett Luft und Lärm, ich denke da an die Umgebungslärmrichtlinie, die uns wahrscheinlich auch bald einmal hier beschäftigen wird, wo gibt es überhaupt noch Möglichkeiten, wenn ich nur die beiden Aspekte Luft und Lärm heranziehe, hier in Graz tätig zu sein oder zu investieren, das heißt, man wird von vornherein, das hast du eigentlich angesprochen und das möchte ich noch einmal ein wenig verschärfen und vertiefen oder unterstreichen, man muss von vornherein den Investor durchaus hier die Möglichkeiten aufzeigen, wo kann er noch investieren und wo ist es unter Umständen für bestimmte Bereiche nicht mehr möglich. Das heißt, man wird in die Richtung denken müssen, dass man den Investor tatsächlich nicht ungebührliche Projektkosten aufbürdet, wo er dann im dritten, vierten Verfahren draufkommt, dass also ein Standort für seine Tätigkeit, die er beabsichtigt, gar nicht möglich ist, also das würde ich doch verstärkt noch einmal hier einbringen. Danke.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 17.00 Uhr den Vorsitz.

GRin. Mag. **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Stadtrat, sehr geehrte Damen und Herren! Anhaltspunkt für den dringlichen Antrag ist die so genannte Irrelevanzklausel des Umweltbundesamtes Wien, die für Anlagenbeurteilungen wie folgt formuliert wurde: Wenn die Zusatzbelastung auf der Beurteilungsfläche drei Prozent des Immissionsgrenzwertes, Forstgrenzwertes oder Schwellwertes nicht überschreitet, ist die Umwelteinwirkung durch die Emissionen der bestehenden oder geplanten Anlage als unerheblich einzustufen. Es gibt eine weitere Auslegungsvariante dieser Irrelevanzklausel, nach der der Tagesmittelwert zu den Langzeitwerten gezählt wird und besagt, dass die Irrelevanzschwelle bei ein Prozent des Immissionsgrenzwertes liegt. Die Folge ist somit die, dass aus derzeitiger Sicht ein Großteil der Projekte in feinstaubbelasteten Gebieten mit einer Versagung der Betriebsstätten-beziehungsweise Baugenehmigung bedroht ist. Auslöser für diese Diskussion ist der vom Unabhängigen Verwaltungssenat für die Steiermark kürzlich abgewiesene Antrag auf gewerbebehördliche Genehmigung einer feinstaubemittierenden Betriebsanlage am Neufeldweg. Bezogen auf die drei Punkte, die die Kollegin Bauer in ihrem Antrag stellt, möchte ich für die KPÖ-Fraktion vorausschicken, dass wir Punkt 1 und 2 in der vorliegenden Form nicht zustimmen werden, sondern ausschließlich dem Punkt 3, und zwar im Punkt 1 wird festgelegt, dass innerbetriebliche Kompensationsmaßnahmen angerechnet werden sollten oder können. Ich stelle mir die Frage, wie will man eine Emission, die auftritt, kompensieren können. Vielleicht ein banales Beispiel, vielleicht erscheint es auch als polemisch, aber wenn ein Betrieb einen Parkplatz anlegt, die Autos auch zu Feinstaubentwicklung beitragen, dann quasi zur Kompensation fünf Bäume pflanzen kann, dann wäre das auch eine innerbetriebliche Kompensationsmaßnahme, kann aber nicht im Sinne dessen sein, was wir uns als Stadt Graz auch zum Ziel gesetzt haben, nämlich möglichst zur Reduzierung der Feinstaubwerte beizutragen. Also für mich ist dieser Vorschlag ein problematischer, er setzt nämlich nicht an den Ursachen an. Es geht darum, Lösungsschritte zu finden, zu reduzieren generell in einem belasteten Gebiet dann würde auch die Irrelevanzklausel kein Problem darstellen und das wird also für mich in diesem ersten Punkt nicht möglich gemacht. Und zum zweiten Punkt, das ist ein pragmatischer Vorschlag, den ich so sehe, es gibt im Gewerbeamt einen Projektsprechtage, das heißt, Beratung von Projektwerbern findet in diesem Zusammenhang statt und ich kann mir vorstellen, dass man aufbauend versuchen kann in Zusammenarbeit auch mit dem Umweltamt

Beratungen zu intensivieren, zu vertiefen und in diese Richtung auch zu verbessern und man keine Steuerungsgruppe der Spitzenbeamten dazu installieren muss. Der dritte Punkt dem stimmen wir in der Form natürlich zu, ich glaube, dass es wichtig ist, also dass vor allem das Land auch unmittelbar Maßnahmen umsetzt zur Reduktion der Feinstaubbelastung und vor allem, dass es eine Ausweisung der Sanierungsgebiete gibt. Mir scheint wesentlich, dass Projektwerber verpflichtet werden, sämtliche Maßnahmen nach dem Stand der Technik zu treffen, um Feinstaubemissionen so gering wie möglich zu halten. Betriebe in einem belasteten Gebiet, wenn sie also diese Maßnahmen umsetzen, müsste in der Folge dazu führen zu einer Feinstaubreduktion und für mich ist eben innerbetriebliche Kompensation nicht der Lösungsansatz, wird die Ursachen nicht lösen, sondern geht für mich in eine falsche Richtung und deshalb werden wir als KPÖ der Dringlichkeit zustimmen, Punkt 1 und 2, den beiden Punkten nicht, dem Punkt 3, dem werden wir auch zustimmen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GRin. **Rücker:** Zuerst einmal möchte ich anmerken, dass wir als Grüne heilfroh sind, dass die Betonprallmühle nicht ihren Betrieb aufnehmen konnte, was ja der Anlass für diesen UVS-Entscheid war. Das Zweite ist, dass wir natürlich diskutiert haben, ob wir diesem Antrag vollinhaltlich zustimmen können und ich möchte jetzt dazu ein paar Anmerkungen machen. Also die Zielsetzung, die Immissionen zu verringern, bleibt weiterhin oberstes Ziel und muss weiterhin oberstes Ziel bleiben. Also es wäre uns zu wenig zu sagen, wir schauen halt, dass wir auf einem bestimmten Niveau bleiben. Ziel ist, und das ist ja schon seit langen Jahren, in Graz gibt es ja eigentlich schon lange ein Sanierungskonzept, die Immissionen zu verringern. Trotzdem möchten wir, auch wenn wir oft den Ruf haben, dass wir Arbeitsplätzeverhinderer seien, zum Beispiel im Thema City-Maut wird uns das gerne unterschoben, trotzdem gibt es in dieser Frage der Betriebsansiedelungen und der Möglichkeit, in Graz weiterhin auch Betrieben eine Ansiedelung unter bestimmten Bedingungen zu ermöglichen, gerade angesichts der aktuellen Zahlen wieder am Arbeitsmarkt usw. natürlich auch eine Bauchwehnotwendigkeit, diesem Antrag zuzustimmen. Wir möchten aber noch einmal darauf hinweisen, dass gerade im Punkt 1, also was jetzt die Frau Kollegin Taberhofer angesprochen hat, wir haben das so verstanden, dass

diese Kompensationsmaßnahmen innerbetrieblich bedeuten, dass, wenn ich in einem Betrieb bisher Immissionen hatte und den ausweite, dass es nur möglich ist, wenn ich im alten Bereich Reduktionsmaßnahmen setze, die erfolgreich sind, so dass insgesamt die Immission nicht ansteigt. Wenn man das so richtig verstehen kann, dann denke ich mir, dann ist das zumindest eine Möglichkeit, in dem Bereich auf einem Maß zu bleiben. Für den zweiten Punkt möchten wir gerade deswegen auch auf eine Vorentscheidung über die Form der Ansiedlungsmöglichkeiten, die auch der Herr Gemeinderat Topf angesprochen hat, dass eben genau definiert wird, unter welchen Bedingungen in welchem Gebiet welcher Betrieb sich ansiedeln darf, dass es dazu sehr wohl eine Definition von Seiten des Hauses, von Seiten der Politik ebenso wie von Seiten der Fachleute geben muss, damit wir nicht in die Situation kommen, dass wir jetzt einerseits öffentliche Maßnahmen setzen und Betriebe dadurch Freibriefe erhalten, sich sozusagen weiterhin nicht zu kümmern um dieses Thema, also der Druck muss in beide Richtungen da sein, in die Richtung öffentliche Hand, dass im Bereich Immissionen etwas zurückgeht aber natürlich müssen auch Betriebe dazu massiv unter Druck gesetzt werden, in dem Bereich die Technologien und die Erkenntnisse von heute zu nutzen und auch in diesen Bereich zu investieren, schließlich haben wir in Graz ja auch eine gut ausgebaute Ökologie-Technologie, da werden ja auch einige Möglichkeiten, hier in Graz zu kooperieren, gegeben. Deswegen stimmen wir inhaltlich dem dringlichen Antrag und dem Inhalt zu (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

StR. Mag. Dr. **Buchmann** zum Antrag: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist ein Thema, das in der Tat dringlich ist, ich bin froh, dass es auch für dringlich erklärt worden ist. Wir verfolgen mit dem, was wir an Wirtschaftspolitik der Stadt machen, eine Strategie, die darauf abzielt, Wachstum in dieser Stadt zu erzeugen und ein Teil dieses Wachstums wird durch Investitionen von Unternehmungen und zwar durch intelligente Investitionen von Unternehmungen und innovative Produkte möglich gemacht. Wenn wir uns den konkreten Anlassfall anschauen, dann hat jeder von uns

wahrscheinlich einen besonderen Zugang zum Gegenstand dieses UVS-Entscheids, es geht aber dieser UVS-Entscheid weit über den einzelnen Anlassfall hinaus und das hat für die gesamte Wirtschaft in dieser Stadt und letztendlich auch für die gesamte Steiermark eine Bedeutung, weil damit, wenn dieser Bescheid so auf die ganze Steiermark ausgeweitet wird und in Graz damit auch zur Anwendung kommt, vieles von dem, was wir uns vorgenommen haben an Wachstum, nicht möglich sein wird, weil Betriebe sich nicht erweitern werden beziehungsweise jene Betriebe, die Interesse haben nach Graz zu kommen, auch gar nicht kommen werden, weil es die Rechts- und die Planungssicherheit für ihre Investitionen nicht gibt. Ich möchte nichts wiederholen von dem, was gesagt worden ist, nur drei Sätze ganz kurz, was aus meiner Sicht besonders wichtig ist. Ich glaube, dass Irrelevanzkriterium sollte gesetzlich verankert werden, zweitens, wenn es öffentliche Kompensationsmaßnahmen gibt, dann sollte man es zumindest jenen Betrieben, die auch neu hereinkommen wollen oder die erweitern wollen am Standort Graz, anrechnen und drittens, ich glaube, dass Anreize immer noch der bessere Weg für die Wirtschaft sind als Anschlusszwänge, wenn es also einen Fernwärmeanschlusszwang geben soll, dann bin ich kein besonderer Fan davon, ich glaube, dass wir durch Anreize wesentlich bessere Ergebnisse im Endeffekt bringen werden, weil damit der Stand der Technik bei den Betrieben auch stärker eingefordert werden kann als ohne diese Anreize (*Applaus ÖVP*).

GR. Dipl.-Ing. Dr. **Getzinger**: Werter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Wirtschaftsstadtrat! Ich bin sehr froh, dass auch Sie jetzt die Dramatik der Situation erkannt haben, was Feinstaub betrifft. Das Ende der Fahnenstange ist erreicht, Herr Stadtrat, und es betrifft die Wirtschaft, es trifft die Wirtschaft im Herzen, die Situation im Bereich Feinstaub und ich glaube, dass Sie, entschuldigen Sie gleich vorweg, aufhören sollen im Bereich Verkehrspolitik zu dilettieren, sie sollen das den Zuständigen überlassen, sie sollten sich auf Wirtschaftspolitik konzentrieren und nicht warten auf Initiativen vom Wirtschaftssprecher meiner Partei, um ureigenste Interessen der Wirtschaft zu vertreten, was Feinstaub betrifft.

Zwischenruf GR. Schönegger: Was tun Sie dann?

Dr. **Getzinger**: Es trifft noch dazu, meine Damen und Herren, die Falschen, es ist nicht die Wirtschaft, die in Graz den meisten Beitrag leistet zu dieser weit über die gesetzlichen Normen hinausgehenden Situation, was Feinstaub betrifft, sondern es ist natürlich der Verkehr und wir wissen das seit zwei, drei Jahren bereits und hören dann aber nur, na ja bei der City-Maut da muss man vorsichtig sein, das trägt nichts bei zur Reduktion der Feinstaubbelastung. Herr Stadtrat Buchmann, Sie sind ja auch Betriebswirt, da haben Sie ja einiges gelernt über Preiselastizität, das ist ein sehr entscheidender Begriff in der Betriebswirtschaftslehre. Preiselastizität, wenn ein Gut teurer wird, wird es weniger nachgefragt, wenn es teurer wird, mit dem Auto zu fahren, fahren die Leute, sagen die Betriebswirte, fast automatisch weniger mit dem Auto, das können wir beobachten im Übrigen bei der Parkraumbewirtschaftung, auch dort können wir diesen Effekt beobachten und eben, Gott sei Dank, ist die Parkraumbewirtschaftung in Graz ein zusätzlicher Anreiz, den öffentlichen Verkehr zu nutzen, zu Fuß zu gehen oder mit dem Fahrrad zu fahren. Meine Damen und Herren, die Dramatik der Situation ist tatsächlich nicht zu unterschätzen, es geht darum, ob Graz weiterhin Wirtschaftsstandort sein kann oder ob sozusagen die Tore geschlossen werden müssen. Nicht im Sinne der als Teufel an die Wand gemalten City-Maut, sondern schlicht und einfach, weil die Grenzwerte so massiv überschritten werden, dass keine Betriebserweiterung und keine Betriebsansiedelung mehr möglich ist in Graz. Ich glaube, dass diesem Antrag von Kollegin Bauer wirklich nur zuzustimmen ist, ich bin sehr froh, dass sie hier die Initiative ergriffen hat an der Stelle des Wirtschaftsstadtrates, der sich eigentlich darum längst kümmern hätte müssen, aber so ist das nun mal, wenn man in anderen Politikfeldern, für die man nicht zuständig ist, dilletiert, kommt die Pflicht zu kurz. Danke (*Applaus SPÖ*).

Mag. **Bauer**: Ich möchte in meinem Schlusswort mich vorab für die Unterstützung dieses Antrages und die Diskussionen mit den Kolleginnen und Kollegen bedanken. Im Wesentlichen sind ja die Eckpfeiler festgesteckt. Ich möchte aber dennoch ein

paar Dinge replizieren. Herr Kollege Topf, Ökoprofit ist ein erfolgreiches Programm, wir können das ausweiten, es wäre erfreulich, wenn viel, viel mehr Betriebe in Graz an Ökoprofit teilnehmen würden, auch das ist ein, wie Sie wissen, ein wesentlicher Beitrag, um die Feinstaubemission, das heißt, das Nachaußen-Pusten dieser Schadstoffe reduzieren. Die Emissionskarte, also sprich die Idee war das, den Flächenwidmungsplan so anzusehen und sagen, was darf dort passieren, wie viel Schadstoffe dürfen dort hinausgeblasen werden, das wäre gut. Wir wissen jetzt, dass der Feinstaubwert bei Null liegt, nämlich über ganz Graz und im ganzen Sanierungsgebiet. Die Investoren und die Projektkosten ja, das war auch eine Überlegung, aber das soll ja mit dieser Projektgruppe und Steuergruppe ausgeschlossen werden, also in dem Sinn gehen wir konform (*Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher läutet mit der Ordnungsglocke*). Liebe Ulli Taberhofer, Kompensationsmaßnahmen innerbetrieblicher Art heißt, Schadstoffe, die hinausgeblasen werden, reduzieren in der alten Anlage und das eventuelle dass es eingerechnet wird auf die Erneuerung. Bäume schlucken keinen Feinstaub meines Wissens nach, das kann nie eine Kompensationsmaßnahme sein. Auch zum Gewerbeamt, im Projektsprechtag, ich glaube, dass das Gewerbeamt sehr gute Arbeit, ich kenne es nicht so genau, aber sehr gute Arbeit leistet, aber hier ist die umfassende Beratung für die Investoren, meiner Meinung nach, gefragt. Lisa Rücker, die Ansiedlungsbedingungen, ja das ist ganz was Wichtiges und ich möchte hier einmal noch klarstellen, dass die Maßnahmen, die hier seitens der öffentlichen Hand getätigt werden für den Standort Graz, für die Arbeit und Wirtschaft in Graz nur zusätzlich und nicht anstatt der Maßnahmen, des Maßnahmenkataloges des Landes oder des Maßnahmenplanes des Gemeindeumweltausschusses getätigt werden können. In dem Sinne danke für die Diskussion und danke für die Annahme (*Applaus SPÖ*).

Punkt 1) und 2) des Antrages wurden mit Mehrheit angenommen.

Punkt 3) des Antrages wurde einstimmig angenommen.

6) Petition an den Steiermärkischen Landtag zum § 40 im neuen Behindertengesetz

GRin. **Felbinger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Felbinger**: Ja, meine Damen und Herren, wir haben uns heute mit diesem Thema schon einmal befasst. Wie Sie wissen, ist seit Juli 2004 ist in der Steiermark das neue Behindertengesetz gültig. Im § 40 ist die Kostentragung für den Bereich der gestützten Arbeit neu geregelt worden. Im Absatz 2 steht geschrieben, dass die Kosten für gestützte Arbeit im Landes- und Gemeindedienst vorläufig von den Sozialhilfverbänden und Städten mit eigenem Statut zu tragen sind. Das Land hat ihnen nach Maßgabe der folgenden Bestimmungen 60% der Kosten zu ersetzen. Die Kosten der gestützten Arbeit im Landesdienst werden vom Land zu 100%, im Gemeindedienst von der Gemeinde zu 100% getragen.

Der letzte Passus ist neu und bedeutet, dass für alle gestützten Arbeitsplätze im Wirkungsbereich der Stadt Graz die Stadt allein für die Kostendeckung aufkommen muss. Darüber hinaus sind von dieser neuen Regelung alle stadtnahen Betriebe wie die GGZ oder die Wirtschaftsbetriebe betroffen. Zu Ihrer Information, das GGZ beschäftigt 36 Menschen mit Behinderung und die Wirtschaftsbetriebe 18 Menschen. Der Aufteilungsschlüssel 60% Deckung vom Land und 40% Deckung der Stadt ist nach der neuen Rechtslage nicht mehr gängige Praxis. Dies stellt unserer Meinung nach eine große Ungleichbehandlung der verschiedenen Wirkungsbereiche dar.

Wenn die Zuzahlungen des Landes für diese Arbeitsbereiche weiterhin so geregelt bleiben, bedeutet das auf der einen Seite eine Kostenexplosion für die Stadt Graz und auf der anderen Seite in der Behindertenarbeit einen gewaltigen Einschnitt in der Angebotskette, da es sich viele Betriebe nicht mehr leisten werden können, Beschäftigungsinitiativen für Menschen mit Behinderung zu setzen.

Ich stelle daher im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Grazer Gemeinderat möge eine Petition an den Steiermärkischen Landtag mit folgendem Wortlaut beschließen:

Der Steiermärkische Landtag möge den § 40 im Behindertengesetz (Steiermärkisches Behindertengesetz-Stmk. BHG) einer Prüfung unterziehen und hinsichtlich des Passus, dass gestützte Arbeit im Gemeindedienst zu 100% von den Gemeinden beziehungsweise von den Städten mit eigenem Statut zu tragen ist, eine Änderung vornehmen. Es gilt hier eine gerechte Kostenaufteilung zu finden, die für die Gemeinden beziehungsweise Städte mit eigenem Statut finanzierbar ist (*Applaus KPÖ*).

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin, liebe Kirsten! Ich möchte mich für den Antrag bedanken, wir stimmen natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt zu unter dem Motto „Doppelt hält besser“, weil es geht hier wirklich um Arbeitsplätze. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Kolar**: Ich kann nicht liebe Kirsten sagen, aber geschätzte Kollegin. Ich habe ja schon früher erklären dürfen, dass wir deinem Antrag logischerweise mit gutem Herzen zustimmen, weil die Stadt Graz ja über 170 Schwerstbehinderte letztendlich in ihrem Dienststand hat und über 400 Beschäftigte, die mit Teilbehinderungen tätig sind und letztendlich auch hier die inhaltliche und die dringliche Zustimmung von der Sozialdemokratie gegeben ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Jahn**: Es gilt eigentlich das Gleiche wie bei dem Antrag von Kurt Hohensinner, es geht hier um dieselbe Sache. Sie hat lediglich Konkretisierung von deinem Antrag Kurt, ja, wie schon vor der Sitzung gesagt, wir stimmen natürlich der Dringlichkeit und dem Inhalt zu.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Felbinger**: Danke, ich freue mich, dass es hier eine breite Zustimmung gibt zu meinem Vorschlag. Ich werde nicht darauf vergessen, mich im Herbst noch einmal zu Wort zu melden, sollten jetzt die Bemühungen, die gesetzt werden, zu keinem sinnvollen Ergebnis führen. Danke (Applaus KPÖ).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Konsolidierungskurs der Stadt Graz

GRin. **Rücker** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Jetzt kommen wir zu dem Thema, das uns eigentlich indirekt die ganze Zeit beschäftigt, aber offensichtlich die Debatte da herinnen sehr wenig bestimmt, weil man ja über Zahlen nur endenwollend diskutieren kann und über Inhalte leider zu wenig diskutiert wird, was ja auch der Anlass ist, diesen Antrag hier zu stellen, weil ich glaube, weil wir glauben, dass, gerade wenn man in einer Situation ist, wie wir in der Stadt Graz sind, wo massive Einschnitte in den Haushalt vorgenommen werden, auch in den nächsten mehreren Jahren vorgenommen werden, dass da mehr inhaltliche Debatte in diesem Haus stattfinden sollte, als es bisher tut. Heute sind einmal zum Beispiel zwei Tagesordnungspunkte, die dieses Thema wieder aufgreifen, der eine ist der Controlling-Zwischenbericht zur Aufgabenkritik, der zweite ist die Budgetvorschau 2006 und 2007, die im Sinne des Stabilitätspaktes abzuliefern ist und gleichzeitig liegen in den Ämtern, eigentlich war Stichtag 19. Juni, aber wie ich gehört habe, ist dieser Diskussionsprozess eben erst im Laufen, neue Vorgaben, zusätzliche Vorgaben, die unter dem Thema Eckwertbudget firmieren. Was bei allen diesen Texten massiv auffällt und was ich ja

auch schon mehrfach kritisiert habe, ist dass es fast ausschließlich eine Darstellung nackter Ziffern ist und die Auswertungen jetzt gerade bei der Aufgabenkritik auch wieder nicht darüber hinaus gehen, was eine reine statistische Zahlendarstellung anbelangt und über inhaltliche Ergebnisse eigentlich kein Bericht vorliegt. Vielleicht ist es aber auch ein Grund, wenn es immer nur um Ziffern und Zahlen geht, wir haben alle unsere Traumatas aus dem Mathematikunterricht mehr oder weniger, dann ist es offensichtlich etwas, was ein Thema ist, wo man wenig Emotionen, vor allem auch wenig Interesse auf die Dauer bringt. Es gibt aber massive finanzielle Sorgen und erst recht die daraus entstehenden Maßnahmen müssten hier mehr Thema sein. Vielleicht ist aber auch die Reduktion einer Stadt auf reine Zahlen der politisch weniger anstrengende Weg, da kann man schön entkoppeln von dem, was hinter den Zahlen steht. Denn wenn es wirklich um inhaltliche Fakten, Konsequenzen und eben Entwicklungen, die daraus resultieren, gehen würde, dann hätten wir da herinnen ideologische Diskussionen über Werte, nämlich über Werte, was in dieser Stadt Aufgabe ist, was Aufgaben sein müssen, die gewährleistet sein müssen, was Aufgaben sind, die schwerpunktmäßige umgesetzt werden müssen, welche Interessen von wem wie gewichtet werden, dann hätten wir diese Debatte hier und das wäre eine ideologische Debatte und die wollen wir uns natürlich nicht leisten in Zeiten, wo unterschiedlichste Interessen aneinandergelockt sind. Es ist aber mühsam und es ist sehr ermüdend, immer wieder nur Zahlen als Antwort zu bekommen auf diese vielen Fragen, die einhergehen mit einem Kürzungskurs. Zum Beispiel, wie werden eben in Zeiten des Sparens unterschiedliche Interessen in dieser Stadt wahrgenommen und vor allem, und das ist Aufgabe der Politik, es geht nicht darum, die Interessen nur auszugleichen und wahrzunehmen, es geht eben auch darum, sie zu gewichten. Das eine Interesse womöglich über das andere Interesse zu stellen und nicht immer so zu tun, als würden alle Interessen befriedigt werden können, das ist genau in der Verkehrsdebatte zum Beispiel sehr deutlich. Eine zweite Frage, welche Wirkungen sind außer einer ausgeglichenen Budgetierung noch beabsichtigt? Es ist natürlich notwendig, zu einem stabilen Haushalt zu kommen, aber ist es das so genannte Nulldefizit in einer Zeit wie dieser, wo wir, ich habe gestern im AMS gehört 10 % Zuwachs Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftsforschungsinstitute haben letzte Woche schon revidiert, es wird weiter revidiert werden müssen. Wir haben eine Rahmenbedingung, wo wir uns überlegen müssen, ob die so genannte Nulldefizitvorgabe, die wir ja im Stabilitätspakt

sozusagen als Gemeinden miterfüllen müssen, ob die überhaupt dem adäquat wird. Wer wird von den Kürzungen wie und in welchem Ausmaß betroffen sein, es ist der klassische, in dieser Stadt auch propagierte Gendermainstreamingansatz, aber es geht um die Wirkung auf Frauen, auf Männer, auf Alte, auf Junge, auf Kinder, wie werden diese Entscheidungen wirken? Wie werden sie auf die MitarbeiterInnen in diesem Haus wirken, auf die Arbeitsbedingungen von ihnen? Wenn ich mir anschau, wie die Debatten momentan zum Beispiel im Jugendamt laufen, wo massive Einsparungen dazu führen, dass die Sozialarbeiterinnen nicht mehr wissen, wie sie ansetzen sollen, dann ist das wirklich eine Frage, was heißt das auf lange Sicht, wo der Bedarf gleichzeitig immens wächst und wir wissen, dass die Problemsituationen junger Menschen und von Kindern ansteigend ist und nicht rückgängig. Wenn es rückgängig wäre, wäre es auch denkbar, dass man dann auch was zurücknimmt, aber gerade in so einer Situation zurückzunehmen heißt, die Menschen, die damit umgehen müssen, die das bewältigen müssen, alleine zu lassen. Für welche Leistungen fühlt sich diese Stadt nicht mehr zuständig, das muss auch einmal ausgesprochen werden. Worauf legt sie eben weiterhin Wert und welche Leistungen verlieren ihre Qualität? Welche ökologischen und sozialen Anforderungen, die eben bestehen, wenn man das Thema Feinstaub gerade gehabt haben, eben auch die soziale Problematik will diese Stadt und muss diese Stadt weiter bewältigen, das ist einmal so, dass es die Stadt erwischt, wenn es überall bricht und da kann die Stadt nicht sagen, wir können nicht mehr. Die Stadt muss einen Weg finden und sie muss darüber diskutieren, wie dieser Weg aussieht und wenn sie das nicht tut, ist es ein Versäumnis. Wie sorgt eine Stadt für die Herstellung eben beziehungsweise die Aufrechterhaltung von sozialem Zusammenhalt? Sicher nicht durch polarisierende Aussagen. Wer ist zuständig für die Lebensqualität der BürgerInnen in Graz, deren Indikatoren ja in einer Studie momentan erhoben wurden und die ja eigentlich sehr deutlich dorthin deuten würden und einige Anhaltspunkte liefern können dafür, wie diese Stadt in Zukunft ihre Schwerpunkte setzt. Wer diese Ergebnisse gelesen hat und gesehen hat, denke ich mir, da sind einige Anhaltspunkte da, wo brennt und wo kann man etwas weniger tun. In einer vielleicht nicht mehr ganz modernen Vorstellung, aber dazu bekenne ich mich, ist die Beantwortung all dieser Fragen die ursächlichste Aufgabe von Kommunalpolitik, soviel zum Begriff zur Aufgabenkritik. Die Aufgabe der Stadt, die Aufgabe dieser Stadtregierung ist, und auch von uns im Gemeinderat, diese Fragen zu beantworten

und auch gerade dann besonders, wenn es schwierig wird und die Rahmenbedingungen eben belastend sind, weil schließlich sind es nicht Zahlen, um die es geht, um die geht es auch natürlich, aber es sind die Menschen, die von diesen nackten Zahlen betroffen werden. Und wenn der Kurs undifferenziert ist, nicht durchsichtig ist, nicht klar und deutlich wird, wohin der Weg geht, sei es eben dadurch zu spüren, dass die Chancen weniger werden, konkrete Handlungsmöglichkeiten weniger werden, aber auch Verunsicherung und Entmutigung stattfindet, dann haben diese Menschen ein Recht darauf zu erfahren, welchen Kurs dieses Schiff nimmt und vor allem, wenn sie alle selbst ihren Beitrag zu diesem stabilisierenden Kurs beitragen sollen. Nur wenn sie wissen, dass da wer dahintersteht, dass das, was gemeinsam Getragenes ist, werden die Menschen etwas mehr damit anfangen können und zu dieser Stadtregierung gehört auch die KPÖ, das muss man hier auch einmal klar sagen, das heißt, dieser Kurs muss breit getragen werden. Was aber inzwischen stattdessen entsteht, ist der Eindruck von gewisser Mutlosigkeit, von Chaos und von einer Visionslosigkeit und es werden die BürgerInnen sowie die MitarbeiterInnen mit den individuell zu tragenden Konsequenzen alleingelassen. Und da kann man beobachten, wie Kommunalpolitik zu scheitern droht, wie sie zur Handlangerin eines ökonomistischen Weltbildes wird, in dem nur mehr die Zahlen stimmen müssen und dann wären wir zufrieden. Damit können wir nicht zufrieden sein, die Zahlen alleine können nicht das Ergebnis sein und das ist jetzt der Anlass, dass ich zum wiederholten Male Auskunft darüber verlange, wie sich diese Stadtregierung die Zukunft dieser Stadt vorstellt und wie die einzelnen verantwortlichen ReferentInnen die Konsequenzen und die Wirkung eines eingeschlagenen Weges sehen und daher stelle ich jetzt namens der Grünen Fraktion den folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge beschließen, die StadtsenatsreferentInnen werden aufgefordert, dem Gemeinderat im Rahmen der ersten Sitzung nach der Sommerpause zu berichten,

1. welche Auswirkungen die bisherigen Maßnahmen der Aufgabenkritik auf die Qualität der Erfüllung ressortspezifischer Maßnahmen hatten, das heißt, es

wäre eine Erweiterung dieses Berichtes, der momentan heute auf der Tagesordnung ist,

2. welche diesbezüglichen Konsequenzen aus dem nunmehr vorgegebenen Eckwertbudgetstrategien erwartet werden, bewertet nach sozialen und ökologischen Kriterien, nach Auswirkungen auf die Lebensqualität, auf Geschlechterverhältnisse, auch auf die Kaufkraft der GrazerInnen, denn von der werden wir auch was brauchen, wenn die Wirtschaft wieder leben soll, die Personalpolitik im Magistrat und dergleichen mehr und
3. welche Schwerpunkte im Rahmen des weiteren Konsolidierungskurses für die Jahre 2006 und 2007, inhaltliche Schwerpunkte, gesetzt werden. Danke
(*Applaus Grüne*).

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Herr Stadtrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Lisa! Sympathischerweise stellst du ja immer die richtigen Fragen, du bist auch, was mir genauso sympathisch ist, durchaus hartnäckig, du tust das ja nicht zum ersten Mal, du hast dich in den letzten Jahren überhaupt zu einer Fachfrau entwickelt in Fragen Budget und Zahlenspiegel, du fragst auch die richtigen Fragen, indem du fragst, was steht hinter den Zahlen, da sind ja Menschen dahinter, es sind ihre Arbeits- und ihre Lebensschicksale. Also alle die Fragen, die du auflistest sind durchaus berechtigt, nur sie kommen in dem Moment heute, sage ich auch ganz offen, na ja, zu früh, weil ich habe ja selber, als hätte ich es geahnt, dass du kommen wirst heute, habe ich ausgerufen, was mir nicht immer die Liebe des Arbeitspartners zugetragen hat, ein Wort aufgegriffen, das im Arbeitsausschuss der Stadtregierung als geflügeltes Wort gilt und habe das noch einmal öffentlich gemacht, alle Maschinen stopp, weil solange nicht geklärt ist in der Budgetgestaltung 06 und darüber hinaus und darüber sind wir uns einig, solange kann allen weiter gehenden Finanzierungszusagen, Projekten, Visionen keine Zustimmung gegeben werden. Erst müssen die Schwerpunkte auch in dem von dir aufgelisteten Sinne in der Bewertung, im Wertekatalog, was ist für uns wichtig für die Gestaltung der Zukunft von Graz, was muss erst passieren, es geht um die Kaufkraft, es geht um die Personalpolitik, es

geht um die Geschlechterverhältnisse. Ich unterbreche selber, damit du das Wort hast, Herr Vorsitzender.

Dr. **Rüsch**: Darf ich bitte aufmerksam machen bei den Gästen auf der Tribüne, dass das nicht möglich ist, die Flugblätter herunterzuwerfen. Dankeschön.

GR. **Herper**: Also in dem Sinne habe ich ja bereits sozusagen diesen Hebel angezogen, in Übereinstimmung auch mit dem Finanzreferenten, der heute sowieso zum Tagesordnungspunkt 15) eine Vorschau zum Budget, einen Informationsbericht zum Budget 06/07 geben wird, wir müssen uns dieser Aufgabe widmen, die du uns in diesem Fragekatalog gestellt hast, wir wollen gerne, sehr rasch, wenn wir uns klar sind, diesen Gemeinderat, der das entscheidende Gremium ist, informieren, weil schließlich werden hier in einem Budgetbeschluss auch damit die Schwerpunkte der Budgetgestaltung der nächsten Jahre getätigt. In deinem Sinne werden wir handeln, aber wir können heute weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt damit die Zustimmung geben, solange wir uns nicht selber klar sind. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Dr. **Piffl-Percevic**: Ich kann mich namens der Fraktion der Volkspartei kurz halten. Ich werde die Lisa Rücker nicht so sehr loben, weil Lob von der falschen Seite sieht die Klubobfrau nicht sehr gerne. Aber ich kann ihren Wunsch ganz entsprechend den Ausführungen von Karl-Heinz Herper sogar sagen, dass wir nicht bis September warten, sondern es wird der Herr Finanzreferent bereits heute zum Tagesordnungspunkt 15) das sagen, was zur Eckwertbudgetierung zu sagen ist, also der Wunsch geht schon viel früher in Erfüllung und ich habe das letzte Mal bei einem ähnlichen Antrag in der letzten Gemeinderatssitzung bereits zum Ausdruck gebracht, dass das Thema Armut, soziale Ausgewogenheit ein sehr ernst zu nehmendes ist und dass wir uns selbstverständlich dem Thema vollinhaltlich stellen und dass das aus der Kürze unserer Stellungnahme und dass aus der Behandlung dieses

Antrages nichts Gegenteiliges geschlossen werden darf. Wir werden daher die Dringlichkeit deswegen ablehnen, weil wir heute bereits eine Antwort erhalten und stimmen dem Antrag daher auch nicht zu.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Vorsitzende erklärt, der Dringlichkeitsantrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GRin. **Rücker**: Schlusswort?

Dr. **Rüsch**: Statut, kommt auch nicht von mir.

GRin. **Rücker**: Ich muss dem Vorsitzenden kurz zurückgeben, laut Geschäftsordnung hätte ich zumindest vor der Abstimmung der Dringlichkeit ein Schlusswort gehabt, das haben Sie mir nicht erteilt.

Dr. **Rüsch**: Können wir das klären, das stimmt meiner Ansicht nach nicht. Ich entschuldige mich für das nicht stattgegebene Schlusswort und werde diesmal sicher dran denken.

GRin. **Rücker**: Das heißt, das andere Schlusswort ist gestorben.

Dr. **Rüsch**: Das ist zweifellos so, nach dem der Antrag mit Mehrheit abgelehnt wurde.

GRin. **Rücker**: Aber ich hätte ja vor der Dringlichkeitsabstimmung noch etwas sagen dürfen. Ich sage jetzt zur Geschäftsordnung, jetzt sage ich zwei Sätze, das nehme ich mir jetzt heraus. Diese schönen Absichtserklärungen, wenn ihr schon so lobend seid, dann gebe ich euch lobend zurück, die höre ich ja auch schon seit zwei Jahren und wenn ihr das ernst gemeint hättet, was du jetzt gesagt hättet, dann hättet ihr nur sagen müssen, dann brauchen wir halt bis November, dann hätten wir den Termin verlängert, dann wäre der ganze Antrag möglich gewesen. Das heißt, es gibt einfach für mich nicht ganz nachvollziehbare Punkte, warum da einfach in diese Richtung nicht wirklich einmal was weitergeht und es wäre einfach interessant gewesen, wie die StadtsenatsreferentInnen selbst ihren Weg, den sie da gemeinsam mit einander gehen einschätzen. Danke, das ist jetzt dieser erste Antrag.

8) Petition an den Stmk. Landtag zur Änderung des Stmk. Gewaltschutzeinrichtungsgesetz

GRin. **Rücker** stellt namens der KPÖ und der Grünen folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Rücker**: Nachdem die Zeit sehr fortgeschritten ist und nachdem letztes Mal die Kollegin Stein einen Antrag zum gleichen Thema eingebracht hat, werde ich jetzt versuchen, mich kurz zu halten bei unserem nächsten dringlichen Antrag, den wir ja gemeinsam mit der KPÖ einbringen. Es geht um die Petition an den Steiermärkischen Landtag zur Änderung des Steiermärkischen Gewaltschutzeinrichtungsgesetzes. Ich möchte aber kurz noch einmal eine statistische Zahl herausholen, weil die heute auch schon Thema war, wie es um die Türkei gegangen ist, Frauen von Gewalt betroffen ist nicht nur eine Tatsache, die es

in der Türkei gibt, die ist auch dort zu kritisieren, die ist auch dort zu bearbeiten, aber in Österreich gibt es die Statistik 150.000 bis 300.000 Frauen im Jahr sind Opfer von Gewalt, zwei Drittel aller Morde werden im Familienkreis begangen und 90 Prozent der Opfer sind Frauen und Kinder. Und das ist natürlich auch der Grund, warum es zum Glück die Einrichtung, die Gewaltschutzeinrichtung des Frauenhauses der Frauenhäuser mittlerweile in der Steiermark, in Graz gibt, es gibt auch ein Gewaltschutzeinrichtungsgesetz, das seit 1. April 2005 in Kraft ist und das von uns sehr positiv, prinzipiell, dass es dieses gibt, bewertet wird. Was uns unglücklich macht und wo wir problematische Entwicklungen sehen, sind teilweise die einzelnen Gesetzesbestimmungen beziehungsweise die Vollziehung. Die Probleme betreffen den Bereich der Anonymität, es geht um eine sehr detaillierte Datenerhebung und Informationen, die Frauen weitergeben müssen, die unserer Meinung nach nicht notwendig sein müssten, wenn man sie weitergibt. Was noch ein Problem ist, dass das Land 14 Tage Zeit hat zu entscheiden, ob die Frau im Frauenhaus bleiben kann oder nicht, was natürlich den Unsicherheitsfaktor erhöht. Wer die Arbeit mit Frauen kennt und mit Opfern von Gewalt kennt, weiß, dass es ein massiver dramatischer Einschnitt in die ganze Lebenssituation ist, und wenn man dann wo landet, wo man dann wieder nicht weiß, ob man dort überhaupt bleiben kann, schließlich ist diese Frau von Zuhause weggegangen, ist ein Flüchtling in dieser Situation, ist es natürlich in der Situation besonders bedenklich, wenn dann dieser Status zumindest zwei Wochen ungeklärt bleibt. Es geht um die Frage des Aufenthaltes, der im Gesetz beschränkt ist mit jeweils zwei Monaten Verlängerung, also zwei Monate ist die ursächliche Beschränkung, dann gibt es eine weitere Verlängerung um zwei Monate und im Ausnahmefall, dieser Ausnahmefall ist aber zum Beispiel nicht der Fall, wenn eine Frau keine Wohnung hat, kann noch einmal zwei Monate verlängert werden. Wir sehen das problematisch, wir sehen, dass viele Frauen innerhalb dieser sechs Monate sehr wohl das Frauenhaus verlassen, aber einige eben nicht, weil eben die Lebenssituation sich gravierend ändert. 45 % der Frauen sind nicht selbständig, existenzsichernd erwerbstätig und müssen in der Zeit sehr viel aufbauen. Das heißt, es braucht auch Zeit und entsprechende Betreuung. Der Tagsatz ist für uns nicht nachvollziehbar, warum der in drei verschiedenen Raten gestaffelt wird, also eine Staffelung, dass eben Frau im ersten und zweiten Monat 48 Euro wert ist, unter Anführungszeichen, also ihr Aufenthalt damit entgolten wird, im dritten und vierten Monat 45 Euro und im fünften und sechsten Monat nur noch knapp 40 Euro, das ist

uns nicht nachvollziehbar, weil der Aufwand wird ja wohl der gleiche sein, oder wird dann am Essen gespart, das ist uns nicht klar. Ich werde das jetzt nicht weiter ausführen, uns geht es darum, dass es optimale Rahmenbedingungen braucht für traumatisierte Frauen, es gab Verhandlungen inzwischen mit dem Land Steiermark, zwischen Frauenhaus und Land Steiermark, das war auch der Grund, warum wir letztes Mal diesen Antrag zurückgestellt haben. Es hat bis jetzt die Verhandlung nicht viel Neues ergeben, leider wurde fast nicht eingegangen auf die Punkte, die kritisiert werden und deswegen stellen wir heute namens der Fraktionen der KPÖ und der Grünen folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat tritt mit einer Petition an den Steiermärkischen Landtag heran, das Steiermärkische Gewaltschutzeinrichtungsgesetz - StGschEG in folgenden Punkten zu ändern:

1. Die Anhebung des Tagsatzes auf ein Niveau, das die Qualitätsstandards der Frauenhäuser absichert und wesentliche Leistungen wie Rund-um-die-Uhr-Betreuung, muttersprachliche Beratung, Kinderbetreuung etc. sicherstellt.
2. Die Sicherstellung der notwendigen Anonymität der betroffenen Frauen und der Niederschwelligkeit der Institution Frauenhaus durch Aufhebung der derzeit angewendeten Praxis der detaillierten Datenerhebung. Die sagen, klar, es braucht eine Datenerhebung, wenn Tagsätze finanziert werden, ist klar, dass der Kostenträger eingebunden gehört, das ist keine Frage, aber die Form der detaillierten Datenerhebung können wir nicht nachvollziehen.
3. Dann fordern wir die Novellierung des § 4. Da geht es um die Dauer der Hilfeleistung, die soll die Tatsache berücksichtigen, dass eine betroffene Frau den notwendigen Zeitraum vorfinden muss, ihr Leben neu zu ordnen, um existentiell unabhängig zu werden und nicht gezwungen ist, wieder zurück zum Gewalttäter zu gehen.
4. Novellierung des § 3 Abs 2 betreffend die Entscheidung über die Aufnahme und den Verbleib einer Frau im Frauenhaus unter Berücksichtigung der Tatsache, dass diese Entscheidung bestmöglich nur von den Expertinnen im Frauenhaus getroffen werden kann. Danke.

GR. **Schönegger** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Damen und Herren! Ich darf die frohe Kunde überbringen, dass die Fraktion der Grazer Volkspartei diesem Antrag sowohl betreffend die Dringlichkeit als auch betreffend den Inhalt seine Zustimmung geben wird. Einen Hinweis aber kann ich Ihnen hier und heute nicht ersparen, im Besonderen den Kolleginnen und Kollegen der Sozialdemokratie, aber auch interessant für alle anderen, denn wenn man sich mit diesem Thema ein wenig beschäftigt und einige Zeitungsartikel sich betreffend die steirischen Frauenhäuser Graz und Kapfenberg zu Gemüte führt, dann begegnet man einer besonderen Person. Einer Person, die uns heute schon einmal begegnet ist, ich sage es einmal jovial ein klasser Bursch, das ist der, der Getränke bestellt und sie nicht bezahlt, wie der Kollege Hohensinner das heute schon dargestellt hat. Man begegnet quasi dem Easy-Rider der steirischen Sozialdemokratie, man begegnet dem zuständigen Landesrat Kurt Flecker in diesen Artikeln, die man zum Thema Frauenhäuser sich zu Gemüte führt, dort wird er nämlich als Adoptivvater der steirischen Frauenhäuser titulierte. Wenn man sich das Ergebnis anschaut, das Sie heute diskutieren, scheint der Name, Adoptivvater nicht besonders angebracht, eher Rabenvater (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf GR. Herper: Aber das ist ein bisschen tief.

GR. **Schönegger**: Ich meine, der letzte sozialpolitische Mohikanerhäuptling Kurt Flecker besitzt eine herausragende Eigenschaft, die er im Übrigen mit der Grazer Sozialstadträtin gemein hat, er redet oft und gerne und viel und sehr wortreich über die großen sozialen Themen dieser Welt. Über die Globalisierung, über die Grauslichkeiten des Neoliberalismus, über den Sozialabbau, über die soziale Kälte in diesem Land, nur wenn es darum geht, im eigenen Verantwortungsbereich den Offenbarungseid abzulegen und eine Prioritätenreihung vorzulegen, dann, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann ist dieses Wortreichtum nicht mehr so zu finden (*Applaus ÖVP*), ob diese Eigenschaft des Soziallandrates ihn auch

verbindet mit der Sozialstadträtin, das erlaube ich mir nicht zu beurteilen, das überlasse ich den Beobachtern. Ich bedanke mich (*Applaus ÖVP*).

StR. Mag. Dr. **Riedler** zur Geschäftsordnung: Eine tatsächliche Berichtigung möchte ich insofern anbringen, als die Anschuldigungen, die der stellvertretende Klubobmann der ÖVP, Bernd Schönegger, hier gemacht hat in Richtung Landesrat Flecker und Stadträtin Kaltenbeck schlicht und einfach jeder Wahrheit entbehren...

Dr. **Rüsch**: Zur Geschäftsordnung, das ist nicht zur Geschäftsordnung, das ist ein inhaltlicher Beitrag, ich habe dich schon auf die Liste genommen, du wirst selbstverständlich das Wort bekommen, aber das ist wirklich kein Beitrag zur Geschäftsordnung (*Stadtrat Rüsch läutet mit der Ordnungsglocke*). Ich möchte gerne als nächsten...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: *Du kannst das nicht so parteiisch sehen.*

Dr. **Rüsch**: Das hat mit parteiisch nichts zu tun, das ist Geschäftsordnung. Das ist aus meiner Sicht kein Beitrag zur Geschäftsordnung. Können wir bitte weitergehen (*Applaus ÖVP*). Gerne zur Geschäftsordnung, werde dann wieder unterbrechen, wenn es ein inhaltlicher Beitrag ist und kein Beitrag zur Geschäftsordnung.

GRin. **Edlinger**: (*Begibt sich nicht zum Rednerpult*). Herr Magistratsdirektor, ob die Anbringung einer tatsächlichen Berichtigung in diesem Rahmen möglich ist...

Dr. **Rüsch**: Das war keine tatsächliche Berichtigung, sondern eine inhaltliche Darstellung, die ich unterbrochen habe, das ist meine Möglichkeit, als Vorsitzender zu unterbrechen. Nein, wird abgelehnt, tut mir Leid. Darf ich das noch einmal klar festhalten, es war vom Kollegen Riedler eine inhaltliche Berichtigung und das ist kein Beitrag zur Geschäftsordnung und die kann ich unterbrechen. Darf ich das wiederholen von Seiten des Magistratsdirektors, dass es mir als Vorsitzendem obliegt, eine tatsächliche Berichtigung als solche anzuerkennen oder nicht, ich darf es wiederholen, ich habe den Kollegen Stadtrat Riedler auf die Rednerliste genommen, er steht bereits hier, wird selbstverständlich das Wort bekommen (*Applaus ÖVP*).

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Wollen nur keine Wahlreden vom Schönegger hören.

GR. Dr. **Sprachmann** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrter Herr Vorsitzender! Ich muss sagen, also ich bin heute sehr schockiert, ich bin schockiert über die Umgehensweise, ich bin schockiert darüber, wie eigentlich einzelne Personen beschuldigt werden und angeschuldigt und angegriffen werden. Ich frage mich, ob das ein Klima auf Dauer ist oder ob das nur ein Klima des heutigen Tages ist. Es ist im heurigen Jahr das Gewaltschutzgesetz verabschiedet worden, dieses Gewaltschutzgesetz ist eines der hervorragenden Gesetze in Österreich in diesem Jahr. Es ist ein Gesetz, das sehr gelungen ist, es ist ein Gesetz, das erstmalig Frauen, die beim Frauenhaus anklopfen, weil sie eben misshandelt worden sind, physisch oder psychisch, einen Rechtsanspruch darauf einräumen, im Frauenhaus tatsächlich aufgenommen zu werden und dass die Kosten für diese Aufnahme übernommen werden erstmalig. Die Frauen sind keine Almosenempfänger mehr, ob sie jetzt dort aufgenommen werden dürfen oder nicht, sondern sie haben einen klaren Rechtsanspruch. Ich will kurz, bevor ich auf das Inhaltliche weiter eingehe, vielleicht noch etwas erwähnen. Dieses hervorragende Gesetz ist eingebracht worden von Herrn Landesrat Kurt Flecker und es ist

beschlossen worden mit den Stimmen von den Grünen und es ist beschlossen worden mit den Stimmen der ÖVP und vorher hat es zweijährige Verhandlungen gegeben, dass dieses Gesetz im Landtag überhaupt verabschiedet hat werden können und hier haben sich alle Fraktionen sehr genau mit den Experten auseinandergesetzt, wie man was vielleicht besser formulieren kann oder wo man dann besonders aufpassen muss. Und das Gesetz hier mit alldem, was du auch hier angeführt hast, Lisa, das ist praktisch das Ergebnis davon. Generell vielleicht zu meiner Person ganz kurz, ich berate seit 15 Jahren in etwa Frauen, die familiäre Probleme haben und Frauen, die physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt sind ehrenamtlich und ich kenne das Frauenhaus auch sehr gut, das heißt, ich weiß wovon ich spreche. Und wenn ich jetzt konkret auf den ersten Punkt eingehe, auf den Bereich der Anonymität, erstens einmal, wenn eine Frau ins Frauenhaus kommt, dann weiß man den Namen von dieser Frau, man weiß auch, warum sie drinnen ist, weil keiner von uns wird glauben, dass eine Frau ins Frauenhaus geht und dann sagt, ja hallo, hier bin ich, aber ich will jetzt nicht sagen, was wirklich passiert ist. Ich habe mir diese Musterbescheide angeschaut, die es eben auch beim Land gibt und ich bin selbst Juristin und ich muss sagen, diese Bescheide, die hier ergehen, die gehen wirklich ganz am Rande von dem, was man überhaupt erlassen kann, da ist gerade noch erwähnt, ob jemand einer psychischen oder physischen Gewalt ausgesetzt ist und gerade der Name und ein Bescheid muss erlassen werden, wenn die Frau einen Rechtsanspruch darauf haben will, dass sie tatsächlich dann die Kosten übernommen bekommt, das ist ja die rechtliche Voraussetzung dafür. Und ich kann nur etwas sagen, diese Bescheide sind schon so auf die minimale Informationsebene herabgestuft und in Wirklichkeit weiß nur der Bescheiderlasser, was da eben die Sache ist oder nicht auf der einen Seite und die betroffene Person auf der anderen Seite und sonst niemand. Und ich muss etwas sagen, wenn man noch weniger in diesen Bescheid reinnimmt, macht ein jeder Beamter, der diesen Bescheid erlässt, Amtsmissbrauch und ich weiß nicht, ob wir das wirklich unseren Beamten anlasten wollen. Betreffend von dem was die Lisa eben auch erwähnt hat, wegen der Aufenthaltsdauer, es gibt Statistiken und diese Statistiken kommen vom Frauenhaus selbst und hier ist es grundsätzlich so, dass die meisten Frauen nach 14 Tagen bereits aus dem Frauenhaus wieder draußen sind, weil es ist ja auch nicht lustig und nicht wünschenswert ist, in einem Frauenhaus untergebracht zu werden, das ist kein wirklich selbstbestimmtes Leben dann. 68 % der Frauen, die sind nach

zwei Monaten bereits spätestens draußen aus dem Frauenhaus und es sind ganz wenige Frauen, die nach einem halben Jahr aus dem Frauenhaus rausgehen und die vielleicht noch ein bisschen länger bleiben und die werden auch nicht rausgeschmissen.

Zwischenruf unverständlich.

Dr. **Sprachmann**: Jetzt darf ich reden, Herr Gemeinderat.

Zwischenruf GRin. Edlinger: Die ÖVP bestimmt gerne, wer reden darf.

Dr. **Sprachmann**: Die ÖVP hat überall mitgestimmt im Land, überall bei dem Tagsatzsystem, bei dieser Verordnung und bei der Erlassung dieses Gesetzes. Sie sollten aber vielleicht mit dem Land reden, also ich muss hier schon etwas sagen, ich bin, ich weiß nicht wie lang ich eigentlich im Sozialbereich schon beschäftigt bin und ich merke hier einfach etwas und das ist furchtbar, das zieht sich ja durch jedes Gesetz...

Zwischenruf StR. Mag. Dr. Riedler: Fehlendes Know-how.

Dr. **Sprachmann**: Fehlendes Know-how, ja, der Wolfgang hat das richtig gesagt, man informiert sich in Wirklichkeit nicht darüber, was wirklich die Grundlage von den

Gesetzen ist und warum die eigene Fraktion das im Land beschlossen hat. Ich nehme da auch eine Anspielung auf das Behindertengesetz. Das ist ja teilweise furchtbar, was hier gesagt wird, auf Grund dessen, weil einfach das fehlende Know-how da ist. Ich komme jetzt zum Tagsatzsystem (*Stadtrat Dr. Rüschi läutet mit der Ordnungsglocke*), dieses Tagsatzsystem, also man sollte nicht so alles 1 : 1 übernehmen, wie einem vielleicht eine Formulierung vorgegeben wird, das muss ich der Lisa sagen, muss ich der KPÖ sagen und zwar dieses Tagsatzsystem, das ist sehr wohl durchdacht. Das ist von Experten der Sozialabteilung gemacht und in diese Tagsätze wurden eingerechnet sowohl der Betrieb der Frauenschutzeinrichtung, das erforderliche Personal, die Aufwendungen Miete, Energie, Reinigung, die Verpflegung....

StR. Dr. **Rüschi**: Entschuldigung Frau Dr. Sprachmann, darf ich Sie bitte aufmerksam machen, es geht jetzt um die Dringlichkeit des Antrages.

Dr. **Sprachmann**: Ich möchte zur Dringlichkeit und zum Inhalt sprechen.

Dr. **Rüschi**: Nein, es geht zunächst jetzt um die Dringlichkeit, Sie können sich gerne wieder zu Wort melden.

Dr. **Sprachmann**: Ich stimme der Dringlichkeit im Namen unserer Fraktion nicht zu und könnte das weiter begründen und Sie würden das vielleicht dann wissen, dass Sie dann auch besser informiert sind (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker:** Ganz kurz zu dem Prozess dieses Gesetzes, weil die Kollegin Sprachmann sehr richtig angesprochen hat, dass das ja nicht alleine von einer Seite gekommen ist und ein langer Prozess vorausgegangen ist und ich habe mir berichten lassen aus unserer Fraktion, die ja auch da drinnen war, wie die Diskussionen da drinnen teilweise gelaufen sind und dass vor allem von ÖVP-Männer-Seite, muss ich jetzt da ganz klar sagen, ganz massiver Widerstand war, gewisse Dinge in dieses Gesetz aufzunehmen, die sehr wohl diese Befürchtungen aufgegriffen haben, die jetzt in der Realität sich erweisen. Da gab es eine Stellungnahme von der Stadt Graz, vom Frauenreferat, die in diese Richtung gedeutet hat, da gab es die Befürchtungen, die von Seiten des Frauenhauses geäußert wurden, auch von Seiten der Grünen und einige dieser Punkte, wesentliche Punkte, wurden in dieses Gesetz dann nicht hineingenommen, weil sonst kein Beschluss zustande gekommen wäre, das heißt, ich bin sehr froh, wenn ihr heute mitgeht, aber wie dieses Gesetz, das ein gutes Gesetz ist, eine einmalige erste Chance in Österreich ist und in diesem Bundesland eine Vorreiterrolle ergriffen wurde, um dieses Gesetz überhaupt umzusetzen, das wollen wir überhaupt nicht in Abrede stellen, aber der Prozess hat eben einen Konsens ergeben, der jetzt einige Probleme in der Umsetzung zeigt und das ist der Punkt, wo wir sagen, man muss, wenn man Fehler entdeckt in der Umsetzung, die eine Arbeit erschweren beziehungsweise teilweise, würde ich sagen, die Intention des Gesetzes, die Grundintention etwas in Frage stellen, dann auch verändern können und in diese Richtung geht der dringliche Antrag und deswegen hätte ich mir natürlich auch von den Kolleginnen und Kollegen der SPÖ erwartet, dass sie diesem Antrag zustimmen, weil wir einfach immer wieder in der Lage sein müssen, Fehler, die einmal da sind, auch wieder zu verbessern, weil dazu sind wir ja eigentlich da.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 18.20 Uhr den Vorsitz.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GRin. Dr. **Sprachmann** zum Antrag: Danke sehr, dass ich doppelt laufen habe können, weil dadurch habe ich auch ein paar Kalorien verbraucht und das ist gut für den Sommer. Ich bin, glaube ich, stehen geblieben bei den Tagsätzen. Grundsätzlich, wenn man sich die bisherige Regelung ansieht und auch die Regelung in den Bundesländern, die Finanzierung vom Frauenhaus ist bis jetzt erfolgt durch Subventionen und wir wissen, auf Subventionen hat niemand, kein Verein, keine Institution überhaupt einen Rechtsanspruch. Nunmehr wird alles auf ein Tagsatzsystem umgestellt und dieses Tagsatzsystem das vermittelt auf der einen Seite eben dem Institut Frauenhaus eine Rechtssicherheit, weil ja dann ein Rechtsanspruch auf das Geld besteht und auf der anderen Seite den Frauen natürlich auch. Und nebenher, muss ich auch sagen, läuft von Seiten vom Sozialreferat des Landes Steiermark auch eine Subvention, die nicht unerheblich ist und zwar 260.000,- Euro, bitte hören Sie zu, für die Frauenhäuser im heurigen Jahr, wobei 100.000,- Euro zumindest dem Frauenhaus Graz zugute kommt. Und es ist falsch, was hier drinnen steht, nämlich dieser Vergleich mit Dornbirn, das ist irgendwie ein Vergleich wie Äpfel und Birnen, das ist, weil in Dornbirn da gibt es ja kein Frauenhaus, sondern in Dornbirn da gibt es eine Krisenwohnung und da gibt es natürlich ein ganz ein anderes System. Noch etwas ist wichtig zu erwähnen, wenn wir die Tagsätze nämlich vergleichen von den Frauenhäusern von allen Bundesländern, dann haben wir in der Steiermark den höchsten Tagsatz.

Zwischenruf unverständlich.

Zwischenruf StRin. Kaltenbeck-Michl: Nein, den höchsten.

Dr. **Sprachmann**: Das ist eine Krisenwohnung in Vorarlberg, das ist kein Frauenhaus, das ist eine Fehlinterpretation. Generell ist das so, dass dieses Thema mit der Rufbereitschaft, das hier aufscheint in diesem Antrag, in Wirklichkeit ist das

so, dass die Frauenhäuser nach Aussagen von den Bewohnern und Bewohnerinnen dort überhaupt nie eine Rufbereitschaft in der Nacht eben gehabt haben. Das heißt, das ist auch hinfällig. Aus all diesen Gründen ersuche ich, dem Antrag nicht stattzugeben im Namen der SPÖ-Fraktion (*Applaus SPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Ich möchte dem Gemeinderat, der ja das höchste Organ der Stadt ist nicht vorgreifen, aber ich würde vorschlagen, wenn ein Beschluss zustande kommt, der in diese Richtung geht, dann sollte dabeistehen, dass die Finanzreferentin des Landes die dafür notwendigen Geldmittel dem Sozialreferat zur Verfügung stellt. Wenn diese Mittel da sind, dann kann man über jede Verbesserung reden und von den 63 % Steigerungen können ja die Menschen in diesem Land nur träumen, in Wirklichkeit wird das Geld für Wahlwerbemaßnahmen der ÖVP ausgegeben (*Applaus SPÖ*), aber das passt jetzt auch nicht ganz hierher, ich möchte mich über das gar nicht auslassen. Ich sage nur, wenn man diese zusätzlichen Aufgaben erfüllen will, dann soll die Finanzreferentin gefälligst das Geld dafür auch hergeben und nicht so tun, als ob sie sagen könnte, ok, ihr macht das alles, aber das Geld dafür gebe ich euch nicht, das ist, glaube ich, eine relativ zynische Politik und daher sollte man sich davon entfernen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Rücker**: Ich werde das Schlusswort ganz kurz halten, danke, dass es zustande kommt. Es geht ja darum, dass die Umsetzung eines an und für sich guten Gesetzes letztendlich dann auch in der Praxis so wirkt, wie es wirken soll, das ist unser Anliegen und in dem Sinn danke für die Zustimmung.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

9) Erhöhung des Stundenkontingents für MigrantInnenkinder

GRin. **Binder** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GRin. **Binder**: Bei meinem Antrag geht es mir um eine Petition an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur, Zukunftsministerium nennt das die Frau Ministerin sehr gerne und ich hoffe, dass die Petition, die hier verabschiedet wird, auch wirklich eine bessere Zukunft für die Kinder mit nicht deutscher Muttersprache bringen wird.

1. Im Schuljahr 2004/05 waren in Graz ca. 3.274 Schülerinnen und Schüler mit nicht deutscher Muttersprache in der Pflichtschule gemeldet. Genau aufgeschlüsselt waren es in der Volksschule 2.207 SchülerInnen, Hauptschule 887 SchülerInnen, Polytechnische Schule 127 SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf 53

Von den 3.274 SchülerInnen waren 1.041 als außerordentlich geführte gemeldet.

Die Zahl der SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache in der Pflichtschule ist steigend.

2. In Österreich sind die Unterschiede zwischen SchülerInnen mit deutscher und SchülerInnen mit nicht deutscher Muttersprache laut PISA-Studie besonders hoch. Von den insgesamt 54 % schlechten LeserInnen in der Pflichtschule stammen 20 % aus MigrantInnen-Familien, obwohl ihr Anteil an der SchülerInnenpopulation nur 7 % ausmacht. Viele dieser SchülerInnen befinden sich schon mehrere Jahre in unserem Schulsystem und haben immer noch größte Schwierigkeiten mit dem Erlernen der Schriftsprache und der Lesekompetenz. Dass sie dadurch auch tendenziell schlechter in Mathematik und den Naturwissenschaften abschneiden, wird durch die PISA-Studie zusätzlich bestätigt.

3. Der Zusammenhang zwischen dem sozioökonomischen Status der Eltern und den SchülerInnenleistungen in Österreich ist im internationalen Vergleich besonders groß. Die PISA-Studie zeigt klar auf, dass die schlechtesten 10 % der SchülerInnen überproportional stark aus der sozioökonomisch benachteiligten Schicht kommen. Dies bezieht sich sowohl auf die Lese- als auch auf die Naturwissenschaftskompetenz.

4. Oberstes Ziel staatlicher Schulpolitik muss die Kompensation dieser Benachteiligungen sein. Wo Arbeitslosigkeit, keine bis geringe gesellschaftliche Aufstiegschancen, die Ausgrenzung aus gesellschaftlichen kulturellen Bereichen, die drohende Verarmung ohne und mit Arbeit oder das Zerbrechen verlässlicher und unterstützender Strukturen zum bestimmenden Faktum für die intellektuelle Entwicklung der Kinder werden, und das trifft österreichische, aber im besonderen Maße MigrantInnenkinder, hat die Gesellschaft die Verpflichtung, die notwendigen Ressourcen für eine positive Entwicklung der Kinder zur Verfügung zu stellen. Das sind wir ihnen schuldig.

5. Zurück zu Graz: Es gibt Pflichtschulen, in denen der Anteil ausländischer Kinder enorm hoch ist und wo es Klassen mit 100 % Kindern mit einer anderen Muttersprache als Deutsch gibt. Viele Nationalitäten treffen aufeinander und das wäre ja eigentlich eine positive Herausforderung und Möglichkeit, so gemeinsam wie möglich und so differenziert wie notwendig zu arbeiten, wenn es nicht hinten und vorne an Stunden für die notwendige Unterstützung und Förderung fehlen würde, wurde doch der Berechnungsfaktor im Zuge der Sparpolitik für das Stundenkontingent für ordentliche SchülerInnen empfindlich gekürzt.

Eine Erhöhung dieses Faktors und eine damit einhergehende Erhöhung des Stundenkontingents würde dem Anspruch und Recht auf entsprechende Förderung und Stützung der Kinder mit nicht deutscher Muttersprache gerecht werden.

Wenn die Kinder mit einer anderen Herkunftssprache unter guten Bedingungen Deutsch lernen können, dann ist das auch für das Lern- und Leistungsniveau im Allgemeinen gut.

Aus den genannten Gründen stelle ich daher namens der Grünen – ALG den

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat möge mit dieser Petition an das Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur herantreten, das Stundenkontingent für die Förderung und Stützung von Kindern mit nicht deutscher Muttersprache möge im Sinne der im Motivenbericht genannten Anforderungen erhöht werden.

GRin. **Bauer** zur Dringlichkeit: Wir von der ÖVP stimmen sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt voll und ganz zu. Es ist uns ein wichtiges Anliegen, ich habe das ja auch schon durch Anträge bestätigt, auch was Vorschuljahr und andere Entwicklungen im Kindergartenbereich betrifft, ist auch die Bundesregierung voll auf dieser Linie und es kann nur von Nutzen sein. Ich habe auch diesbezüglich Kontakt aufgenommen zu beiden Inspektoren, damit sie auch schauen, dass diese Stunden, die jetzt vorhanden sind, im Kontingent eingehalten werden und sie haben mir versichert, dass sie diesbezüglich auch weitere Weisungen geben werden (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GRin. **Meißlitzer** zum Antrag: Ich bin froh über diesen Antrag und vor allem auch, dass wir einstimmig schon die Dringlichkeit zuerkannt haben, denn ich denke mir, dass ist ja etwas, was auch Schüler und Schülerinnen mit deutscher Muttersprache betrifft, denn das Leistungsniveau zu heben, wenn nicht deutschsprachige Schülerinnen und Schüler in der Klasse sind und zusätzliche Stunden kriegen, dann profitieren ja auch unsere deutschsprachigen Kinder sehr davon. Und wenn sich in einer Klasse Kinder dann auch auf einer gemeinsamen Sprache, auf einer gemeinsamen Ebene verbal besser unterhalten können, dann steigt nicht nur das Leistungsniveau und auch das Lernniveau, sondern auch Aggressionen können verbal bearbeitet werden und ich denke mir, das ist ein Vorteil, den wir unbedingt sehr, sehr fördern müssen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Binder**: Ich danke dem hohen Gemeinderat für die Annahme dieser Petition.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

10) Schließung der VS Ries

GR. Mag. **Korschelt** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Es geht auch hier nicht um Lehrer, sondern Schulen. Ich habe ja im Dezember vergangenen Jahres schon einmal einen ähnlichen Antrag gebracht über den Erhalt der Volksschule Ries. Inzwischen haben sich ja Neuerungen insoweit ergeben, dass sich zwischen 13 und 15 Kinder wieder angemeldet haben, also dass es sehr wohl sinnvoll wäre, die Schule Ries weiter zu erhalten beziehungsweise mit Leben zu erfüllen. Und ich stelle deshalb namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen, dass noch einmal überprüft werde, ob die drohende Schließung der Volksschule Ries verhindert werden könne, damit Kinder, Eltern und Lehrer unbeschwert den Sommer genießen und im Herbst ausgeruht und voller Tatendrang ins Schuljahr 2005/2006 gehen können. Ich bitte um Annahme.

GR. **Herper** zur Dringlichkeit: Lieber Harald Korschelt, bei aller Wertschätzung, dass du den dringlichen Antrag geändert hast, damit er überhaupt zulässig ist. Wir haben heute auf der Nachtragstagesordnung, Tagesordnungspunkt 2) den Punkt Volksbefragung im Bezirk Ries. Die Bevölkerung kann damit ihrem demokratischen Recht Genüge tun, sich zu entscheiden, wie sie zu dieser Frage mit dem Schulstandort Ries steht, ich halte es den demokratischen Gepflogenheiten gemäß für richtiger, erst die Stimme der Bevölkerung zu hören, wir müssen dann sowieso hier in diesem Gemeinderat auf Grund des Ergebnisses eine Entscheidung treffen und deswegen würden wir einem wirklich wiederum neuerlichen Antrag, der eigentlich nur eine Wiederholung schon gesetzter Tatsachen ist, die Dringlichkeit absprechen und auch inhaltlich die Zustimmung verweigern. Wir sind dafür, dass die Bevölkerung jetzt am Wort ist. Danke (*Applaus SPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrter Gemeinderat! In einem Punkt muss ich ja widersprechen, Unwissenheit bei der Elternschaft kann es nicht geben, es sind in dieser Angelegenheit alle Beschlüsse, die notwendig sind, gefasst. Es gibt einen Stadtsenatsbeschluss vom Dezember des Vorjahres, in weiterer Folge den Antrag bei der Landesregierung ebenfalls vom Dezember des Vorjahres, Schulausschuss und Kollegium des Bezirksschulrates wurden zur Stellungnahme aufgefordert, sie haben eine Stellungnahme abgegeben und letztendlich gibt es vom März dieses Jahres einen Bescheid der Landesregierung, wonach der Schulstandort der Volksschule Ries mit Ende des Schuljahres 2005/2006 aufgelassen ist. Es müssten also alle wissen, woran sie sind. Wenngleich ich schon einräumen möchte, dass eben die Eltern und auch zum Teil eben der Bezirk diese Situation so noch nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Die Auflassung des Schulstandortes ist, wie gesagt, bescheidmäßig erfolgt und die Landesregierung hat diesen Bescheid auch begründet. Aus dem ganzen Sachverhalt und dessen Beurteilung ist die Landesregierung zum Schluss gekommen, dass diese Vorgangsweise zweckmäßig und begründet zu beurteilen ist, zumal eine Zuweisung von SchülerInnen der Volksschule Ries an die Volksschule beispielsweise Berliner Ring ohne großartige organisatorische Probleme möglich ist. Ich bringe in Erinnerung, die beiden Klassen, die übersiedeln werden, können im Klassenverband siedeln, auch mit ihren LehrerInnen siedeln. Ich glaube doch, dass das eine Maßnahme ist, die das Ganze erleichtern sollte und nicht zuletzt (*Applaus ÖVP*) eine Anmerkung, die man in diesem Zusammenhang nicht übersehen sollte. Per Bescheid ist der Schulstandort also mit Ende des Schuljahres 2005/2006 aufgelassen; würde die Stadt Graz, aus welchem Grund auch immer, als Schulerhalter nunmehr einen neuerlichen Antrag an die Landesregierung stellen, um diesen Schulstandort wieder zu etablieren, müsste das Land gesetzeskonform prüfen, ob dieser Standort überhaupt geeignet ist für eine Schule und auch wenn es eigenartig ausschauen mag, würde die Landesregierung aus meiner Sicht zum Ergebnis kommen, dass dieser Standort für eine Schule nicht geeignet ist, zumal weder die Klassen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, noch diese in Normgröße vorhanden sind, es keinen Medienraum gibt, der vorgeschrieben wäre und es auch keinen Turnsaal gibt. Wir haben das hier öfter thematisiert, in etwa wurde die Kosten seinerzeit bereits geschätzt mit 2,0 Millionen Euro, um diese Schule in einen Zustand zu bringen, der es ermöglichen würde, dieses Gebäude, dieses Areal nach heutigen Gesichtspunkten, nach heutigen

Maßstäben als Schulstandort auch zu bewilligen. In dem Sinne kann ich seitens der ÖVP-Fraktion keine Dringlichkeit erkennen (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Binder**: Die grüne Fraktion stimmt der Dringlichkeit zu und auch dem Inhalt. Es ist schon erstaunlich, wir haben vor einiger Zeit ja auch schon diese Debatte gehabt. Erstaunlich finde ich, welche neuen Argumente sich dann der zuständige Referent immer wieder überlegt und hervorholt und dieses und jenes und deswegen können wir nicht. Ich halte es schlicht für ungerecht, für absolut ungerecht, es gibt im Land Steiermark eine Menge an Klein- und Kleinstschulen, die wesentlich weniger Klassen haben als diese Volksschule in Ries. Für die Volksschule in Ries stimmt alles dafür, dass diese Schule nicht geschlossen wird. Hier wird wirklich einfach mit zweierlei Maß gemessen, ihr traut euch einfach nicht drüber, die Klein- und Kleinstschulen am Land, die sollen gehätschelt werden, weil da gibt es die ÖVP-Bürgermeister, ich sage es, wie es ist und da ist es so, dass eine Volksschule, die genügend Schüler und Schülerinnen hätte, vielleicht zu wenig Raum, dem kann abgeholfen werden, eigentlich zugesperrt werden sollte. Also im Grunde genommen, ich verstehe überhaupt nicht, warum man diesem Bezirk die Schule wegnimmt, es ist die einzige Schule in dem Bezirk, also die Argumente passen hinten und vorne für mich nicht zusammen.

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, meine sehr verehrten Damen und Herren, es wird Sie nicht überraschen, dass die KPÖ natürlich diesen Antrag voll und ganz unterstützen wird, wir haben in diesem Sinne schon seit vielen Monaten, schon bald zu sagen seit zwei Jahren, geschrieben und hier auch gesprochen beziehungsweise unsere Meinung auch bei Versammlungen eingebracht. Wir halten es für einen schweren pädagogischen Fehler, so erfolgreiche Einheiten zu zerschlagen. Es geht nicht nur in Wirklichkeit in Graz um die Volksschule Ries, ich bedaure auch das Zusperrern und Beenden dieser hervorragenden Integrationsarbeit in der Volksschule Wieland (*Applaus KPÖ*), ein schwerer pädagogischer Fehler, der nicht korrigierbar ist aus meiner Sicht und ich hoffe wenigstens, dass die Volksschule Krones in die größeren

Räumlichkeiten der ausquartierten Hauptschule Krones gestellt wird. Ich kann nur versuchen, Sie trotzdem noch umzustimmen, das sind Schritte, die hier gesetzt werden, die nicht mehr korrigierbar sind. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Mag. **Korschelt**: Zuerst einmal herzlichen Dank den zwei anderen Fraktionen, die der Dringlichkeit zustimmen werden. Nachdem mir die Mehrheitsverhältnisse im Hause ja bekannt sind, freue ich mich trotzdem, auch wenn die Dringlichkeit nicht zuerkannt wird und zwar möchte ich von dieser Stelle sehr herzlich den Eltern gratulieren, dass es ihnen gelungen ist, diese Volksbefragung zu initiieren und ich freue mich schon und ich bin überzeugt, nachdem ich im Bezirk Ries ja lebe, dass es doch zu einem sehr massiven positiven Ergebnis kommen wird und ich freue mich schon sehr auf den Tanz auf glühenden Kohlen, den der Kollege Herper aufführen wird, wenn es dann zu einem 80- oder 90-%igen Ergebnis kommen wird, wie du dann versuchen wirst, da die Kurve zu kratzen, weil ich glaube nicht und glaube, es wäre vermessen, wenn man doch über ein Votum eines Bezirkes drüberhinwegfahren wird. Danke vielmals.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der Dringlichkeitsantrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Ferialermächtigung 2005

GR. **Schönegger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag.

GR. **Schönegger**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Stadtrat Riedler, ich kann Sie beruhigen, es ist ein ganz sachlicher Antrag, Sie brauchen sich nicht melden zur tatsächlichen Berichtigung. Antrag zur dringlichen Behandlung namens der im Stadtsenat vertretenen Fraktionen stelle ich den

dringlichen Antrag ,

der Gemeinderat wolle beschließen: Ich lese das jetzt nicht alles vor. Es geht darum, dass wir uns erst am 21. September hier wieder sehen, da freuen wir uns schon alle aufeinander, hoffe ich, und dass in dieser Zeit natürlich auch Beschlüsse gefasst werden müssen, soll der Stadtsenat ermächtigt werden, es soll der Verwaltungsausschuss für die Geriatrischen Gesundheitszentren ermächtigt werden und es soll der Verwaltungsausschuss für die Wirtschaftsbetriebe ermächtigt werden, Beschlüsse dieser Art zu fassen. Ich bitte um Annahme und bedanke mich.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke, ich höre gerade, die Sommerpause dauert bis einschließlich 21. September. Ja, aber bis dorthin gibt es die Ferialermächtigung.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.